

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Verordnungs-Beilage für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgealtene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1504.
Telegraphen-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 23. Juli 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Geistesfreiheit in erster Instanz.

Am Sonnabend fand die Verhandlung in Sachen unseres Parteigenossen Dr. Kröns vor der philosophischen Fakultät der Universität statt. Bekanntlich hatte der Minister für Geistesfreiheit, Herr Bosse, schon vor mehreren Jahren versucht, unseren Genossen aus seinem Beruf als Privatdocent zu entfernen, jedoch mit negativem Erfolg. Die Fakultät wollte nicht einschreiten, und als er selbst versuchte, seine Amtsbefugnis überschreitend, ein Disziplinarverfahren zu eröffnen, holte er sich eine kräftige Absfuhr seitens des Dr. Kröns, der ihn darüber belehrte, daß er seiner Disziplinargewalt nicht unterstehe. Noch einmal wandte der Minister sich an die Fakultät mit der Bitte, die socialdemokratische Gesinnung eines Privatdocenten nicht zu dulden. Diesmal, im Juli 1895, ließ sich die Fakultät dazu herbei, Kröns eine Verwarnung zu erteilen, obwohl sie ausdrücklich betonte, die politische Gesinnung wolle sie nicht prüfen, und diese könne ihr keinen Anlaß zum Einschreiten geben.

Erreicht man seinen Willen nicht mit den bestehenden Gesetzen, so muß man diese bestehenden Gesetze umstürzen, wenigstens, wenn man nicht Socialdemokrat, sondern mächtiges Mitglied der Regierung ist. So machte sich denn auch Herr Bosse daran, das bisher geltende Recht zu beseitigen, und legte dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, der nach seinen eigenen Ausführungen die Privatdocenten schützen sollte und weiter, wiederum nach seinen eigenen Ausführungen, dazu dienen sollte, einen der geschätzten Gelehrten, eben unsern Genossen Dr. Kröns, von der Universität zu entfernen. Landratskammer und Herrenhaus bewilligten das Gesetz. Nach demselben ist der Minister befugt, ein Disziplinarverfahren zu eröffnen, und hat dann die Fakultät als erste Instanz das Urteil zu sprechen. Die Verhandlung vor der Fakultät fand, wie gesagt, am Sonnabend statt. Da die Sitzung nicht öffentlich war, haben wir den Verteidiger, unsern Genossen Rechtsanwält Heine, gebeten, uns über den Gang der Verhandlung einige Informationen zukommen zu lassen.

Danach hatten sich etwa 40 Mitglieder der Fakultät zu der Sitzung eingefunden; den Vorsitz führte der bekannte Mathematiker Prof. Dr. Schwarz, der zur Zeit das Amt des Dekans bekleidet; als Referent (Berichterhalter) wirkte der Rationalökonom Professor Schmolzer. In seinem durchaus sachlichen Bericht erwähnte er die früheren Vorgänge im Jahre 1895, als die Fakultät dem Gen. Dr. Kröns die Warnung erteilte, daß er sich in Zukunft bei der Agitation solcher Ausdrücke enthalten möge, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten, und hob hervor, daß die Fakultät sich schon damals auf den Standpunkt gestellt habe, daß die politische Gesinnung eines Privatdocenten nicht Gegenstand eines disciplinarischen Einschreitens sein könne.

Aus dem Referat des Prof. Schmolzer erfuhr man ferner die interessante Thatsache, daß die Regierung seit dem noch wiederholt gegen Kröns hatte einschreiten wollen, die Fakultät sich aber ablehnend verhalten hatte. Nach dem neuen Privatdocentengesetz vom 17. Juni 1898 muß vor der Einleitung des Verfahrens die Fakultät gutachtlich gehört werden. In diesem Gutachten sprach die Fakultät sich gegen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens aus; das Ministerium hatte sich aber damit nicht begnügt, sondern ein zweites Gutachten gefordert. Mit eingehender Begründung hatte die Fakultät in demselben auf ihren Standpunkt beharrt.

Professor Schmolzer gab weiter eine Darstellung des Inhalts der verschiedenen dem Genossen Dr. Kröns zum Vorwurf gemachten politischen Reden, und formulierte die Fragen, über welche sich die Fakultät werde schlüssig machen müssen.

Genosse Kröns hatte bei seiner Vernehmung bestritten, daß er sich irgendwie durch seine Zugehörigkeit zur Socialdemokratie oder durch sein Eintreten für dieselbe der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig machen könne.

Alsdann begründete der frühere Breslauer Professor der Nationalökonomie, Geheimrat Eiser, als Staatsanwalt die Anklage. Er legte weniger Wert darauf, daß Kröns seine Gesinnung in ungehöriger Form zu erkennen gegeben, in ungehöriger Weise agitiert habe, als vielmehr darauf, daß er überhaupt socialdemokratische Gesinnung habe, also einer Partei angehöre, die den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erstrebe. Als Belastungsmaterial hierfür sollte dienen, daß auf dem Wädener Kongreß im Jahre 1880 aus dem Gothaer Programm das Wort „gefehligen“ (die Socialdemokratie erstrebe ihre Ziele mit allen „gefehligen“ Mitteln) gestrichen worden sei.

Zu diesem Punkte konnte der Verteidiger nicht nur auf das Wädener Protokoll hinweisen, aus dem hervorgeht, daß die Streichung lediglich eine Frucht des Socialisierungsgesetzes gewesen ist, sondern auch auf das von Geheimrat Eiser selbst herausgegebene Handwörterbuch der Staatswissenschaften, in welchem über diese Frage genau dieselbe Ansicht ausgesprochen ist, wie sie der Verteidiger äußerte.

Besonders interessant war die Bezugnahme des Vertreters der Anklage auf ein „offizielles Wädener Manifest“, aus dem er die Neigung der Socialdemokratie zum gewaltsamen Umsturz erwies. In der Socialdemokratie ist von einem solchen Manifest nichts bekannt. Herr Eiser gab als eine Quelle das Buch von Bacher „Die rote Internationale“ an, das uns als ein solches Vollzeilmittel bekannt ist. Nach Herbeischaffung des Buches zeigte sich, daß das Manifest darin als „Manifest, erlassen nach dem

Wädener Kongreß“, bezeichnet ist, und keine Unterschrift trägt. Der Verteidiger war in der Lage, nachzuweisen, daß die namentlichen Sätze dieses „Manifestes“ einem im September 1890 erschienenen Artikel des Socialdemokrat entnommen seien, jedoch in tendenziöser Weise mit Weglassung aller der Stellen, in denen die Ueberlegenheit des friedlichen geistigen Kampfes betont wird.

Der Verteidiger wies darauf hin, daß in der Anklage nicht irgend eine Handlung, sondern lediglich die Gesinnung für strafwürdig erklärt werde. Wenn eine Handlung für straflos gelten solle, wenn sie einer andern Partei diene, aber für strafbar, wenn sie im socialdemokratischen Interesse vorgenommen werde, so sei das eine Verfehlung der Gesinnung. Gerade diesen Standpunkt habe die Fakultät schon mit aller Entschiedenheit abgelehnt; sie habe 1895 rechtskräftig erkannt, daß die socialdemokratische Gesinnung des Dr. Kröns kein Grund zur Verurteilung sei. Kröns habe noch dieselbe Gesinnung wie damals und könne daher nicht aus demselben Grunde ein zweites Mal angeklagt werden.

In dem Vorgehen gegen Kröns erblickte der Verteidiger nur einen Teil eines großen systematischen Vorgehens gegen die Unabhängigkeit der Universitäten überhaupt. Werde jetzt ein Privatdocent getroffen, so könne es ein andermal ein Professor sein, und richte sich jetzt die Anklage gegen die Gesinnung außerhalb des Berufes, so könne sie bald genug auch gegen die wissenschaftliche Ueberzeugung und Lehre im Beruf gerichtet werden.

Die Verhandlungen hatten sich von 10 bis 2 Uhr hingezogen. Dann beriet die Fakultät noch mehr als 2 1/2 Stunden, und erst kurz vor 5 Uhr verlas Prof. Schwarz das Urteil dahin, daß die Fakultät dem Antrage des Staatsanwalts auf Aberkennung des Charakters eines Privatdocenten nicht beitreten könne, weil sie die Zugehörigkeit eines Privatdocenten zur socialdemokratischen Partei nicht als Grund zu seiner Enthebung ansehe, und weil Kröns in der Art seines Auftretens für die Socialdemokratie die erlaubten Grenzen nicht überschritten habe.

So ist denn der Ansturm auf die Geistesfreiheit in erster Instanz mißlungen. Aber wir leben ja im Lande der Vofabowitschischen Rechtsgarantien; darnach sind die Niederlagen der Regierung Vorbedingungen ihrer tatsächlichen „Erfolge“. So hat denn Herr Eiser auch sofort erklärt, Berufung einlegen zu wollen. Dozu wäre denn auch die lex Kröns geschaffen, wenn sie gegen Kröns verjagen sollte. Der Beauftragte des Ministeriums wird also Berufung an das Ministerium einlegen. Dann sitzt in zweiter Instanz das Ministerium als Ankläger und Richter zugleich, und bei dieser Zweieinigkeit ist der Ausgang nicht zweifelhaft.

Aber das Odium der Unterdrückung der freien Wissenschaft muß die Regierung, besonders der schändliche Herr Bosse, allein und ganz auf sich nehmen. Die Berliner philosophische Fakultät hat ihm keinen Teil davon abgenommen. Das ist, so selbstverständlich es an sich sein sollte, bei der Rückständigkeit des heutigen Bürgertums immerhin ein erfreuliches Geschicknis.

Zum Parteistreit in Frankreich.

Im französischen Parteistreit spielen — was unnützlich wäre, sich zu verhehlen — neben sachlichen auch persönliche Momente mit. Ich will hier versuchen, die rein sachlichen Gegensätze herauszuschälen.

Rein sachlich genommen, dreht sich nun der Streit im letzten Grunde nur um eine taktische Frage, die schon im kommunistischen Manifest von Marx und Engels beantwortet wurde und seitdem im praktischen Kampfe der internationalen Socialdemokratie eine, wie man annehmen darf, endgültige Lösung gefunden hat. Es ist die Frage der socialistischen Taktik gegenüber den verschiedenen bürgerlichen Parteien, oder genauer — gegenüber den Kämpfern zwischen den demokratischen und reaktionären Schichten des Bürgertums.

Frankreich gehört zu den wenigen Ländern, wo die bürgerliche Demokratie immerhin noch eine beachtenswerte und achtungswürdige Größe darstellt. Das hat sich während des Kampfes gegen die um den Generalstab gruppierte kirchlich-monarchistisch-militärische Reaktion desto unverkennbarer gezeigt, als es dabei die allmächtigen chauvinistischen Vorurteile zu überwinden galt. Es ist wahr, die bürgerliche Demokratie war allzulange Zeit in jenem Kampfe lediglich durch ideologische Freischüßen vertreten. Aber ungefähr daselbe trifft auch zu auf die proletarische Demokratie, die socialistische Partei. Die socialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei (Allemanisten) war die einzige Organisation, die tatsächlich von Anfang an (namentlich in ihrem Pariser Wochenblatt „Le Partii Ouvrier“ gegen den Generalstab kämpfte. Die entscheidende, das Klassenbewußte Proletariat zum Kampfe aufzufordernde Initiative ging aber vom Genossen Jaurès und einigen anderen revolutionären Socialisten aus. Der grundlegende Unterschied zwischen der beiderseitigen Rolle der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie liegt vielmehr darin, daß nur die socialistischen Vorkämpfer die Klasse in Bewegung setzen konnten und damit schließlich über den Ausgang des Kampfes entschieden haben. Daß ferner unsere Vorkämpfer den Kampf um Jaurès viel grundsätzlicher als die bürgerlichen Ideologen zu einem Kampfe gegen Militarismus und Chauvinismus erweitert haben, versteht sich von selbst.

Doch, bei allen Vorbehalten hinsichtlich der Rolle der bürgerlichen Demokratie in der Dreifus-Krise, ist es unleugbar, daß der französische Socialismus sie als einen wichtigen, und zwar freiheitlichen Nachfaktor behandelt muß. Daher die besondere Bedeutung der bezeichneten taktischen Frage für den französischen Socialismus. Das Verhalten unserer Partei in der Dreifus-Krise ist nur ein Spezialfall jener allgemeinen Frage, wenn auch ein besonders folgenschwerer Spezialfall.

Die praktische Tätigkeit der internationalen Socialdemokratie hat die Frage im Sinne des kommunistischen Manifestes gelöst, im Sinne des Zusammengehens mit der bürgerlichen Demokratie oder deren Unterstützung gegen die reaktionären Mächte, weil letztere stets und überall — mögen sie auch die „Reife“ mit dem „Zuckerbrot“ socialreformerischer Quackfalkereien verbinden — den dauernden Interessen des Proletariats, seinem revolutionären Befreiungskampfe hemmend im Wege stehen. Im Falle Dreifus war die Anwendung der taktischen Regel des kommunistischen Manifestes desto selbstverständlicher, als hier nicht von dem mindesten Zuckerbroten für die Arbeiter die Rede sein konnte und als die Reaktion die gefährlichste, die große Masse am gründlichsten bedrückende Form der Vaterlandsräterei annahm. Andererseits ist es eine Thatsache, daß auch die Organisationen Guesdes und Ballants bei den Wahlen und im Parlament stets mit den bürgerlichen Radikalen zusammengingen, und das in ganz friedlichen Zeiten, wo nur einzelne Wahlerfolge oder das Schicksal eines Ministeriums auf dem Spiele standen. Warum soll nun diese Taktik gerade in kritischen Zeiten, wo die wichtigsten demokratischen Errungenschaften gefährdet sind, nicht mehr gelten? Warum wird sie in dem von Guesde, Lafargue und Bailant verfaßten Manifest des 18. Juli als eine „angeblich socialistische, aus Kompromissen und Verirrungen bestehende Politik“ geburndmarkt? Denn dieser Abfall des Manifestes richtet sich, wohlgerichtet, nicht gegen den Eintritt Millerands ins Ministerium, sondern gegen die Jaurès'sche Taktik in der Dreifus-Krise. Es heißt ja ausdrücklich: „Es handelte sich darum, mit einer angeblich socialistischen ... Politik zu brechen, die man seit allzulanger Zeit (depuis trop longtemps) bemüht war, an die Stelle der Klassen- und folglich revolutionären Politik des kämpfenden Proletariats und der socialistischen Partei zu setzen. Der Widerspruch zwischen beiden Arten Politik mußte unvermeidlich früher oder später zum Vorschein kommen“ (devait infailliblement se manifester un jour ou l'autre). Millerands Eintritt ins Ministerium wird dagegen im Manifest unmittelbar darauf nur noch sozusagen als der letzte Tropfen, der den Kelch zum Ueberlaufen bringt, behandelt.

Man mag über den Fall Millerand denken, wie man will, man mag mit den Verfassern des Manifestes sogar unter allen Umständen die Teilnahme eines Socialisten an der Regierung unter dem kapitalistischen Regime prinzipiell verwerfen, — mit der taktischen Grundfrage hat das gar nichts zu thun. Der ebenso mutige wie erfolgreiche Feldzug Jaurès gegen den Generalstab ist und bleibt nichtsdestoweniger eine Glanzthat, die die dauernden Klasseninteressen des Proletariats mächtig gefördert hat und dem französischen Socialismus zur Ehre gereicht.

Es ist bemerkenswert, daß die Richtungen von Guesde und Bailant, die direkt oder indirekt, durch Handlungen oder Unterlassungen für die Neutralität der socialistischen Partei in der Dreifus-Krise eintraten und jetzt wieder eintreten, dieselbe Taktik zur Zeit des Boulangerismus beobachteten. Die theoretische Begründung war in beiden Fällen die gleiche. Das Proletariat habe sich nicht in den häuslichen Streit zwischen den verschiedenen Schichten des Bürgertums einzumischen, ungedacht dessen, daß die reaktionären Schichten über die demokratischen obliegen könnten. Also die passive Beobachtung, die praktische Ignorierung gerade der heftigsten Stürme der bürgerlichen Gesellschaft wird zum revolutionären Klassenprinzip des Proletariats erhoben. ... Der Anarchist Sebastian Faure denkt ganz logisch, wenn er in seinem Blatt „Journal du Peuple“ die theoretischen Voraussetzungen des Manifestes des 18. Juli für seinen selteneren, jede politische Tätigkeit verwerfenden Standpunkt zu verwerfen sucht.

Noch mehr, die Neutralität des Proletariats in politischen Krisen ist folgerichtig nur dann begründet, wenn man den Socialismus als eine Sektendebewegung auffaßt, die ausschließlich auf dem Wege der Propaganda der socialistischen Ideen, der Anwerbung von neuen Anhängern mittels des gesprochenen und gedruckten Wortes zum Siege gelangen soll. Denn gerade in politischen Krisen ist der socialistischen Partei die beste Möglichkeit gegeben, durch die Aktion, durch den Kampf das Klassenbewußtsein der in den tiefsten Tiefen aufgeregten proletarischen Klasse zu wecken, die eigenen Reihen zu stärken und zum Anziehungspunkt für alle dem Socialismus zugänglichen Elemente zu werden.

Die vom kämpfenden Proletariat schließlich befolgte Jaurès'sche Taktik in der Dreifus-Krise hat thatsächlich, wie seiner Zeit an dieser Stelle hervorgehoben wurde, all jene Erfolge für die socialistische Partei gezeitigt, Erfolge, die durch keinen Bismarckfall Millerand-Galliffet wieder aus der Welt geschafft werden können, selbst wenn man nur die Schattenseite dieses Zwischenfalls beachtet und die große agitatorische Wirkung gänzlich aus dem Auge läßt, die in der notgedrungenen Anerkennung der socialistischen Kraft seitens der Vertreter der Bourgeoisie liegt.

Oder sind es keine Erfolge für den proletarischen Befreiungskampf, wenn in einem Lande wie Frankreich der Klasse die chauvinistischen Schuppen von den Augen genommen werden, wenn der Heiligenschein der vergötterten Hohannee zerstört wird durch die Aufdeckung ihrer inneren Fäulnis, wenn der seit 1871 der Kontrolle des Landes thatsächlich entrückte Militarismus an den Pranger gestellt wird, wenn der alte Konflikt zwischen Militarismus und Demokratie zu Gunsten der letzteren entschieden wird, wenn die Ehrenrolle in dieser Entscheidung dem Klassenbewußten Proletariat zufällt? ... Sind es Kompromisse, Verirrungen, Ablenkungen von den Masseninteressen?

Doch andererseits ist die socialistische Neutralität notwendig der Neutralität der Reaktion Vorlauf leisten muß, liegt auf der Hand. Die Neutralität eines Dritten kommt stets, mag er es wollen oder nicht, dem Stärkeren der streitenden Teile zu gute. Ganz besonders aber im gegebenen Falle, wo der Dritte die entscheidende Macht der aufgellärten Klasse gegen die von der reaktionären Demagogie verhehlt und verblödeten Klasse in die Waagschale zu werfen vermag. Sollte es noch eines Beweises dafür bedürfen, so genüge der Hinweis auf den enthusiastischen Beifall, den die Generalkonferenz dem Manifest vom 18. Juli zollt. Rochefort, Drumont, Cassagnac und Méline sind außer sich vor Freude. In Rocheforts Blatt werden die Verfasser des Manifestes als die „Hüter der revolutionären Ueberlieferung“ verherrlicht, die „endlich das ihnen von den Verrätern anferlegte Joch abgeschüttelt haben“ u. s. f., während Jaurès und Millerand vom Sudelblatt mit Mistfädeln bedorren werden. — Rochefort schreibt, daß „das Volk sich soeben gegen sie (die „Dreifusards“)

ausgesprochen habe, daß also die — Militärminister in Rennes dreifach ruhig verurteilt könnten. . . . Drumont ergeht sich in freudigen Kommentaren zu der Stelle des Manifests, wo von „Prellektion“ die Rede ist (l'heure des dupes est passée): „Kain, unschuldig, leicht mit dem dämlichen Phrasen zu prellen (à dupes), wird der Arbeiter . . . rot vor Horn, wenn er gewahrt wird, daß man ihn über den Köpfel barbiert hat. . . .“ Das ist die Bedeutung des Manifests für Drumont, der bei dieser Gelegenheit den Verfasser des Manifests den Rang von Arbeiter versteht, um desto gründlicher die „prellende“ Taktik der „bourgeoiserenden Bourgeois“, Jaures und Millerand, herunterzu machen zu können.

Eine weitere, nicht minder schlimme Folge des Manifests, die Gefährdung der in erster Linie von Jaures mit so viel Mühe angebahnten Einigung, wird hoffentlich vermieden werden. Die ersten allzu begründeten Befürchtungen werden entkräftet durch den heute veröffentlichten Beschluß der Arbeiter des Manifests, in die Einberufung eines gemeinsamen Parteitagess aller im Verständigungs-Komitee vertretenen Organisationen einzuwilligen. Damit geht die anfängliche Idee von Jaures, die er in Verantwortung des Manifests mit neuem Nachdruck wieder aufgenommen, ihrer Verwirklichung entgegen. Guesde und Bailant wollen freilich die Verhandlungen des „außerordentlichen“ (extraordinaire) Parteitagess auf den einzigen Punkt beschränkt wissen, ob ein Socialist an einer Bourgeoisregierung teilnehmen dürfe. Alles spricht aber dafür, daß der gemeinsame Parteitag an eine ernste Einigung gehen dürfe, zum allermindesten an die Schaffung eines Einigungsorgans, das mit wirksameren Befugnissen ausgestattet wäre als das, was es sich gerade in den letzten Vorgängen gezeigt, tendenziöse Verständigungs-Komitee.

Es ist eine lehrreiche Beobachtung, daß Jaures' Einigungskampagne Hand in Hand mit seiner Kampagne gegen den Generalstreik ging und in hohem Grade begünstigt wurde durch die Notwendigkeit, der Kerikal-militärischen Reaktion eine geschlossene Front zu bieten. Also auch die Einberufung der Einigung ist eine Frucht der aktiven Einmischung der Socialisten in den angeblich häuslichen Streit der Bourgeoisie, wie andererseits die Neutralitätspolitik im logisch und thatsächlich, mit der Verabschiedung der organisatorischen Herbeiführung des Socialismus verknüpft ist. In der That, hier wie dort wirkt — rein sachlich betrachtet — ein starker Heberest fetterischer Auffassungen. Der Forderung des Socialismus inmitten der tobenden Kämpfe entspricht die Forderung der einzelnen, das Monopol fetterischer Unfehlbarkeit beanspruchenden socialistischen Schattierungen in ebenso vielen Sonderorganisationen.

Zum Glück aber ist auch der französische Socialismus aus den Rinderschub einer Seltenbewegung herausgewachsen. Die große Masse des kämpfenden Proletariats beginnt immer lebhafter die Sonderorganisationen als lästige Fesseln zu empfinden, die im Interesse der Gesamtpartei gesprengt werden müssen. Seit dem Manifest vom 13. Juli — das übrigens von mehreren Unterzeichnern, die nicht dabei waren, seiner aggressiven Form oder seines ganzen Inhalts wegen mißbilligt wird — mehrten sich die Kundgebungen proletarischer Organisationen sowohl zu Gunsten der Jaures'schen Taktik in der Dreifus-Krise, wie auch zu Gunsten der Einberufung eines Einigungs-Parteitages. Bezeichnenderweise liegen solche Kundgebungen auch aus den Reihen der judicistischen Arbeiterpartei vor, während mehrere namhafte Mitglieder der Bailant'schen Organisation demissioniert haben.

Schon das Verständigungs-Komitee ist unter dem Druck der Massenbewegten Masse zu stande gekommen. Jetzt hat derselbe Druck die Einberufung eines gemeinsamen Parteitagess in die Wege geleitet. Es ist daher zu hoffen, daß aus diesem Parteitag die Einigung hervorgehen dürfte.

Auf Grund der heute eingetroffenen „Petite République“ haben wir der obigen Korrespondenz noch ein Wort hinzuzufügen:

Der Kongreß aller socialistischen Fraktionen Frankreichs wird sicherlich zusammenkommen, allein die Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung dieses notwendigen Gedankens in den Weg stellen, sind sehr groß. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Art der Vertretung. Der Vorschlag, den das gestern von uns mitgeteilte Manifest macht, wurde von uns in einem Punkt mißverstanden. Es handelt sich nicht um getrennte Delegationen der einzelnen Gruppen, wie wir meinten, sondern es handelt sich um Gesamtdelegationen der Wahlkreise. Da ist der Fall. Die bestehenden Organisationen wollen sich nicht der Gefahr der Majorisierung aussetzen. Hier gilt es, einen Modus zu finden, der eine gerechte, der Fraktionsstärke entsprechende Vertretung ermöglicht.

Die zweite Schwierigkeit liegt in der Tagesordnung. Während das Manifest dieselbe auf die einzige Frage des Eintritts eines Socialisten in ein Bourgeois-Kabinett beschränkt will, verlangt Jaures, daß der Kongreß sich auch mit anderen Fragen, namentlich mit der Einigungsfrage und der Partei-Organisation beschäftigen solle. Wenn es gelingt, die Frage der Vertretung beizulegen zu lösen, wird diese zweite Frage sich leicht erledigen lassen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Juli.

Ein Typus.

Uns wird geschrieben:

Die Art, wie Herr v. Wendt den Belagerungszustand und den Staatsstreik gegen die „roten Gewerksvereine“ in der „Kreuz-Zeitung“ empfohlen hat, macht sogar in der bürgerlichen Presse unliebsames Aufsehen. Ihre Organe stellen fest, daß Herr v. Wendt nicht der erste Beste, sondern ein bevorzugter Schüler Schmollers sei, der im Herrenhause eine Art Protest gegen die Justizhausvorlage eingelegt habe. Wir wollen nun nicht untersuchen, ob Schmollers Protesterei und Wendt's Staatsstreicherei so sehr weit auseinander liegen; es ist uns außerordentlich gleichgültig, wie sich in diesem Falle Lehrer und Schüler mit einander abfinden.

Auch die Persönlichkeit des Herrn v. Wendt bietet nur ein geringes Interesse. Anzuerkennen ist immerhin, daß er die Karriere schneiderei die ihn besetzt, zunächst in sozusagen höherer Stelle befriedigen wollte. Er schrieb sein Buch über Marx, um das geistige Haupt des Umsturzes geistig zu vernichten. Er war in dieser Art Gesellschaftskritik weder der erste noch der letzte, aber entschieden der dümmste. Selbst Herr Max Lorenz, der als Marx-Bernichter doch auch nicht von Pappe ist, erklärte mit patriotisch bangem Nachdruck, so albern wie von Herrn v. Wendt dürfte die heilige Sache nicht angegriffen werden. Mit dem seinen Instinkt eines Mannes, der nach den guten Dingen dieser Welt kistern ist, begriff Herr v. Wendt, daß die laubeshüchliche Marx-Bernichtung, so gut sie sonst ihren Mann nährt, doch noch immer ein Maß von Kenntnissen und Verständniskräften voraussetzt, das ihm Mutter Natur nicht auf seinen Lebensweg mitgegeben hat.

Herr v. Wendt entschloß sich kurz und ging nun gleich aufs Ganze. Hatte Treitschke einmal gesagt, daß dem germanischen Menschen selten das Gefühl der Scham fehle, so wollte der Urganer Herr v. Wendt zeigen, daß er zu den seltenen Exemplaren der edelsten Rasse gehöre. Er veröffentlichte seine Flottenbrochure und seine Staatsstreich-Artikel, wobei er auch noch den Ruhm erntete, daß er die in der Marx-Bernichtung so auch im Flotten- und im Staatsstreichkoller das Dummste geleistet hat, das in diesen nicht eben geistreichen Büchern geleistet worden ist. Man verzeihe, wenn wir uns

mit einiger Deutlichkeit ausdrücken; es geschieht wenigstens nur aus Liebe zur Sache, und nicht etwa aus persönlichem Uebelwollen gegen Herrn v. Wendt. Ganz im Gegenteil, wir wissen, daß wir den edlen Ehrgeiz dieses hoffnungsvollen Gelehrten fördern, indem wir ihn gegenüber aus unserem Herzen keine Mordgrube machen. Schon aus der Zeit des Socialistengesetzes datieren Fälle, wo strebende Privatdocenten einen stolzen Ablerflug nahmen, indem sie die Kritiken ihrer staatsmännlichen Leistungen durch die socialdemokratische Presse den hochpreislichen Kultusministerien einreichten, als Beweise, wie unbehaglich sie dem „Umsturze“ und wie reich sie demgemäß nächstens für den außerordentlichen, wenn nicht gar schon für den Ordentlichen seien. Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Nummer des „Vorwärts“ in einem Exemplar, als Beilage zu einem submissen Gesuch des Privatdocenten v. Wendt, bis in die helligen Hallen vordringen wird, wo Herr Boffe wartet und wir wünschen gern den besten Erfolg.

Nicht so wohlwollend, wie der Person, stehen wir dem Typus Wendt gegenüber. In den Spalten der „Kreuz-Zeitung“ ist ja nicht zum erstenmal der Staatsstreich empfohlen worden; in jeder geistlichen Darstellung der preussischen Gegenrevolution kann man nachlesen, wie oft das in den fünfziger Jahren geschehen ist. Aber die Gerlach und Genossen, die dem damaligen preussischen Könige den Eidbruch plausibel zu machen suchten, waren in vormärzlichen Anschauungen aufgewachsen und in ihrer Art geistreiche Leute; sie hatten wenigstens die Entschuldigung für sich, daß sie aus ihrer romantisch-verlogenen Haut nicht herauskonnten. Sonst herrschte damals, in Tagen, die man fast schon sprichwörtlich zu nennen pflegt, wenn man die Verjüngung des öffentlichen Geistes kennzeichnen will, noch die Anschauung vor, daß die Unversitäten berufen seien, an ihrem Theile das verfassungsmäßige Recht des Landes zu schützen; selbst Männer von wissenschaftlichen Verdiensten, wie der alte Leo in Halle, versielen der allgemeinen Verachtung, wenn sie sich mit der Verjüngung des staatsrechtlichen Eidbruchs befudelten, obgleich sie sich, wie gesagt, darauf berufen konnten, daß sie in der fürstlich-treuechtigen Bemühen alt und grau geworden.

Das ist jetzt anders geworden, und es ist ein Kapitel aus „Deutschland zur Zeit seiner tiefsten Erniedrigung“, daß je verurtheilenswerter eine „staatsmännische“ Handlung ist, sie desto wärmer Verteidiger in akademischen Kreisen findet. In einem kürzlich erschienenen schwabswägen Buche über „die geistigen und socialen Irrungen des 19. Jahrhunderts“ schreibt Herr Theobald Ziegler, ordentlicher Professor der Theologie an der Universität Straßburg, es sei „natürlich und gerecht“ gewesen, daß die Gefangenen des badischen Aufstandes in den Festungsgräben von Rastatt niedergemalt worden seien: „Die Klagen gegen den „Kartätschenprinzen“ waren trotz des in sie einstimmanden Protestes von Umland ebenso grundlos, wie der im Jahre zuvor über die Erschießung Robert Blums in Wien ausgebrochene Lärm.“ Mit der Miene eines fürchterlichen Eisenfressers erklärt dieser süßliche Theologe, Krieg sei Krieg, und in Revolutionen spiele man um das eigene Leben; auch eine siegreiche Revolution sei mit Henkerbeil und Pulver und Blei ebenso bei der Hand, wie die siegende Reaktion. Herr Professor Ziegler funkert zunächst in den Tag hinein, denn er weiß sehr gut, daß die deutsche Revolution, wo immer sie siegreich war, ob in Berlin oder Wien oder sonstwo, nirgends mit „Henkerbeil und Pulver und Blei“ bei der Hand gewesen ist. Aber von Umlands Protest bis auf Ziegler's und Wendt's Lobpreisung, das kennzeichnet vortrefflich den Niedergang der deutschen Unversitäten seit fünfzig Jahren.

Sicherlich geht es heute auch noch Unversitätslehrer von achtbar unabhängiger Gesinnung, aber der ganze Strom der akademischen Entwürdigung geht gegen sie. Deshalb ist es auch verkehrt, wie es vielfach geschieht, den verstorbenen Historiker Treitschke für den akademischen Byzantinismus und Erosillismus verantwortlich zu machen. Einen großen Teil der Schuld trägt auch er gewiß, aber sozusagen wider seinen Willen; für seine Person war er wenigstens ein Mann von Rückgrat und Ueberzeugung, und so stand er noch immer hoch über den Typus Wendt. Dieser Typus, namentlich wo er auf die Arbeiterklasse losschlägt, schildert treffend der Räuber Moor: „Ein schwindliger Professor hält sich bei jedem Wort ein Fräulein's Saltnat vor die Nase und liest ein Kollegium über die Kraft; Kerls, die in Ohnmacht fallen, wenn sie einen Wuben gemacht haben, tritlen über die Taktik des Hannibal.“ Fürchterlich ist die Sorte gewiß nicht, es sei denn ihre Studenten; in der That erziehen diese Lehrer, die sich in all ihrer Gasenherzigkeit und Vondenlächtheit auf die Dramarbasse hinausspielen, jene studentischen Krowies, über deren Dummleien fast jedes neue Zeitungsbblatt berichtet; beide zusammen machen die akademische Verlotterung aus.

Aber wenn nicht fürchterlich, so ist der Typus Wendt in hohem Grade widerlich, und sobald er seine Parleinstränge auf öffentlichem Markte macht, muß er sich auch gefallen lassen, daß ihm öffentlich heimgeleuchtet wird wie einem Harlekin.

Gerechtigkeit.

Das gerechte Urteil des Berliner Landgerichts wider die sächsische Oberlandesgerichts-Justiz hat die Presse der Reaktion mit Stummheit geschlagen. Die „Kreuz-Ztg.“ und „Post“ können ob der furchtbaren Thatfache, daß eine aufrichtige Würdigung die von ihnen gefeierte sächsische Justiz ertilt hat, noch kein Wort des Entsetzens finden; es behaft einer Erholungsfrist, bis sie das unparteiische Urteil als das Ende jeder geordneten Rechtspflege verkünden werden. Bisher haben sich nur zwei Blätter über das Urteil ausgesprochen. Das „Berliner Tageblatt“ sagt:

„So hat das Erkenntnis eines Berliner Gerichts die in Sachien nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Rechtsprechung gegenüber der Opposition übliche Praxis vor aller Welt gekennzeichnet. Man kann es hiernach verstehen, wenn die Socialisten von einer Klassenjustiz sprechen.“

Die „Verf. Ztg.“ bemerkt:

„Diese Begründung des Urteils wird in Verbindung mit der herrschenden Hyge in den Köpfen der Scharmacher und Staatsfügen verheerende Wirkungen anrichten.“

Wir wollen übrigens der zu erwartenden Enttistung der Scharmacher- sowie der sächsischen Ordnungs- und Regierungspresse vermehrte Nahrung spenden, indem wir daran erinnern, daß dies Urteil des Berliner Landgerichts über politische Tendenzrechtsprechung — so bedeutsam es ist, da das oberste Gericht eines Bundesstaates betroffen ist — doch erfreulicherweise nicht eine unerhörte Neuerung ist. Im Jahre 1891 verbot das Volkseamt in Altona das Entfallen und die Weisung einer roten Fahne seitens der socialdemokratischen Partei. Reaierungspräsident und Oberpräsident bestätigten

das Verbot. Der Oberpräsident entschied, die rote Fahne sei „das anerkannte Symbol des Aufsturus und der Auflehnung gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung“. Auf erhobene Klage hat jedoch das Ober-Verwaltungsgericht, erster Senat, in seiner Sitzung am 13. Juni 1891, an welcher der Präsident Geheimrat Versus und die Ober-Verwaltungsgerichts-Mitglieder Prof. v. Gneist, Vohaus, Schellong, Dr. Zahn, Verkuhn und Tschow teilnahmen, das Polizeiverbot außer Kraft gesetzt. In dieser Erkenntnis hieß es:

„Allerdings unterliegt es keinem Zweifel, daß die rote Fahne zur Zeit als Symbol der Socialdemokratie benutz wird. Diese Thatfache allein würde aber das Verbot, eine solche zur Ausdeutung socialdemokratischer Bestrebungen in Veramm-lungen zu verwenden, vom Standpunkte der Sicherheits-polizei aus im Einzelfall jedenfalls nur dann stützen, wenn jene Bestrebungen ganz allgemein als die öffentliche Sicherheit gefährdende angesehen werden könnten. Dies ist indes nicht der Fall.“

Die zur Zeit geltende Gesetzgebung hat, indem sie das Gesetz vom 21. Oktober 1878 außer Kraft treten ließ, sich gerade auf den entgegen gesetzten Standpunkt gestellt; seitdem hat die Polizei socialdemokratische Veramm-lungen oder Kundgebungen gleich denen anderer socialer oder politischer Parteien zu behandeln.“

Deutsches Reich.

Gegen das Justizhausgesetz.

Unsere bairischen Parteigenossen beschäftigen, wie aus München berichtet wird, als ersten Antrag in der Abgeordneten-Kammer eine Interpellation einzubringen, durch die von der Regierung verlangt wird, sich über ihre Haltung zum Justizhausgesetz zu rechtfertigen. Die socialdemokratische Fraktion will von dem Ministerium fordern, daß es ausdrücklich die Gründe darlegt, die die Regierung dazu bestimmten, im Bundesrat für das Gesetz zu stimmen.

Die abgefragte Kaiserreise scheint in Dortmund eine wahre Panik hervorgerufen zu haben. In der „Mhein.-Westf. Arbeiter-Zeitung“ lesen wir:

In der hiesigen Geschäftswelt hat die Abfrage wie eine Krise mit unerwartetem Ausbruch an der Börse gewirkt. Ueberall kolportierte man die Verluste, die entweder Käufer oder Verkäufer betroffen haben. Der Wirt Peter K. am Markt soll die erste und zweite Etage seines Hauses an Freiherrn v. R. zum 8. August für 1800 M. vermietet haben. Andere Hausbesitzer am Markt forderien bis auf weiteres 100 M. pro Fenster. Schlecht werden auch die Leibkuchen-Erbauer abgefunden, die unter großen Opfern solche zum Teil schon fertig haben. So hat z. B. der Unternehmer Stoltzfuß die auf dem von der Stadt gemieteten Gelände errichtete Schladenmühle abbrechen lassen, um Platz für eine große, 3000 Personen fassende Tribüne zu bekommen. Ein auswärtiger Unternehmer hat Herrn Stoltzfuß für 1000 Mk. wäge 9000 M. Der Spectant hat offenbar vorgehabt, im letzten Moment eine Anzahl Plätze recht teuer zu verkaufen. Aus dem Geschäft wird nun natürlich nichts. Auch der Wirt Gerdemann in Nauvel, in dessen Nähe der Kaiser den Regierungsdampfer „Steuer“ besichtigen sollte, hat eine Tribüne mit etwa 5000 Plätzen zur Hälfte fertig. Der Mann ist noch im Zweifel, ob er den Tribünenbau vollenden soll, jedenfalls lohnt es sich nicht. Mit dem großen Begrüßungsschor, den Herr Musikdirektor Janssen dirigieren sollte, ist's nun jedenfalls auch nichts, die Sänger sind mißgestimmt und sagen sich: „Es hat ja keinen Zweck!“ Die Dekoration wird zweifellos nicht in dem Umfange ausfallen, wie ursprünglich geplant war. Es wird vieles und manches unterbleiben. So wird zum Beispiel von einer Befestigung der Straßen mit Sand, die der Kaiser passieren sollte, zweifellos Abstand genommen werden. Dieses Vorhaben hätte der Stadt allein schon 20 000 M. gekostet.

Man sieht, wie der Patriotismus mit schändlichsten Geldinteressen arg kompliziert ist.

Weiteres aus unserer Studenten-Denkschrift. Der Siebener Polizeibericht erzählt:

In der Nacht vom 18. auf 19. d. M. zwischen 1 und 2 Uhr früh haben Studenten von den Korps Teutonia und Starckenburgia in Gemeinschaft die öffentliche Ordnung gestört und jede Achtung vor dem Gesetz beiseite gelassen.

Mit den Herren in der Restauration zum „Kerker“ von einer Schuymanns-Patronille Feierabend geboten, wurden die Beamten von einem Mitglied des Korps Teutonia durch allerhand Redensarten belästigt und an dieselben zuletzt die Frage gestellt, wie lange er noch sitzen bleiben dürfe, worauf ihm zum Leberlich in ausdauernder Weise auch ein Zeitpunkt (eine Viertelstunde) genannt wurde. Hiermit nicht zufrieden ließ der Student Kassel den Schutzleuten bis auf die Straße nach, krähe und handelte derartig, daß die Beamten genötigt waren, ihn zur Strafanzüge zu notieren und weil er sich weigerte, sowohl seine Legitimationskarte vorzuzeigen, als auch seinen Namen zu nennen, wurde er zur Wache sifiziert, wozu er sich anfangs ebenfalls entschieden weigerte. Während dieser Szene waren die Kommitteons des p. Kassel ebenfalls aus der Restauration auf die Straße gekommen und nun ging der Skandal erst recht los, indem dieselben (Teutonen und Starckenburger) zur Wache folgten, die Beamten unterwegs teilweise angriffen und sich denselben in den Weg stellten, um den Krekietieren dadurch zu befehren, wobei sie einen derartigen Stillenlärm verursachten, daß die Bewohner ganzer Straßen aus dem Schlafe geweckt und viele derselben sich am anderen Morgen noch des Uebels dieser außerordentlichen Aufregung erkundigten. Auf der Wache trieben die Studenten ihre üblichen Allokria und weigerten sich zuletzt, das Wachenlokal zu verlassen, so daß sich einige Herren nach oben drein wegen Unordnungsbruch zu verantworten haben werden.

Welche Verrohung der nicht arbeitenden Jugend! —

Verloren gegangen ist die in der Reichstags-Ährenrede angekündigte Vorlage betr. die Patentanwälte. Der Entwurf ist bereits in den Ausschüssen des Bundesrats, der „Mhein.-Westf. Ztg.“ zufolge, verloren gegangen.

Die war es nur möglich, daß die Thronrede eine Vorlage in Aussicht stellte, die noch nicht einmal das Volkshaus des Bundesrats passiert hat? In den verbündeten Regierungen wissen die rechten Geheimnisse nicht, was die Linken thun. —

Der Nachlaß eines Demokraten. Man schreibt uns: Da der „Vorwärts“ das Verweiben der Freunde von Guido Weiß über die diebstohle Veräußerung seiner Bibliothek erwähnt hat, so sei noch hinzugefügt, daß die Erben des alten Demokraten auch sonst alles unthätig thun, um die Spuren seines Erbens aufzuspüren. Alle Bereiber von Weiß hatten sich zusammengefaßt, um auf ihre Kosten eine würdige Ausgabe seiner besten Aufsätze zu veranstalten, die jetzt alle in schwer zugänglichen Zeitschriften vergraben sind. Jedoch die Erben haben ihre, für diese Veröffentlichung notwendige, Erlaubnis verweigert, weil die beiden Verweiben von Weiß, deren einer bei der Ertelung dieses Bescheides noch nicht einmal mündig war, sich die Herausgabe seiner Aufsätze vorbehalten wollten, für die Zeit, wo sie zu ihren Jahren gekommen sein werden. Den Sinn dieses famosen Bescheides hat der „Vorwärts“ schon vorweggenommen mit dem Worte: Der Demokra Weiß hat keine Familie hinterlassen. —

Die Schutztruppe der Justizhausvorlage, der Zunmungs-verband deutscher Baugewerksmeister hat unter der vornehmen Führung des Herrn Kreisgerichtsrat Dr. Hille einen neuen Vorstoß für sein Ideal unternommen. Auf dem ordentlichen Bezirks-tag des Zunmungsverbandes Brandenburgischer Baugewerksmeister, der am 19. d. M. in Potsdam laute, wurde beschlossen, den wieder-

zusammentretenden Reichstage eine Resolution einzubringen, in der in erster Linie abgelehnt wird, den Entwurf des Justizgesetzes zur Annahme empfohlen wird, um die heutige Gesellschaftsordnung und die freibewilligten Staatsbürger gegen unredliche Ausschreitungen seitens der durch minder gewissenhafte Arbeiterführer und Aufwiegler verleitet und aufgehetzten mehr der Gruppe der Arbeitsscheuen, als der Arbeitsfreudigen angehörenden Arbeiter wirksam zu schützen.

In der Resolution, die nach dem Referat des Ehrenmitgliedes und Kreisgerichtsrats Herrn Dr. Hülse einstimmig angenommen wurde, wird nach bekanntem Muster unter anderem beantragt, daß die Arbeiterausstände der letzten Jahre im Vorgebirge des Rheins haben, die noch fernstehenden Berufsangehörigen zum Anschluß an die Organisation zu veranlassen und angeführt, daß dies ein mit der heutigen Gesellschaftsordnung unverträgliches Koalitionszwang und die dabei angewandten Mittel in einem gemeinschaftlichen, das gewerbliche Arbeitsverhältnis gefährdenden Terrorismus der ausständigen gegen die arbeitswilligen Mitglieder andartet. Weiter wird beantragt, daß die heutige Gesetzgebung in zahlreichen Fällen verfolgt, durch Bestrafung der Missethäter, in Sonderheit der Missethäter und Aufwiegler, eine Säuberung der begangenen Schuld herbeizuführen, sowie die durch die Maßregelungen geschädigten und brotlos gemachten Mitarbeiter in ihrem Rechte auf Arbeit wirksam zu schützen. Hierbei haben die nach dem Justizhausgesetz listernen Vagantverbrecher gewiß an die schwarzen Listen gedacht, durch welche die Unternehmer mißliebige Arbeiter ächten und dem Hungertode überantworten und dabei sogar in anerkannter Weise das „Recht auf Arbeit“ proklamieren. Die „Vagantverbrecher-Zeitung“ wird nun wohl in Zukunft die Auftritte an die Vagantverbrecher Deutschlands, aus diesem und jenem Orte zugereiste Arbeiter nicht zu beschäftigen, unterlassen.

Beabsichtigt wurde noch, daß die dem Innungsverbände angehörenden Bau-Zunftsungen, innerhalb ihres engeren Bezirks Versammlungen einberufen werden sollen, in denen die Justizhausvorlage beraten und Beschlüsse in dem befürwortenden Sinne gefaßt werden. Außerdem soll die heutige Verfassungsgegenstände auf die Tagesordnung des im Oktober d. J. in Karlsruhe zusammentretenden Innungsverbandes Deutscher Bauergewermeister gesetzt werden und dieselben durch ein von derselben Seite — wir empfehlen den hier schon bewährten Herrn Kreisgerichtsrat und Ehrenmitglied Dr. Hülse — erhaltenen Bericht einleiten zu lassen. Wir zweifeln nicht daran, daß der Innungsverband einen „durchschlagenden Erfolg“ erzielen wird.

Vom Epistel Gingold-Stark, der im Tausch-Prozess neben die Pedere und v. Lühov eine unlaubere Rolle spielte, weiß jetzt der Verleger der „Posener Neuzeit“, der wegen seiner freisinnigen Haltung in der polnischen Frage aus der „Pol. Ztg.“ gedrängt worden war, folgendes zu erzählen:

Eine ganz interessante Geschichte erlebte ich ein paar Tage später wiederum in Berlin. Ein Berliner Zeitungsmann, der sich auf seinen Briefschaften Journalist Bergmann nannte, folgte genaue Adresse nannte, bot mir seine Dienste als Korrespondent an; seine Schreibweise erschien mir verlockend, ich eruchte von Posen aus um Einfindung von Probe-Arbeiten, teils anderen Tages nach Berlin und war nicht wenig erstaunt, durch ein Telegramm dort benachrichtigt zu werden, daß Herr Bergmann mittlerweile nach Posen gefahren war, um sich persönlich mit mir auszusprechen. Wir hatten uns also verabschiedet und der eifrige Korrespondent, der sich die Verbindung mit mir ein solches Stück Geld kosten ließ, zeigte mir an, daß er sofort zurückfahren und in meinem Hotel noch abends vorsprechen würde. Ich ließ den Herrn auf den anderen Vormittag bitten. Inzwischen erlaubte ich mich bei meinen Berliner Freunden nach dem Herrn; aber keiner wollte einen Journalisten Bergmann kennen. Schließlich zeigte ich den Offizier, den der Herr an mich geschrieben; aber kaum hatte mein Nachbar die charakteristischen Züge gesehen, da rief er: „Der Mann heißt nicht Bergmann, er heißt — Gingold-Stark!“ Und richtig, wir gingen der Sicherheit halber sofort in den Verein Berliner Presse, und der erste Zeitungsmann, der uns dort in den Weg kam, rief sofort, als wir ihm den Brief vorhielten: „Das ist Gingold!“ Er war es, der Mann, der bei einem angesehenen Berliner Blatte angestellt war, der aber zum Entsetzen seines Chefredakteurs im Tausch-Prozess als in Diensten der Polizei stehend entlarvt wurde. Unter allen möglichen Vorfallsmaßnahmen empfing ich am anderen Tage den Herrn Bergmann“; ich erklärte ihm, daß man einen Journalisten „Bergmann“ in ganz Berlin nicht kenne (bei diesen meinen Worten judste es in dem metaphysischen Gesicht Gingolds, als ob er sich vor Lachen über den biederen Provinzialen nicht halten könne), und daß ich ihn daher schon um Aufgabe von Referenzen ersuchen müßte. Ich wollte doch einmal sehen, wer die Hintermänner des gefährlichen Herrn seien. Aber Herr Gingold wich mir aufglatt aus; er nannte mir nur gewisse Größen; den früheren langst von Berlin gezogenen japanischen Gesandten Koki, den jetzigen Vertreter Japans Marquis Irouhe &c. &c. Auf den Unterstaatssekretär Samann bezog er sich nicht, glaube mir aber in Aussicht stellen zu dürfen, eventuell von diesem Herrn Information zu beschaffen; schließlich nannte er mir noch den in Berlin wohnenden Generalkonsul eines kleinen Naubstaates, mit dem wir uns später telefonisch in Verbindung setzten und der für Herrn „Bergmann“ so lange schwärmte, bis wir ihn durchs Telefon fragten, ob er den Herrn „Bergmann“ denn schon vor dem Tauschprozeß gekannt habe; von da ab war es mit der telephonischen Redlichkeit des Herrn Generalkonsul vorbei. — Selbstverständlich verzichtete ich auf die Mitarbeitererschaft des Herrn Gingold-Stark, der sich — doch jedenfalls unter Mitwissen der Behörden — jetzt Journalist Bergmann nennt. Ich möchte nur wissen, ob Herr Bergmann auf eigene Kosten die verächtliche Reise nach Posen gemacht hat oder ob vielleicht andere Leute ein Interesse daran haben mochten, mich unter Aufsicht des Herrn Gingold-Stark zu stellen.

Zur kommunalen Wahlrechtsfrage in Schleswig-Holstein wird uns aus Kiel geschrieben:

Das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, welches die Ungültigkeit der seit dem 1. April 1892 erfolgten Censusserhöhungen in einer Reihe von schleswig-holsteinischen Städten aussprach, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach in keiner einzigen Stadt den Magistrat veranlassen, eine Revision der Bürgerrolle zu Gunsten der bislang Entrechteten vorzunehmen.

Hat heute abend (Freitag) doch der Kieler Oberbürgermeister Fuß in einer Stadtkollegien Sitzung das Signal gegeben, noch einmal die Sache bis vor das Gericht zu bringen, um, vielleicht durch eine andere Befehung desselben ein anderes Urteil zu erzielen. Er sei der Meinung, und dieser Meinung habe sich der Magistrat angeschlossen, daß das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts ein „rechtsirrtümliches“ sei und es sei nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht, die Frage nochmals zur Entscheidung zu bringen.

Ein ausführliches schriftliches Gutachten hat der Kieler Oberbürgermeister über diese Frage verfaßt, welcher nach Druck des Stadtverordneten und den Vertretern der Presse der „eminenter Wichtigkeit“ der Frage wegen zugestellt werden wird. Nach dem Concept gab nun der Ober-Bürgermeister die Gründe, weshalb das Urteil ein rechtsirrtümliches sei. An was der Befehlgeber gemeint habe, könne nur aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes festgestellt werden. Und aus dieser habe das Ober-Verwaltungsgericht das Maßgebende übersehen. Es sei schon nicht richtig, wenn in den Entscheidungsgründen gesagt werde, die Tendenz des Gesetzes sei die Regelung des Wahlrechts für sein ganzes Gebiet. Tendenz des Gesetzes sei die generelle Regelung der Einkommensteuer-Verhältnisse. Nur nebenbei behandelten zwei Paragraphen das Wahlrecht. Der hier in Frage kommende § 77 sei weder in der Regierungsvorlage, noch in der Kommissionsvorlage enthalten gewesen. Ein Antrag Wagem, der eine Änderung des Wahlrechts im Gebiet der Rheinprovinz bezweckte, sei der Kern dieses Paragraphen gewesen, dem von der Einkommensteuer-Gesetz-Kommission die Fassung gegeben sei. Daß jemals das in diesem Paragraphen Gesagte Geltung haben könnte

in anderer, als der Rheinprovinz, ist von keiner Seite angenommen. Der Bericht des Referenten der Kommission habe ausdrücklich nur bekannt, daß der Antrag Wagem nur eine Änderung der Verhältnisse in der Rheinprovinz bezwecke.

Bei der Beratung dieses Paragraphen habe dann auch der Abgeordnete v. Jeditz-Kreuzlich im Plenum angeregt, um ja keine Bedenken entstehen zu lassen, die beiden letzten Absätze des Paragraphen zu einem zusammen zu ziehen. Daß dieses nicht schon in der Kommission geschehen, sei nur eine kleine unbedachtliche Unkorrektheit. Im Plenum jedoch hat man dieser Anregung keine Folge gegeben, aber nur deshalb, weil man glaubte, sich auch so schon klar genug ausgedrückt zu haben. Auch der Abg. Finneccus habe bei der Beratung klar ausgesprochen, daß die beiden letzten Absätze in § 77 nur für die Rheinprovinz gelten. Auch der einzige schleswig-holsteinische Abgeordnete, welcher zu diesem Geleit gesprochen, Frank-Landern, habe es nicht für nötig befunden, diesen Paragraphen in den Bereich seiner Erörterung zu ziehen. Er sei sich jedenfalls klar gewesen, daß diese Absätze sich nicht auf Schleswig-Holstein beziehen könnten.

Auch im Herrenhause sei gar nicht die Meinung aufgetaucht, daß diese Paragraphen je auf Schleswig-Holstein Anwendung finden könnten. Der Finanzminister Miquel habe damals, als man im Herrenhause das Wahlrecht nicht an einen so niedrigen Steuerfuß binden wollte, erklärt: „Sollten wirklich in einzelnen Fällen einige der Stadtvertretung unerwünschte Elemente in die Vertretung dringen, so sorge ja das Dreiklassen-Wahlrecht dafür, daß sie die Mehrheit nicht gewinnen könnten.“ Diese Äußerung des Ministers hätte nicht gemacht werden können, wenn man gemeint hätte, daß auch Schleswig-Holstein, wo ein Dreiklassen-Wahlrecht nicht bestche, durch diesen Absatz 3 berührt würde.

Also die ganze Entstehungsgeschichte zeige, daß immer nur die Meinung sei, daß Schleswig-Holstein nicht berührt werde durch diesen Paragraphen.

Eine Besprechung fand im Stadtparlamente über diese Frage nicht statt; erst soll das „Gutachten“ im Druck vorliegen.

Für die kleineren Städte, die Kiel in der Wahlrechts-Verschlechterung gefolgt sind, dürften diese Ausführungen des Herrn Fuß das Signal sein, um ebenfalls noch einmal die Sache zum Entscheid zu bringen.

Diese von uns ausführlich wiedergegebene „Stimmung“ der Kieler Stadtorgane und das „Gutachten“ ihres Obersten ist für den schleswig-holsteinischen Freisinn leuchtend. Die Ausführungen des Gutachtens entzünden durch ihre verblüffende Unkenntnis in rechtlicher und tatsächlicher Beziehung.

Das Ober-Verwaltungsgericht hat längt die Gründe, welche das Kieler Stadtoberrath aufführt, des ausführlichsten widerlegt. Der Kieler Oberbürgermeister verkennt vollkommen die Motive, die einen Teil der Abgeordneten zu der Anregung im Sinne des § 11 des Einkommensteuer-Gesetzes geführt haben, mit dem Inhalt des § 11, wie er Gesetz geworden ist. Veranlaßt mag die Bestimmung des § 11 des Einkommensteuer-Gesetzes durch thüringische Verhältnisse sein, der § 77 aber, wie er schließlich gefaßt ist, bezieht sich keineswegs allein Geltungsbereich auf die Rheinlande. Das ist nicht erst jetzt, sondern bereits unter dem 23. Februar 1892 vom Ober-Verwaltungsgericht in anderer Besetzung in einem die Provinz Pommern betreffenden Teil anerkannt. Ist dies in den amtlichen Entschcheidungen abgedruckte Erkenntnis dem städtischen Oberhaupt Kiels unbekannt geblieben? Die Erwartung, daß das Ober-Verwaltungsgericht, welches stützt in seinem Erkenntnis Verhältnisse betreffend, Erkenntnis dieser Art die Ansicht des ausführlichsten motiviert hat, „in anderer Besetzung“ zu einem dem klaren Wortlaut des Gesetzes widersprechenden Ergebnis kommen werde, zeugt nicht von übermäßigem Vertrauen zu der unparteiischen Anschauung des Ober-Verwaltungsgerichts. Freilich können uns eigentlich juristisch-sonderliche Nachrichten aus Kiel nicht überreichen. Wurde doch erst vor wenigen Jahren unser verantwortlicher Redacteur auf Antrag des Kieler Bürgermeisters angeklagt, weil er die wahre Thatsache behauptet und kritisiert hatte, daß in Kiel Vorkelk besetzen und aus Anlaß der Kanalfeststellungen vernichtet waren. Unser Redacteur wurde damals von der unter Leitung des seligen Präsidents stehenden Strafkammer freigesprochen, weil seine Behauptungen vollständig bewiesen waren. Die eigentümliche Rechtsauffassung des Kieler Beamten über die Begriffe „Vordell“ und „Kuppel“ hätten die Berliner Strafkammer auch „bei anderer Besetzung“ von ihrer Richtigkeit nicht überzeugen können. Die Auslegung der oben angeführten Urtheile in der Wahlrechtsfrage wird das Ober-Verwaltungsgericht auch „bei anderer Besetzung“ zu einem anderen Resultat nicht führen können, es sei denn, daß das Ober-Verwaltungsgericht durch neue Richter besetzt werden könnte, denen die nötige Einsicht in den Inhalt eines Gesetzes abgeht. Die Kieler Behörden werden durch die dem Gesetz widersprechende Aufstellung der Wählerlisten die Wahlausübung der Sozialdemokraten nicht hindern. Unsere schleswig-holsteinischen Genossen werden sicherlich — soweit sie zu mehr als 900 Mark eingeschätzt sind — nicht verfehlen, massenhaft ihre Eintragung in die Wählerlisten nachzusuchen und die eventuelle Nichtaufnahme anzufechten. Unseren Glückwunsch unseren Genossen in Schleswig-Holstein zu der ihnen durch die Kieler Selbstverwaltung in die Hand gedrückte Agitationswaffe.

Ausland.

Der Protektorat der Wiener Arbeiterschaft.

Die Demonstration der Wiener Arbeiterschaft am Donnerstagabend, so schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ gegen Christlich-Soziale, jene Verächter ihres Masseninteresses, die den Wahlrechtsraub aufheben und, um dies zu bekunden, in den Saal beim „Englischen Hof“ eine „christlich-soziale Massenversammlung“ einberufen hatten, geriet so, wie es nicht anders zu erwarten war. Am Abend gab es eine förmliche Völkerverwanderung in die Mariaböserstraße, und zur Stunde, da die Demonstration beginnen sollte, bot sich den Christlich-Sozialen ein Anblick, der ihnen das Herz erbeben machen mußte. Etwa 20 000 Personen bereuhten sich zu der stummen Demonstration. In dichtem Gedränge wogten Tausende von Menschen durch die Straße, von denen den Christlich-Sozialen bekannt ist, daß jeder Teilnehmer den Ernst jedes einzelnen erfüllt. Schrecklich mußte es sein — das sahen die Herren recht deutlich —, wenn der Form dieser Menschenmasse sich plötzlich entleerte. Sie vermieden daher auch öffentlich jede Proclamation der Arbeiter, die in bewunderungswürdiger Disciplin eine geradezu übermenschenliche Selbstbeherrschung übten und sich begnügten, in ruhiger Würde, ohne lärmenden Zornausbruch, bloß durch das Gewicht der Masse wirkend, den Gegnern ihre Verachtung kundzugeben.

Es war ein moralisches Spieghelbild, das die Besucher der Versammlung zu absolvieren hatten, und die von ihnen irgend fähig sind zu begreifen, was um sie vorgeht, müssen die stummen Wälder, die lautlosen Mienen der tausendköpfigen Masse, durch die sie sich drängten, schmerzlicher und schmerzlicher empfunden haben als Ohrfeigen und Peitschenhiebe. Freilich, die Hauptmasse, die Haupt-schuldigen haben wir nicht zu Gesicht bekommen. Der Bürgermeister von Wien wich sorgsam der Gelegenheit aus, den Massen der Bevölkerung, die unter seinem Regiment steht, unter die Augen zu treten. Herr Lueger war schon am frühen Nachmittag unauffällig in das Hotel geküßt, und in einem Hotelzimmer verkehrte sich der Sohn des Volkes, bis sein Befehl den Saal gefüllt hatte.

Diesem mutigen Beispiel folgten alle Größen der Christlich-sozialen Partei, sie getrauten sich trotz des enormen Polizeiaufgebotes nicht auf die Straße. Nächstens wird der Herr Bürgermeister, wenn er die Straßen „seines“ Wien passieren will, einen fasschen

Wart anlegen und sich das Haar färben. Welches Ende hat dieser Mensch genommen!

Unter den Leuten, die ziemlich verschüchert das Versammlungstokal erst zur öffentlich angelegten Stunde aufsuchten; waren die geistlichen Herren in auffälliger Ueberzahl, und sie belaudeten so vor aller Augen, wessen Sache es ist, die da gefördert werden sollte. Die Demonstration der Christlich-Sozialen für den Wahlrechtsraub erhielt ihren deutlichen Stempel durch die Beteiligung des Klerus. Die Klerikalen haben heute alles auf die eine Karte gesetzt, die Lueger heißt, und fast möchte man vermuten, daß ihnen der Einsatz schon leid thut. Wenigstens konnten sie thöricht nicht handeln, als sich so sehr für diese Wahlreform zu engagieren, deren Widerstand, deren Ungerechtigkeit, deren Unmöglichkeit so klar auf der Hand liegt, daß sie sich eine sichere Niederlage holen müssen. Lueger kann und wird nicht siegen, alles, was Hirn und Herz hat, streitet wider ihn, und für sich hat er nur die Pfaffen und die Polizisten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. Juli. (Fig. Ver.) Genosse Dr. Adler wurde heute, wie telegraphisch gemeldet, zu einem Monat strengen Arrests verurteilt. Die Verurteilung war natürlich vorauszusetzen, denn da das Gesetz jeden mit Strafe bedroht, der bei einem Aufruf der an ihn gerichteten Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leistet, so müssen auch die Ordner und Leiter einer Demonstration eingesperrt werden, obwohl nichts gewisser ist als ihre Pflicht, auf dem Blase zu bleiben und den Genossen vor den Angriffen der Polizisten den möglichst erreichbaren Schutz zu schaffen. Adler ist heute verurteilt worden, weil er nicht entwich, als die Demonstranten von der Polizei hart bedrängt wurden; d. h. er ist verurteilt worden, weil er das Selbstverständliche und Katholische that. Als strafverschärfend wurde vom Gerichtshof der Umstand angenommen, daß sich Adler mit dem Polizeichef, der die Oberleitung der Aktion innehatte, in einen „Wortstreit“ eingelassen hatte. Dieser Beamte hatte aber den Genossen Adler selbst erlucht, auf die Menge beschuldigung einzurücken! Das Urteil ragt aus der Unmasse von Verurteilungen, die die Wiener Gerichte seit einem Monat gegen politische Demonstranten ausgesprochen, durch seine besondere Schärfe hervor. Es ist nämlich die höchste Strafe verhängt worden, die das Gesetz überhaupt zuläßt. Da juristisch eine Reihe von Milderungsgründen vorliegen — das Geständnis des Thatsächlichen zumal — so widerspricht das Urteil durchaus der üblichen Norm, wie sie selbst in den Prozessen wegen der Wahlrechts-Demonstration bis nun beobachtet wurde. Der logische Schluß ergibt sich daraus von selbst: das Urteil ist entpungen aus dem Wunsch, abschreckend und einschüchternd zu wirken. Die Verurteilung gegen das Strafmaß und die Milderungsbedauerde gegen die Verurteilung gehen an den obersten Gerichtshof, und wenn sie noch eine von den Einwirkungen der Tagespolitik unbeeinflusste Atmosphäre finden, so werden sie die Rechtskraft nicht erreichen.

Frankreich.

Paris, 22. Juli. Das „Echo de Paris“ behauptet, die nach Rennes ergangenen Befehle seien infolge einer geheimen Beratung im Kriegsministerium erfolgt, in welcher Palkologue eine wirksame Rolle spielte. Dem „Matin“ zufolge wären die Anweisungen für das Kriegsgericht in Rennes auf Antrag des Majors Carrière selbst ergangen. Der „Petite République“ zufolge hat die Regierung bezüglich des angekündigten Entschuldigungsvertrages zu Gunsten Dreyfus auf der Insel eine Untersuchung eingeleitet. Der Schuldige gehöre, wie es scheint, dem Generalstab an. Die Verteidiger Dreyfus werden alles aufbieten, um ein Urteil zu erlangen, welches jedes spätere Verfahren gegen Dreyfus unmöglich macht. Sie werden sich deshalb seinen Anträgen widersetzen und werden selbst nötigenfalls entsprechende Anträge stellen. Dies sei der ausdrückliche Wunsch Dreyfus', dessen Ausführung die Anwälte ihm versprochen hätten.

Die Wahrung des Dreyfus. „Petite République“ und „Antenne“ berichten neuerdings über geradezu unerhörte raffinierte Chicanen, denen Dreyfus auf der Insel unterworfen wurde. Der Wächter, der den Nachdienst verfaßt, hatte Befehl, falls die Flucht durch Dreyfus versucht würde und von ihm nicht verhindert werden könnte, dann Dreyfus wiederzufassen. Darauf baute man den Plan, Dreyfus zu beseitigen. Unter Führung eines gewissen Verriolen näherten sich mehrere gedungene Banditen nach der Inselinsel unter Vorn und Schreien; sie schienen zu hoffen, daß Dreyfus gewacht werde und aus Her eile, was der Wächter als Fluchtversuch auffassen müßte. Dreyfus erhob jedoch kaum den Kopf in seinem Bett und fragte einfach ganz ruhig, was denn eigentlich los sei. Ein anderes Mal brachte man Dreyfus eine wie üblich mit dem Stempel der Kolonialverwaltung versehene Dose, welche die Mitteilung enthielt, Frau Dreyfus sei wieder Mutter geworden. Das war zwei Jahre nach der Verbannung. Dreyfus litt Monate lang schrecklich und weigerte sich, seiner Familie zu schreiben.

Spanien.

Barcelona, 22. Juli. Im Laufe einer heißen Abend im „Nivoli“ zu Ehren der hier anwesenden französischen Seelente veranstalteten Vorstellung versuchte eine Gruppe von Leuten, welche für den Anschluß der Provinz an Frankreich eintreten, die Ruhe zu stören. Die Polizei stellte die Ordnung alsbald wieder her.

Serbien.

Belgrad, 22. Juli. Nach einer amtlichen Mitteilung sind am 25. d. Mts. —

Afrika.

Pretoria, 21. Juli. Die Regierung beabsichtigt, den Goldfeldern in Transvaal zwölf Vertreter zuzugestehen, davon sechs für den ersten Vorkraad und sechs für den zweiten. Der Minen-Distrikt Witwatersrand soll in 4 Wahlbezirke eingeteilt werden. Die Minen-Distrikt Klerksdorp und Potchefstroom sollen einen weiteren und Baberton den sechsten Wahlbezirk bilden.

Asien.

Aus Peking wird der „Times“ gemeldet, daß dort eine russische Schule gegründet worden ist, welche ausschließlich zur Pflege des Unterrichts in der russischen Sprache und zur Ausbildung von Chinesen als sprachkundigen Angestellten bei den Eisenbahnen dienen soll. Die Lehrer sind Russen. Die Schule, welche gestern eröffnet ist, wird von der chinesischen Regierung unterhalten.

Der Flöh-Einsturz auf Beche Necklinghausen.

durch den vier Menschenleben vernichtet, sechs Bergleute verletzt worden sind, hat dem „Verband der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter“ Veranlassung gegeben, einen „theoretisch und praktisch geschulten Verbandsbeamten“ nach dem englischen Brevier zu entsenden, um die Katastrophe zu erforschen. Derselbe giebt das Resultat seiner Ermittlungen in der „Berg- und Hüttenarbeiter-Ztg.“ wieder, in dem er u. a. schreibt:

„Die Bergleute sind von dem Zusammenbruch nicht überrascht worden. Schon seit einigen Monaten hat das hangende Gebirge in Flöh Sommerstein durch Knistern und Krachen die Katastrophe angekündigt, so sagen die Bergleute. Diese Bewegung des hangenden Gebirges hat zur Folge gehabt (wie ebenfalls die Bergleute erklären), daß mehrere log. Schachte sich im hangenden Gebirge gezeigt haben. Das Gebirge ist an den betreffenden Stellen wie mit dem Messer von oben nach unten durchgeschnitten; der beispielsweise links von diesem Schnitt liegende Gebirgskeil kann sich um einige

Centimeter oder mehr dabei senken. Während der letzten Wona sind beim Abbau des Flözes Sonnenschein diese kleinen Schmitt entstanden, der Abbau schritt immer weiter und nun hing das mit nur etwa 8 Grad geneigte hangende Schicht wie ein stets drohender großer Sargdeckel über das abgebaute Stück, mit einer Kante sich aufliegend auf die Kohlenflöze, an welchen die Vergleute daran waren, die Kohlen (die Stäbe) wegzuhauen.

Die hangende Fläche soll nach den Berechnungen der Bergarbeiter eine Länge im Flözstrecken (von Osten nach Westen) von 600 Meter und eine Höhe (von Norden nach Süden) von ca. 4 Sohlen (jedenfalls Wrembergflöze) gehabt haben, d. h. viermal 80-90 Meter, also rund 360 Meter. Seit einigen Monaten sind auch viele Hölzer, Stempel, eingebaut worden, aber was heute aufgestellt, sei am 2. oder 3. Tage zerdrückt gewesen. Mütter hätten sie (die Vergleute), weil ihnen die Arbeitsstelle wegen des Druckes vom hangenden Gebirge aus zu gefährlich gewesen wäre, auf Anraten der Unterbeamten diese verlassen und einige Meter mehr nach vorn in der heißen Kohle wieder auf eine neue eingehauen. Das waren alles Zeichen eines kommenden Niederstürzes des hangenden Gebirges. Gerade das hangende Gebirge über Flöz Sonnenschein ist gefährlich. Es ist ein Sandstein von ca. 17 Meter Mächtigkeit an diesen Stellen. Dieser riesige Gebirgsklotz hat die seiner Natur entsprechende Eigenheit, daß er nach bergmännischem Ausdruck „in ganzen“ niederbricht. Es ist derartige Zusammenbrechen schon wiederholt gerade im Flöz Sonnenschein (auch Didebank genannt) beobachtet worden, z. B. auf der Zeche ver. General und Erbstollen, Johannisacht und auf dem Schachte dieser Zeche in Weimar bei Bochum eine ganze Brenne. (Der sog. Hippentempel). Ueber Nacht, mit einem Knack bricht das hangende Gestein dieses Flözes „in ganzen“ herein, alles unter sich zermalmend und begrabend. Auf ver. General u. Erbstollen weiß man davon ein Lied zu singen.

Auf Medlinghausen I (Clerget) wurde der Abbau mit Vergeverfah geführt. Wie ging derselbe vor sich? Weinstich sauber???

Das Flöz lag sozusagen „flach“. Alle Berge zum Verfall (zum Ausfüllen) mußten mit der Schaufel aus dem Wagen ausgeladen und in die leeren Räume hineingefüllt werden; eine überaus langwierige, beschwerliche Arbeit. Die Leute erzählten uns, daß immer mehr nach Kohlen verlangt worden wäre, auf eine möglichst große Kohlenförderung aus diesem Flöz wäre großes Gewicht gelegt worden, alles andere hätte notwendigerweise zurückstehen müssen. Das ist bei der heutigen Hochstuf im Kohlenbergbau sehr glaubhaft. Und es ist anzunehmen, daß der Vergeverfah entfernt nicht in dem Maße nachfolgte, als der gewaltig forcierte Abbau fort schritt. Große Wäden im Vergeverfah, stellenweise wird wohl gar keiner geführt worden sein. Das ist um so wahrscheinlicher, als das Zusammenbrechen des hangenden Gesteins eine derartige Katastrophe herbeigeführt hat. Wäre der Vergeverfah gut ausgeführt gewesen, konnte dann das Niederbrechen des hangenden Gesteins eine solche Wirkung haben, wie hier geschehen? Wir bestreiten es! Ein kleiner Ruck und es hätte aufgelesen, wenn gut verfehlt war! Nun hat man aber eine starke Erderschütterung verspürt, aber merkwürdig, nur da an der Oberfläche, worunter die zusammengebrochenen Räume sich befanden; auf den anderen Punkten im Gebiete des Zechenfeldes nicht. Das wirft die Theorie des „Erdbebens“ nach unserer Ansicht über den Haufen.

Wenn wir annehmen, daß der Vergeverfah, so wie wir vermuten, äußerst lächerlich, stellenweise gar nicht nachgeführt ist, dann erklärt sich die heftige Erderschütterung von selbst. Wir wollen uns nicht über die Wirkung, welche die in diesem Gebirge liegende Schicht Schwimmsand (die unsern Nachrichten zufolge hier bis zu 3 Meter stark sein soll) bei dieser Katastrophe gehabt hat, in Unterhaltungen einlassen; das können wir aber sagen, daß sie die Erderschütterung begünstigte, für die unterliegende Schicht eine glatte, mit Wasser bespülte Abfängfläche bot, worauf sie selbst lagerte. Wäre das untere Gebirge ein, so folgte der Schwimmsand und das obere Gebirge hatte jeden Stand verloren. Daher wohl das „Erdbeben“.

Man ist wohl im stände, solche Katastrophen zu verhindern! Wenn in solchen Flözen die Anzeichen des Niederbrechens des hangenden Gesteins auftreten, wenn es knistert, knarrt, wenn das Holz rasch zerbricht wird, wie es hier schon seit langem geschah, dann verläßt man diese Punkte so lange bis der Zusammenbruch erfolgt ist. Allerdings können dann während der Zeit keine Kohlen gewonnen werden, aber — Menschenleben!

Will man keine Erderschütterungen, so läßt man das Gebirge nicht im Ganzen brechen. Man fährt vielmehr in gewissen Abständen große starke Mauerpfeiler auf vom Liegenden bis zum Hangenden, oder besser noch, man läßt nach einer gewissen Ordnung Kohlenpfeiler unerrigt anstehen. Dann kann das Gebirge unendlich „im Ganzen“ brechen, dann muß es zwischen diesen (gewöhnlich lauchreiterartigen) Pfeilern zuerst durchbrechen, wodurch die Festigkeit gemindert, die Erderschütterungen vermindert werden und ebenso die Katastrophen.

Allerdings vermindert sich dann die Kohlenförderung.

Nach den Wirkungen des Zusammenbrechens des hangenden Gesteins auf Medlinghausen I zu urteilen, ist hier unserer Ansicht nach wieder ein entsprechender Vergeverfah nachgeführt, noch sind stehende Pfeiler vorhanden gewesen. Daß man nicht früh genug diese (allerdings äußerst ertragreichen) Punkte außer Betrieb gesetzt und den sich angelagerten Zusammenbruch abgewartet hat, das beweisen die Bergmannsleichen.

Soweit der Berichterstatter der „Vergarbeiter-Zeitung“ trifft das zu, was hier gesagt ist — das Gegenteil hat die Bergbehörde zu beweisen, dann ist das „Erdbeben“ als eine Folge des außerordentlich beschleunigten Abbaues, bei dem nicht alle möglichen Sicherheitsmaßnahmen beobachtet worden sind, zu betrachten. Wir müssen auch hier die Forderung auf Anstellung von aus den Reihen der Arbeiter herausgewählten Kontrollbeamten erheben.

Partei-Nachrichten.

In Belgien ist der Genosse Oskar Paquay gestorben. Paquay, so schreibt man uns aus Brüssel, ist hervorgegangen aus einer guten Familie in guten Vermögensverhältnissen. Er war bestimmt, Geistlicher bezw. Missionar zu werden und studierte in einem Seminar Theologie. Nach Beendigung seiner Studien ging er nach England und Deutschland, wo er die Arbeiterbewegung kennen lernte. Nach seiner Rückkehr nach Belgien organisierte er die Steinarbeiter von Leffines und gründete dort eine Kooperationsgenossenschaft. Später hat er auch die Hofenarbeiter in Werpens organisiert. Seit 1894 gehörte er als sozialistischer Abgeordneter der Kammer an. Paquay, der nur ein Alter von 48 Jahren erreicht hat, war einer der geschicktesten Organisatoren der belgischen Arbeiterpartei.

Politisches, Gerichtliches usw.

Der Genosse Gogowski in Wosen wurde von dem dortigen Schöffengericht zu 16 M. Geldstrafe verurteilt, weil er sich gegen den § 6 des Preßgesetzes verhalten haben soll. Derselbe hatte auf die Flugblätter der Generalkommission: „Ein Aktentat auf das heilige Recht der Arbeiter“ eine Aufschrift und eine Veranlassungssatzung drucken lassen, ohne sich als Verfasser dieser Notizen zu kennzeichnen. Diese Flugblätter sind bekanntlich konfisziert worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Arbeiter! Gewerkschaften Berlins!

Seit 10 Wochen tobt der Niesenkampf in Dänemark. Das Unternehmertum hat bisher alle Friedensbedingungen aufgeschlagen. Und nachdem die Einigungs-kammer festgelegt hatte, daß die Unter-

nehmer die bestehenden Verträge grundlos gebrochen haben, blieben sie bei ihrer Weigerung. Im Gegenteil, man häuften Unrecht auf Unrecht. Um zu verhindern, daß die noch arbeitenden Genossen die Ausgeperrten unterstützen, haben die vereinigten Unternehmer von neuem beschloffen, weitere, ganz unbeteiligte Arbeitermassen, circa 15 bis 20 Tausend, auszusperrn! — Das ist der Terrorismus in höchster Potenz.

Arbeiter, Gewerkschaften!

Laßt unsere notleidenden Brüder in Dänemark nicht untergehen; unterliegen sie, dann sind ihre Organisationen auf Jahre gefährdet, vernichtet. Dieses würde auch auf die deutschen Organisationen hemmend einwirken.

Befolgt darum den am 20. Juli gefassten Beschluß der Berliner Gewerkschafts-Kommission, welcher befragt, die dänischen Ausgeperrten nach Kräften zu unterstützen.

Listen sind zu haben bei den Vertrauensleuten der Gewerkschaften.

Sonstige Sammlungen werden entgegengenommen in Gewerkschafts-Bureau, Annenstraße 16, vormittags 9-1, nachmittags 6-8 Uhr.

Die Gewerkschafts-Kommission. J. A.: M. Willarg. A. Körsten.

Drehstler! Der Gesellenausschuß der Zwangsinnung der Drehstler Berlins hat sich konstituiert und ist bereits in Funktion getreten, mithin ersuchen wir die Kollegen, in sämtlichen Innungsangelegenheiten von nun an sich an W. Becker, Straßburgerstr. 48, zu wenden. Die Verstaatlichungskommission.

Achtung, Kistenmacher! In der Fabrik von Rudorf, Grüner Weg 117, ist wegen Mäßregelung von Kollegen Streik ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Zugung aller Barbier- und Friseurgehilfen ist nach folgenden Städten streng fernzuhalten: Berlin, Braunschweig, Eberfeld-Wormen, Düsseldorf, Florheim, Offenbach, Nadeberg in Sachsen, Paland in Schweden und Prag (Böhmen). Alle Anfragen sind zu richten an A. Weische, Braunschweig, Rosenhagen 5.

Mit Gruß A. Weische.

Die Giesener Glasergesellen haben nach vierwöchentlichem Kampfe ihren Ausstand erfolgreich beendet. Sie hatten gefordert: Abschaffung der Acorarbeit, zehnstündige Arbeitszeit und 15 Proz. Lohnerhöhung. Erreicht haben sie 10 Proz. Lohnerhöhung. Erreicht haben sie 10 Proz. Lohnverbesserung und die übrigen Forderungen. Gewiß ein schöner Erfolg, den die Gläser lediglich dem Ausstand zu verdanken haben, daß sie gut organisiert waren.

Die Ost- und Nagelschmiede Nürnbergs befinden sich seit dem 10. Juli im Streik. Sie fordern die wöchentlich 80 stündige Arbeitszeit, ferner 18 M. Minimallohn, Abkündigung des Rest- und Logisverwehens, 25 Proz. Lohnzuschlag für Ueberstunden und Aufnahme der Gehilfen in einer Privat-Unfallversicherung. Die Schmiedemeister lehnen sämtliche Forderungen ab. Sie suchen durch die Zeitungen, u. a. durch die „Leipziger neuesten Nachrichten“, 100 tüchtige Gesellen. Das Streikkomitee ermahnt die Schmiedegesellen im Reich, den Lockrufen der Meister keine Folge zu geben.

Ausland.

Die Hafenarbeiter Antwerpens sind entschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern namentlich doppelte Lohnsätze für Nacht- und Sonntagsarbeit.

Aus New York wird vom 22. d. M. gemeldet: Die Ausstände der Angestellten der Straßenbahnen in New York und Brooklyn sind beendet.

Die Augsburger Krawalle

verüben die Scharfmacherorgane nach wie vor im Sinne der Zuchtlandsvorlage auszuführen. Sie sehen darin einen „neuen Beweis für die Notwendigkeit eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitwilligen“. Ebenso wenig aber, wie die Derner Krawalle, haben die in Augsburg etwas mit der eigentlichen Streikbewegung zu schaffen.

Ueber das Einschreiten des Militärs wird berichtet:

Während nun diese Wirtschaften „gesäubert“ wurden, waren die angrenzenden Straßen von Polizisten und Militär abgesperrt. Die Chevauleger durchnitten die Straßen und forderten die Einwohner auf, die Fenster zu schließen; wo dies nicht geschah, riefen die Soldaten mit den Lanzen nach den aus dem Fenster heraussehenden Personen. Daß es dabei auch hier und da Steinwürfe auf die Soldaten abginge, ist erklärlich.

Etwa 40 Personen wurden verhaftet, circa 60 Personen notiert. Die Verhafteten wurden im Forterbüschchen der Senkelbäckischen Fabrik untergebracht und von 4 Soldaten und einem Sergeanten mit aufgeschlagenem Seitengewehr bewacht. Die Verhafteten wurden nach dem Kranenbau überführt. Die Verhafteten wurden nach 12 Uhr aneinandergefesselt unter harter militärischer Eskorte in das Unterjüngergefängnis abgeführt. Nach 1 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. Unter den Verhafteten befindet sich nicht ein einziger streikender Maurer. Erst heute morgen 11 Uhr wurde ein Streikender, angeblich wegen des Verdachtes, bei der gestrigen Zusammenrottung mit Steinen gewesen zu haben, im Wittelsbacher Hof verhaftet.

Die italienischen Maurer, die an der Senkelbäckischen Fabrik arbeiten, wollten bereits nach den ersten Krawallen die Arbeit niederlegen und wieder abreißen. Sie wurden aber vom Fabrikdirektor gewalttätig zurückgehalten. (Als Freiheitsberaubung!) Um das Anschlagwerden der Italiener zu verhindern, ließ die Bauleitung an dem Neubau eine hohe Bretterplanke anbringen.

Am Donnerstagnachmittag haben die Augsburger Gewerkschaften Stellung zu dem Vorgehen der Unternehmer und Behörden genommen. Zwei Versammlungen waren äußerst stark besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in beiden Versammlungen von den Referenten erklärt, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft mit den Krawallen nichts gemein hat und jede Verantwortung dafür ablehnen muß. Sämtliche Redner verurteilten mit scharfen Worten das Vorgehen der Unternehmer, die fortgesetzt ausländische Arbeiter unter falschen Vorwänden nach hier locken, wodurch die Arbeiterschaft erbittert werden müsse, und das parteiische Verhalten des Stadtmagistrats, der sich dadurch offen auf Seite des Unternehmertums stelle, daß die Italiener von der Lohn- und Schutzelementen abgeholt und in dem städtischen Schlacht- und Viehhof untergebracht wurden. Die Ausführungen sämtlicher Redner deckten sich mit folgender einstimmig angenommenen Resolution:

Die heutige Versammlung bedauert die in den letzten Tagen stattgefundenen Ausschreitungen, die geeignet sind, der aufwärts strebenden Arbeiterbewegung unberechenbare Schäden zuzufügen. Sie erhofft, daß die Unternehmung Klärung in die Angelegenheit bringen wird und die Thatsache ergibt, daß die Ursachen dieser Ereignisse nicht auf das Konto der organisierten Arbeiterschaft gesetzt werden können.

Dringend fordert die Versammlung alle organisierten Arbeiter auf, sich aller ansüßigen Behauptungen zu enthalten und sich der Nachteile solcher Dinge bewußt zu sein.

Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen das parteiische Vorgehen des Stadtmagistrats, besonders deshalb, weil städtische Rauten als Herberge ausländischer Maurer hergegeben werden, und fordert schleunigste Abhilfe dieser beispiellos dastehenden Zustände.

In der Nähe des Versammlungsortes war ein starkes Polizeiaufgebot konfirmiert. Die Schutzeinheiten bekamen keine Arbeit in der Versammlung, wohl aber erneuerten sich in einer anderen Gegend der Stadt die Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Tumultuanten.

Sicher ist, daß die streikenden Maurer, überhaupt die Klassenbewußte Arbeiterschaft an den Krawallen nicht beteiligt ist; die nachfolgenden Prozesse werden dies mit noch größerer Deutlichkeit zeigen.

In der Freitagnacht ist, wie der Telegraph meldet, in Augsburg alles ruhig geblieben. Die Stadt macht den gewöhnlichen Eindruck.

Sociales.

Arbeiterriß. Bei einer am Sonnabend auf der „Georg-Marien-Hütte“ bei Osnaabrück stattgehabten Explosion wurden zwei Arbeiter verletzt. — In Göttingen wurden fünf Menschen von einem Gerüst begraben. Das Gerüst eines Neubaus brach zur Hälfte plötzlich zusammen und rief fünf auf demselben befindliche Maurer mit in die Tiefe. Einer dieser Leute, der Arbeiter Karl Hede aus Diemarden, wurde von einem nachstehenden Mörtelstück so unglücklich getroffen, daß ihm der Schädel zermetert wurde, so daß der Tod sofort eintrat; die vier anderen Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß sie zu Wagen in die Universitätsklinik gebracht werden mußten. Einer von ihnen liegt so schwer darnieder, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird. Der verstorbene Hede war verheiratet und Vater von fünf Kindern, deren ältestes erst sechs Jahre alt ist. Ueber die Veranlassung des Unglücksfalles verlautet noch nichts Bestimmtes.

Streikende Ärzte. Ein Arztstreik ist in Kassel ausgebrochen. Die Augenärzte der dortigen allgemeinen Orts-Artenkassen haben wegen Herabsetzung der Behandlungssätze die weitere Behandlung der Kranken abgelehnt. Die übrigen Ärzte haben sich ihnen angeschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Aus dem Kreise unserer Leserinnen geht uns nachstehende Meinungsäußerung zu, der wir ohne Abänderung und ohne Kommentar gern Raum gewähren. Das Schreiben lautet:

Die Frau hat doch oft genug bewiesen, daß sie dem Manne völlig ebenbürtig ist; wieso hat nun der Mann das Recht oder die Pflicht, für Damen, die sich in seiner Gesellschaft befinden, zu zahlen? Unter Verlobten kann das Zahlen des Mannes nicht vermieden empfunden werden, bezahlt aber ein fremder Mann für eine fremde Dame, wie das ja auf Vergnügungen der Fall ist, so fühlt man sich als Dame verletzt und kann als anständiges Mädchen keinen Besuch annehmen, der Anspruch an den Geldbeutel macht. Der deutliche Beweis für diese Ausföhrung ist wohl die Gerichtsverhandlung, welche sich vor einigen Wochen in Berlin abgepielt hat. Da forderte der Herr seine Dame im Ernst auf, ihm das Geld ihrer Zeche im Betrage von 60 M. zurück zu erstatten, da sie ihm „schimpfliche Antworten“ gegeben hatte.

Wenn nun als Begründung dieses Zustandes, des Zahlens, angeführt wird, daß die finanzielle Lage des Mannes eine bessere ist als die der Frau, mithin der Vettergestelle für den nicht so gut Situierten auskommen muß, warum wird denn dieser eble Grundtag nicht an der ganzen menschlichen Gesellschaft beibehalten??

Vertrachten wir dagegen die Lage des Mannes in diesem Punkt. Wie unendlich viele sind darum schon auf Abwege gekommen, weil die Mittel wohl ausreichen, für die eigene Person Genüsse zu verschaffen, nicht aber noch für eine oder mehrere Damen. Und will man sich das Freihalten nicht gefallen lassen und für seine Person wenigstens das Geld zurückgeben, so fählen sich die Herren der Schöpfung noch großartig beleidigt.

Wenn nun etwa die Leser denken, wir, die Einsenderinnen hätten genug Geld und brauchten darum die Kasse eines Herrn nicht in Anspruch nehmen, so irren sie sich darin gewaltig. Wir sind jung, müssen uns das tägliche Brot teuer genug verdienen, obgleich wir Eltern haben, ziehen es jedoch vor, uns unsere Selbstachtung zu bewahren, indem wir uns so manchen Gemuß vertragen, den uns ein zahlungsfähiger Herr allerdings sehr leicht bereiten könnte.

Gedachtend

Johanna B. u. Anna L.

Berlin für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Der Verein unternimmt Montag, den 7. August, einen Ausflug nach Westend. Treffpunkt im Lokal von Hoffmann, Kastanien-Allee 1. Um zahlreichem Besuch der Mitglieder und Gäste bittet. Der Vorstand.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Saalfeld a. Saale, 22. Juli. (B. Z. V.) Amlich wird gemeldet: Betriebs- und Verkehrsstörung auf Strecke Probstzella-Saalfeld wieder beseitigt. Verkehr in vollem Umfange mit Zug 778 wieder aufgenommen.

Mainz, 22. Juli. (B. Z. V.) Heute Vormittag wurde dem Redacteur Franz Köppen vom „Mainzer Journal“ und dem Redacteur Kallen von den „Neuesten Nachrichten“ die Anklageschrift zugestellt. Die Anklage lautet auf Beamtendebeidigung, begangen durch einen Artikel vom 21. Mai. Dieser glaubte man, das Verfahren gegen die beiden Redacteurs sei eingestellt worden.

Dormund, 22. Juli. (B. Z. V.) Der Dortmunder Generalanleger meldet: Der Kaiser hat sich mit der bekannten Verschönerung der Feierlichkeiten zur Einweihung des hiesigen Hofens einverstanden erklärt und seine Anwesenheit zugesagt. Ein bestimmter Zeitpunkt kann noch nicht angegeben werden.

Paris, 22. Juli. (B. Z. V.) Auf Veranlassung des russischen Gesandten wurde der Wlilist Goweloff verhaftet.

Reims, 22. Juli. (B. Z. V.) Quenah de Beaurepaire wurde heute Nachmittag über eine Stunde von dem Kommandanten Carrière verhaftet. Berichterstatter gegenüber verweigerte Beaurepaire jede Auskunft über den Verlauf des Verfahrens.

Saag, 22. Juli. (B. Z. V.) Die dritte Kommission der Friedenskonferenz setzte heute die Beratung des Entwurfs einer Uebereinkunft zur friedlichen Regelung internationaler Konflikte fort. Die Vertreter Griechenlands und Serbiens haben namentlich den Artikel des dritten Abschnitts in der Fassung des Redaktions-Audichusses zugestimmt. Der rumänische Vertreter erklärte seine Zustimmung zu den Artikeln 10 und 13 und beantragte eine neue Fassung des Artikels 9 betr. die internationalen Untersuchungskommissionen, welche verschiedene Punkte der ursprünglichen Fassung aufrecht hält. In dieser Gestalt gelangte der Artikel 9 namentlich mit allen gegen die Stimme Serbiens zur Annahme, doch erklärte auch der serbische Vertreter, er halte sich mit ziemlicher Sicherheit für ermächtigt, dem ganzen Entwurfe zu zustimmen. Die Kommission nahm alldam einstimmig den Entwurf der Uebereinkunft an und schloß, nachdem dem Vorsitzenden der russische Wort der Anerkennung gewidmet worden waren, ihre Arbeiten. Der Schluß der Friedenskonferenz wird für Donnerstag oder Sonnabend erwartet.

Rom, 22. Juli. (B. Z. V.) Nach einigen Plättchenmeldungen erhielt der Gesandte in Belgrad den Auftrag, der serbischen Regierung zu empfehlen, daß sie den Radikalen gegenüber Mäßigung beobachte.

Belgrad, 22. Juli. (B. Z. V.) Das Ständergericht wird am 25. Juli seine Thätigkeit beginnen; unter 19 anderen als Mitwähler der Verhinderung Angeklagten werden als Angeklagte vor demselben weiter erwidert: der frühere Minister Pasic, der ehemalige Generalkonjunkt Jalic, der Orgriester Jurist sowie der Redacteur des „Objek“ Petric.

Washington, 22. Juli. (B. Z. V.) Zum Staatssekretär des Krieges ist Elin Rost ernannt worden.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!

Im Herbst dieses Jahres finden die Neuwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt. Die Liste der stimmberechtigten Bürger liegt in der Zeit vom 15.-30. Juli d. J., täglich von 9-3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., zu jedermanns Einsicht aus.

Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder selbständige Einwohner, der 21 Jahre alt ist, seit einem Jahre in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (800 bis 900 M. Einkommen) eingeschätzt ist, und sofern er in die Wählerliste eingetragen ist. Chambregarnisten sind selbständig und daher wahlberechtigt.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Listen können nur während der Zeit des Auflagens schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Nach der Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Um nicht seines Wahlrechts verlustig zu gehen, ist es Pflicht jedes Bürgers, sich davon zu überzeugen, daß sein Name in die Wählerliste eingetragen ist. Wer die Einsichtnahme jetzt versäumt, kann sehr leicht am Tage der Wahl rechtlos dastehen und zum Siege des Gegners indirekt mit beitragen. Wir mahnen daher dringend zur genauesten Kontrolle der Wählerlisten.

Bei der Ausübung der Kontrolle wird es sich empfehlen, die letzte Steuerquittung mitzunehmen, um, sollte die Eintragung verkannt sein, sofort die Nachtragung in die Liste beantragen zu können.

Möge niemand versäumen, dieser Pflicht nachzukommen, damit er im Stunde ist, sein Wahlrecht auszuüben.

Um denjenigen Wählern, die keine genügende Zeit zur Einsichtnahme in die Wählerlisten übrig haben, die Sache zu erleichtern, haben sich untenstehende Parteigenossen bereit erklärt, Meldungen entgegenzunehmen, um dann für diese die Einsicht in die Wählerlisten zu besorgen. Wir bitten, diesen Genossen die Legitimation (Steuerzettel, Mietkontrakt) auszuhandigen, dieselbe wird prompt und gewissenhaft wieder abgeliefert.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute.

I. Reichstags-Wahlkreis.

1. Kommunal-Wahlbezirk, Stadtbezirk 1-10.

- M. Brühl, Jüdenstr. 35.
Gärtner, Vollenstr. 12.
Rehen, Neue Friedrichstr. 1.
Dieseler, Stralauerstr. 16.
Sommer, Schulstr. 21.
Preuß, Neue Friedrichstr. 20.

II. Reichstags-Wahlkreis.

- A. Lankow, Schuhmacher, Königgräberstr. 86, part.
F. Sah, Restaurateur, Markgrafenstr. 102.
Fr. Jubell, Lindenstr. 100.
A. Süde, Rosenerstr. 10.
H. Quandt, Belle-Alliancestr. 74.
S. Schröder, Cigarrengesch., Kreuzbergstr. 15.
Wichert, Restaurateur, Großbeerenstr. 54.
Fiebelkow, Poststr. 39.
Marisch, Steinmeßstr. 5.
Jerbe, Lützowstr. 7.
H. Werner, Wälowstr. 59.
Schulz, Prinz Albrechtstr. 3.

III. Reichstags-Wahlkreis.

16. Wahlbezirk.

- Sindemann, Dorigstr. 9.
Götte, Restaurateur, Brandenburgstr. 18.
Fried, Simeonstr. 28.
Lier, Alte Jakobstr. 110.

10. Wahlbezirk.

- Mescha, Cigarrenhandl., Halberstr. 24 (Ecke Engel-Ufer).
Dumbjer, Restaur., Köpnickstr. 78.
Nichter, Franzstr. 1 (Ecke Schmidstraße).
Leng, Alte Jakobstr. 69.

IV. Reichstags-Wahlkreis. D.

20. Kommunal-Wahlbezirk.

- Tabbert, Gastwirt, Geiner Weg 14.
Gorn, Markuststr. 28.
E. Köpnick, Schillingstr. 80a.
Chr. Schulz, Cigarrengeschäft, Blumenstr. 14.
F. Merzowsky, Gastwirt, Wallnerthenerstr. 20.

21. Kommunal-Wahlbezirk.

- F. Wille, Gastwirt, Andreasstr. 26.
Wutsche, Brandstr. 30.
Nichter, Cigarrengeschäft, Stralauer Platz 15a.
Reumann, Gastwirt, Wälowstr. 49a.
Martins, Langestr. 90.

26. Kommunal-Wahlbezirk.

- Otto Franke, Gastwirt, Falkenbergstr. 9.
Wiedemann, Fiebersstr. 97.
Wühle, Gastwirt, Koppenstr. 41.
Zielle, Falkenbergstr. 52, Ecke Fiebersstraße.
Jonas, Elbingerstr. 9.
Wadtge, Lützowstr. 48.
Wendland, Cigarrengeschäft, Marienburgerstr. 32.

27. Kommunal-Wahlbezirk.

- Karl Späth, Gastwirt, Georgenkirchstr. 65.
Steuer, Weinstr. 22.
Schulz, Höflichstr. 30.
Safeloff, Landsbergerstr. 8.
Wih. Späth, Weinstr. 28.
Neul, Cigarrengeschäft, Barnimstr. 42.
Eichhorn, Gastwirt, Greifswalderstr. 3.
Willner, Weinstr. 59.
Vergau, Christburgerstr. 24.

IV. Reichstags-Wahlkreis. S.-D.

15. Kommunal-Wahlbezirk, umfassend die Stadtbezirk 109-113.

- Im Stadtbezirk 109: Karl Bäcker, Restaur., Lüttenstr. 1.
110 u. 111: Fritz Gollz, Rest., Grünauerstr. 3.
112a u. 112b: Karl Studisch, Rest., Forsterstr. 17.
113: Anto Seidler, Rest., Ratiborstr. 16.

V. Reichstags-Wahlkreis.

30. Kommunal-Wahlbezirk.

- Merder, Bergstr. 10.
Koppe, Adersstr. 145.
Wittchow, Kleine Hamburgerstr. 26-27.
Gründer, Johannisstr. 8.
Brinkmann, Große Hamburgerstr. 9.
Jädel, Nonnison-Platz 10.

27. Kommunal-Wahlbezirk.

- Willner, Weinstr. 59.
Vergau, Christburgerstr. 24.
Eichhorn, Greifswalderstr. 3.
Wilhelm Späth, Weinstr. 28.
Jakob Neul, Barnimstr. 42.

VI. Reichstags-Wahlkreis.

Noabit:

- Karl Wächstein, Restaurateur, Salzweberstr. 10.
Döring, Thurnstr. 72.
Mag. Faber, Stephanstr. 11.
A. Fabra, Waldstr. 57.
Karl Fischer, Beuststr. 9.
Otto Fischer, Beuststr. 68.
Zilhardt, Streustr. 49.
Lorenz, Sidingenstr. 43.
May, Hofstr. 12.
Petri, Emdenerstr. 2.
Johann Pfarr, Poststr. 19.
Neuser, Beuststr. 28.
Rowe, Beuststr. 62.
Schreiber, Guttenstr. 7.
Wendt, Hofstr. 20.

Wedding und Oranienburger Vorstadt:

- Fr. Bergmann, Restaurateur, Gasewallerstr. 3.
Ad. Vörsch, Drouthheimerstr. 1b.
W. Bröside, Legelstr. 20.
Ad. Dohat, Sellenstr. 3.
Aug. Dove, Müllerstr. 32a.
F. Kleinert, Schulstr. 7a.
Hera Kleinert, Schulstr. 29.
Bernh. Raabe, Colbergerstr. 23.
Herm. Krawezad, Müllerstr. 159a.
Schulze, Gerichstr. 80.
Alb. Seidel, Gerichstr. 19.
Herm. Tauschel, Wiesenstr. 20.

Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen:

- Karl Bloßfeld, Schlächterladen, Hufitenstr. 21.
Otto Bräuner, Gartenstr. 63.
Fidinger, Ufedomstr. 22.
Karl Helbig, Barbier, Ufedomstr. 9.
Otto Janisch (früher Kerber), Brunnenstr. 74.
Lorenz, Vollastr. 43, im Laden.
Fritz Diehle, Brunnenstr. 55, im Laden.
Gustav Pape, Barbier, Gerichstr. 80, im Keller.
Bernhard Steinhäuser, Grenzstr. 4, pt.
Karl Walter, Cigarrengeschäft, Hufitenstr. 35.

Schönhäuser Vorstadt:

- Fellechner, Weihenburgerstr. 29, im Laden.
Grobler, Restaurateur, Franzstr. 12.
Gubin, Brenzlauer Allee 292.
Kiesel, Weihenburgerstr. 53.
Lamprecht, Wörtherstr. 39.
Pinner, Cigarrengeschäft, Treßdowstr. 33.
Emil Schmidt, Restaurateur, Treßdowstr. 22.
Siebert, Wörtherstr. 15.

Wir bitten unsere Parteigenossen diese Bekanntmachung anzunehmen.

Die bayrischen Landtagswahlen

haben durch das Wahlbündnis zwischen Centrum und Socialdemokratie ein ungewöhnliches Aufsehen erregt, und wir würden uns einer Verleumdung der Thatfachen schuldig machen, wenn wir nicht aussprechen, daß es auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei sehr gemischte Gefühle waren, mit denen dieses Bündnis aufgenommen ward. Die Artikel und Briefe, welche uns aus den Kreisen der bayrischen Genossen zugehen und von uns veröffentlicht wurden, zeigen, daß auch unsere bayrischen Genossen sich des Bedenklichen ihres Handelns und Handels wohl bewußt waren und daß sie sich zu dem schwereren Schritt nur unter dem Eindruck der Ueberzeugung entschlossen haben, es sei im Interesse der Partei eine unabweisbare Notwendigkeit und folglich auch Pflicht, mit einer Partei, deren Ziele, Programm und Kampfmittel wir verabsehen, für die Erreichung eines bestimmten Zweckes zusammenzugehen.

Da wir die Sache jetzt einzig von praktischen Gesichtspunkten aus beurteilen wollen — so werden wir die Frage gar nicht aufwerfen, ob es überhaupt eine Notwendigkeit und eine Pflicht sein kann, so thun, was wir ohne Vergung unseres sittlichen Gefühls nicht thun können. Wir werden auch die Frage nicht aufwerfen, ob eine große politische Partei, der Zahl nach die stärkste in ganz Deutschland und auch in Bayern sehr stark, überhaupt in die Lage kommen kann, einem ihr innerlich widerstrebenden Schritt von so weittragender Bedeutung thun zu müssen.

Wir werden uns endlich auch nicht mit der Frage beschäftigen, ob Kompromisse, wie der jüngste in Bayern, sich mit den Prinzipien unserer Partei vertrügen. Wir wissen sehr wohl, daß Kompromiß ein sehr defavorer Begriff und daß es sehr schwierig ist, die Grenzlinie zu ziehen zwischen taktischen und praktischen Konsequenzen unseres Programms und zwischen programmwidriger und folglich die Partei schädigender Opportunistenpolitik. Das ist eine Frage, die der nächste Parteitag zu diskutieren und womöglich zu entscheiden haben wird, und in deren Diskussion wir heute nicht einzutreten gedenken, obgleich es eine Frage ist, die von Tag zu Tag brennender wird für die Partei. Denn je mächtiger unsere Partei wird, desto größer ist die Zahl und die Tragweite der praktischen Probleme, die ihr durch die Verhältnisse aufgedrängt werden, und an denen sie arbeiten oder mitarbeiten muß, wenn sie auf positive Arbeit nicht verzichten, sich nicht abdrängen lassen will „vom laufenden Wechsell der Zeit“.

Wir wollen einzig und allein diesen einen konkreten Fall: den Kompromiß, welchen unsere Partei bei den letzten bayrischen Landtagswahlen mit dem Centrum abgeschlossen hat, eingehend beurteilen unterziehen. Das Retergeschrei der liberalen gemäßigten Parteien, die uns nur deshalb so wütend angreifen, weil der „Abhandel“ nicht mit ihnen abgeschlossen ward, und die uns mit unfreiwilliger Komit die vermeintliche oder wirkliche Befolgung ihrer eigenen Praxis als sittlichen Mangel ankreiden — nehmen wir natürlich nicht ernst; so wenig wir es ernst nehmen, wenn von sozialistischer Seite es als ein Vorteil des Kompromisses gepriesen wird, daß das Centrum durch Eingehen des Kompromisses mit unserer, seinen Wählern so oft als gottlos, un-

filtrierlich, kurz als Ausbund alles Bösen und Schlimmen an die Wand gemalten Partei seine alte Tradition zerbrochen und eine Brücke in den Centrumsraum gelegt habe. Das ist nicht richtig. Das Centrum hat schon Dutzende von Kompromissen — bei Stichwahlen — mit uns abgeschlossen, und daß die deutsche Socialdemokratie „bündnisfähig“ ist — nun, das ist eine Tappalie, um welche die stärkste Partei des Deutschen Reiches sich den Kopf nicht zu zerbrechen braucht.

Wir lassen die wahlgeometrischen Berechnungen der Verteidiger des Kompromisses beiseite — die technischen Monifositäten des bayrischen Wahlgesezes sind für die Frage nebensächlich; sie können es erklären, wie die Genossen auf den Gedanken des Kompromisses kamen, den Kompromiß jedoch nicht rechtfertigen.

Wir beschränken uns auf die Frage: hat der Kompromiß unserer Partei Vorteile gebracht, welche ihn, von Prinzip und Theorie abgesehen, zu einem praktischen Erfolg strempeln.

Und da lautet, nach Prüfung des Für und Wider, unsere Antwort klipp und klar: Nein. Der „Abhandel“ hat der Partei keine praktischen Vorteile gebracht, ja ihre Machtstellung nachteilig beeinflusst. Gewiß, wir haben ein halb Duzend Mandate mehr im bayrischen Landtag, und mit staatsmännlicher Weisheit wird uns verhindert, das Centrum, welches jetzt im Besitz einer festen Majorität, und folge dessen in der Lage sei, sein Programm zu verwirklichen und zu zeigen, was es in Wirklichkeit ist, werde nun rasch abwärts zu gehen und sein politischer Vankrott werde der Socialdemokratie zu gute kommen. Das ist eine merkwürdige Logik. Wichtig ist, daß der Besitz der politischen Macht das sicherste Mittel ist, die Unfähigkeit und die wahre Natur politischer Parteien zu offenbaren, allein beim Centrum bedurfte es einer solchen Offenbarung wahrhaftig nicht. Was das Centrum ist und was es nicht ist, das weiß jeder, der die Tagesgeschichte mit Aufmerksamkeit verfolgt. Und wer wissen will, was das Centrum, das heißt die Partei des katholischen Klerus in der Regierung ist, der braucht bloß hinfüberzublicken nach Belgien, wo das Centrum seit einem halben Menschenalter ununterbrochen an der Herrschaft ist, und auf allen Gebieten der Gesetzgebung, namentlich auf dem des Arbeiterkurses und des Erziehungswesens sich so reaktionär gezeigt und jeder zeitgemäßen Reform des Wahlrechts sich so hartnäckig widerricht hat, daß das Land soeben genötigt war, zu revolutionärer Selbsthilfe zu greifen. Und seltsamer Weise, durch eine eigenartige Ironie der Weltgeschichte mußte die Socialdemokratie Belgiens mit bürgerlichen Parteien ein Bündnis abschließen zur Niederwerfung derselben Partei, mit der 14 Tage später deutsche Socialdemokraten in Bayern ein Bündnis abschlossen, das ihr zum Siege über die bürgerlichen Parteien verhalf. Was das Centrum ist, braucht nicht erst ermittelt zu werden durch das ihm gewiß sehr angenehme Experiment, es zur herrschenden Partei zu machen. Wohl aber kann das bayrische Centrum, wenn ihm später von unseren Genossen sein Handeln zum Vorwurf gemacht wird, ihnen, gewiß nicht ohne Berechtigung antworten: aber seid Ihr denn so grüne Jungen, daß Ihr die Krone im Sad gekauft habt? Konntet Ihr über unser Wesen und unsere Ziele irgend im Unklaren sein? Und habt Ihr, wenn wir wirklich so falsch sind, wie Ihr jetzt behauptet, Euch nicht zu unseren Mitschuldigen gemacht, indem Ihr uns zur absoluten Mehrheit in der Kammer verhalf?

Weit entfernt, durch diesen Wahlkompromiß eine bessere Grundlage der oppositionellen Kritik zu gewinnen, haben unsere Genossen umgekehrt ihre Position nur geschwächt und verschlechtert. Und zwar geschwächt und verschlechtert nicht bloß für die Kritik, und für die Zukunft, sondern auch in Bezug auf die Machtverhältnisse und für die Gegenwart. Ein paar Mandate mehr oder weniger, das will an sich nichts besagen, wenn es sich nicht um die Mehrheit und um ansehliche Einfluß handelt. Durch die 6 Stimmen, die wir bei dem „Abhandel“ — wir gebrauchen den Ausdruck unserer bayrischen Genossen selbst — profitiert haben, ist die Machtstellung der Socialdemokratie im Landtag wie im Lande nicht nur nicht verbessert, im Gegenteil sie ist verschlechtert worden. In dem alten Landtag hatte das Centrum keine Majorität — die liberale Partei war zwar etwas schwächer an Mitgliederzahl, allein beide Parteien hielten sich einigermassen die Waage und häufig hatten die fünf Socialdemokraten den Ausschlag zu geben. Das verließ, wie des näheren nicht ausgeführt zu werden braucht, unsern Genossen im bayrischen Landtag einen Einfluß weit über ihre Zahl und das Gewicht ihrer Veredantkeit und Principien hinaus.

Diesen Vorteil haben wir jetzt verloren, weil das Centrum durch unsere Hilfe eine absolute und feste Mehrheit erlangt hat, die es ihm ermöglicht, auf unsere Unterstützung zu „pfeifen“. Kurz, mit 11 Stimmen haben wir im neuen Landtag weniger Einfluß und eine geringere Machtstellung, als wir im alten Landtag mit 6 Stimmen hatten. Bei jedem „Abhandel“, sagt das Bauernsprichwort, wird Einer betrogen. Bei diesem „Abhandel“ ist gewiß nicht das Centrum der betrogene Teil. Es hat seine Majorität.

Selbst hat Macchiavelli in seinem „Fürst“ schon ausgeführt, daß es bei einem Kampf gegen zwei einander beschneidende Gegner das elementarste Gebot der Klugheit ist, den Schwächeren gegen den Stärkeren zu unterstützen. Und der Stärkere in Bayern war und ist nicht der absterbende Liberalismus.

Freilich wir haben ja die Kritik — die Macht unserer parlamentarischen Thätigkeit — und 11 Socialdemokraten können doch mehr Reden halten, kräftigere und wirksamere Propaganda und Kritik liefern als 6 — aber man erlaube uns auf dieses Moment kein sonderliches Gewicht zu legen. Unsere Genossen im bayrischen Landtag haben bisher schon eine sehr reiche und erfolgreiche parlamentarische Thätigkeit entwickelt, und wir bezweifeln sehr, ob eine umfangreichere Thätigkeit, wir meinen eine größere Zahl von Reden, auch zuträglich sein wird — zumal unsere Genossen ja nicht die Stärke einer „Fraktion“ haben. Auch auf dem parlamentarischen Grund und Boden giebt's eine Ueberdängung.

Schon unter dem Socialistengesetz, namentlich nach den Reichstagswahlen von 1887 hatte unsere Partei Gelegenheit, zu erkennen und zu bekunden, daß ihre Macht weit weniger in der Zahl der Mandate, als der für die Partei abgegebenen Stimmen sich äußert.

Und das herrliche Stimmenergebnis der letzten bayrischen Wahl — ein Ergebnis, das durch die Kräfte und Kliffe des bayrischen Landtags-Wahlgesezes bloß in glänzender Beleuchtung gestellt wird, — war doch in der That ein Triumph, auf den die Partei stolz sein konnte; denn er stellt das Wachstum und Gedeihen unserer Partei ziffermäßig vor aller Welt und für alle Welt fest — fest es ein „dinglicher und überzeugender fest, als der „Abhandel“.

Der Jahresbericht der Vertreter der Berliner Kaufmannschaft

konstatiert, daß das Wirtschaftsjahr 1898 den meisten Handels- und Industriezweigen Berlins und ganz Deutschlands erfreuliches Gedeihen gebracht, und die Kunst der Jahre 1895-1897 fortgesetzt ja übertraffen habe. Die Erträge der landwirtschaftlichen Produktion seien ganz erheblich gestiegen, auch dürfte es der deutschen Landwirtschaft gelungen sein, ihre Produkte zu steigenden Preisen zu verwerthen, wenn es auch in Ermangelung einer maßgebenden Produktentörse schwer sei, hierüber ein Urteil zu gewinnen. Da auch die Viehpreise eine harte Steigerung erfahren, so lasse sich annehmen, daß die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung sich wesentlich gehoben habe.

Auch auf dem rund 2 Millionen Menschen ernährenden Gebiet der Berg- und Hüttenmännischen Produktion habe allgemein eine Steigerung der Arbeit und des Wertes der erzeugten Güter stattgefunden. Die Förderungs Zunahme betrug bei Steinkohlen 5,7 Proz., bei Braunkohlen 7,6 Proz. Sie war am stärksten in Oberschlesien. Die Ausfuhr deutscher Kohlen habe eine erfreuliche Steigerung erfahren, namentlich habe sich der Export nach Ostpreußen-Ungarn (um 10 Proz.) und nach Rußland (um 30 Proz.) vermehrt.

Hinsichtlich der Metallindustrie sagt der Bericht: Eisen- und Maschinenfabriken seien zum Teil bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt gewesen, eine Reihe derartiger Anlagen sei vergrößert worden. Viele Fabriken hätten nur mit Schwierigkeit das erforderliche Material beschaffen können, da die Hütten- und Walzwerke infolge sehr lebhafter Beschäftigung entweder die Lieferungsfristen nicht einhalten konnten oder ihre Produktion bereits bis zum Schlusse des laufenden Jahres abgesetzt hätten. Sowohl in Berlin wie in der Provinz habe sich ein Mangel an geschulten Arbeitern bemerkbar gemacht, so daß häufig mit Ueberstunden und Nachschichten gearbeitet werden mußte.

Es hätte hier der Bericht ergänzend hinzufügen können, daß trotzdem eine große Anzahl geschulter Arbeiter durch ein raffiniertes System der schwarzen Listen von der Beschäftigung in den Fabriken der Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen ferngehalten wird.

Die elektrotechnische Fabrikation habe sich einer besonders starken Beschäftigung erfreut, namentlich habe sich die Herstellung von Glühlampen erheblich ausgedehnt. — Trotz der erheblichen Ausbreitung von elektrischer und Gasbeleuchtung hat aber, wie aus dem Bericht hervorgeht, der Absatz von Petroleumlampen nicht nachgelassen.

Sehr günstig lauten auch die Angaben des Berichts über die Bauhätigkeit und die Lage der mit derselben zusammenhängenden Industrien. Während der ersten drei Vierteljahre des Jahres 1898 sei die Bauhätigkeit in Berlin eine äußerst rege gewesen und habe infolgedessen eine lebhaft nachgefragte Baumaterialien aller Art stattgefunden, so daß diese zu guten Preisen Absatz finden konnten. Die Preissteigerung zur Wintermauerungssteine sei aber auch auf das Kartell der Ziegeleien zurückzuführen. — Weiter sagt der Bericht, daß die Bauhätigkeit der staatlichen und städtischen Behörden in Berlin einen Umfang angenommen habe, wie er seit zehn Jahren nicht zu vergleichen gewesen ist.

Von dem Gange der Bauhätigkeit sei auch die Ofenfabrikation günstig beeinflusst worden. Den Weltener Ofenfabriken sei es gelungen, sich ein Absatzgebiet nach dem Auslande, besonders nach Rußland, zu verschaffen. Die Arbeitslöhne seien in den Fabriken wie in der Ofenfabrikation im allgemeinen unverändert geblieben. In den Weltener Fabriken seien die Löhne vom Juli ab um 5 Proz. aufgehoben worden, so daß sie die vor mehreren Jahren innegehabte Höhe wieder erreichten. „Wenn auch“ — so sagt der Bericht — „die hiesigen Ofenfabriken nicht mehr den früheren außerordentlich hohen Lohn empfangen, so war der Verdienst, namentlich der guten Arbeiter, doch noch reichlich und befriedigend.“ (3)

Der Berichterstatter über die Ofenfabrikation bringt auch die oft gehörte und berechtigte Klage über das heutige Submissionswesen vor. Er führt aus dem Berichtsjahre einen Fall an, wonach eine Arbeit im reellen Wert von 2000 M. an den Mindestfordernden für 1200 M. vergeben wurde. Weiter heißt es in dem Bericht, bei den meisten Submissionen der Militärverwaltung könne man die Beobachtung machen, daß unter 5-8 Submittenten einer sich befände, dessen Gebot sich um 30-50 Proz. von den haarscharf kalkulierten Forderungen der übrigen Teilnehmer entferne und dem daher der Zuschlag erteilt werde. (Die Arbeitslöhne, welche derartige Fabrikanten zahlen, sind sicher weder „reichlich“ noch „befriedigend“, aber höchst wahrscheinlich ganz miserabel. Red.)

Im Gegensatz zu den vorstehend angeführten Industriezweigen wird von der Textilindustrie berichtet, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein wenig günstig gewesen sei. Der Grund dafür habe in Absatzschwierigkeiten gelegen, welche auf den ausländischen Märkten bedeutender gewesen seien, als im Inlande. Der Export nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika sei in sämtlichen Zweigen der Textilindustrie besonders ungenügend gewesen. Einerseits habe der spanisch-amerikanische Krieg das Geschäft gelähmt, andererseits habe sich in den Vereinigten Staaten bereits eine gewisse Ueberproduktion der einheimischen Industrie in Wolle, Baumwollen- und Seidenwaren bemerkbar gemacht. Auch auf den übrigen überseeischen Märkten habe sich ein erhebliches Erstarken der einheimischen Industrie oder geringe Kaufkraft des Landes gezeigt.

Die Papierindustrie kam im allgemeinen in das günstige Urteil über das Geschäftsjahr 1898 einstimmen.

Von der Schuhwarenindustrie wird berichtet, daß die mechanische Fabrikation durch technische Verbesserungen immer mehr gegenüber dem handwerksmäßigen Betriebe an Boden gewinne, eine Verschärfung, die auch der Leder- und Detailhandel in vermindertem Maße zu spüren habe.

Die Lage des Bank- und Börsengeschäfts wird im Vergleich mit dem Vorjahr als wenig verändert bezeichnet. Infolge der andauernd günstigen, zum Teil glänzenden Lage der Industrie habe die Emissionsfähigkeit einen weiteren Aufschwung genommen. Die Kurse der Aktien, namentlich von Montangesellschaften, Maschinenfabriken und elektrotechnischen Betrieben seien weiter gestiegen. Die Steigerung des Kapitalzinsfußes sei auch im Jahre 1898 deutlich zu Tage getreten. Es sei anzunehmen, daß bei einem Kapitalzinsfuß von 4 Proz. das deutsche Publikum zur Anlage in erstklassigen, feste Zinsen tragenden Wertpapieren an Stelle der Anlage in Dividendenpapieren zurückkehren werde, welche zwar bei steigender Konjunktur Gewinne in Aussicht stellen, bei fallender Konjunktur aber Enttäuschungen zu bereiten geeignet sind.

Überall ein glänzendes Bild von der Lage der Industrie, volle Beschäftigung und steigende Gewinne kann fast ohne Ausnahme konstatiert werden, wir wünschen, daß auch von der Lage der Arbeiterklasse daselbst gesagt werden könnte. Gewiß sind auch hier bessere Löhne in einigen Industriezweigen zu verzeichnen und hat die größere Arbeitslosigkeit auch für die Arbeiter manche Vorteile gebracht; aber fast ohne Ausnahme mußten diese verhältnismäßig geringen Lohnaufbesserungen in schweren Kämpfen unter heftigen Anforderungen kapitalistischer Interessenten erzwungen werden. Typisch für die Arbeitsverhältnisse sind die Zustände in der Metallindustrie. Der Bericht konstatiert hier die längere Arbeitsdauer der Arbeiter. Bei den hohen physischen Anstrengungen, die dieser Beruf in den meisten Fällen vom Arbeiter fordert, muß er gesundheitlich die schwersten Nachteile hervorrufen. Man versteht es deshalb, wenn die Metallindustriellen sich entziehen, als von der Orts-Brandenburger Arbeiterklasse zur Verbreitung gelangte, in der die Arbeiter neben einer Anleihe für eine zweckdienliche Gesundheitspflege, auch auf den Schaden aufmerksam gemacht werden, den eine lange Arbeitszeit hervorzurufen geeignet ist. Für die Arbeiter läßt sich auch hier die Lehre entnehmen, daß sie bemüht sein müssen, ihre Organisation zu stärken, damit auch sie an den voll besetzten Tisch sich einen Platz erringen und denen das Verlangen durchsetzen, die sie ins Zucht haus weisen möchten.

Lokales.

Parteienossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Der diesjährige Provinzial-Parteitag wird am Sonntag, den 17. September, im Lokale des Herrn Stechert, Andreasstr. 21, stattfinden. Beginn mittags 12 Uhr. Die provisorische Tagesordnung gehen wir demnächst bekannt.

Den Parteigenossen, hauptsächlich der Provinz, machen wir es zur Pflicht, unverzüglich die Kreisversammlungen zu besuchen zwecks Stellungnahme zur Tagesordnung und Wahl von Delegierten. Jeder Reichstags-Wahlkreis ist berechtigt, 3 Delegierte zu entsenden. Den Gewählten ist seitens der Leiter der Kreisversammlungen bezw. Parteiveranstaltungen ein Mandat auszustellen. Mandatsformulare werden allen in Frage kommenden Kreisen rechtzeitig zugestellt.

Mit Parteitag!

Agitationskommission für die Provinz Brandenburg.

J. A.: Carl Dimmid, Berlin S., Luisen-Ufer 11.

Die Versammlung des Wahlvereins für den ersten Berliner Wahlkreis findet am Montag, den 24. d. M., in Wiegels Restaurant, Stralauerstraße 57, statt. Zur Tagesordnung steht: „Die Bedeutung der Stadtverordneten-Wahlen“. Referent: Dr. Curt Freudenberg.

Armenunterstützung und Wahlrecht. Das Wahlrecht für die Stadtverordnetenwahlen besitz u. a. ein Pseude dann nicht, wenn er seit einem Jahre Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat. Was heißt Armenunterstützung? Gehört hierher die Aufnahme in ein Krankenhaus, falls man die Aufnahmegebühr schuldig bleibt oder in Katen abträgt? Der gesunde Menschenverstand sagt: nein, denn die Aufnahme ist ja nicht erfolgt, weil der Betreffende arm, sondern weil er krank ist. So hat auch stets die Stadtverordneten-Versammlung entschieden. Allein die Stadtverordneten-Versammlung denkt — der Magistrat — damals noch mit einem Oberbürgermeister freisinnigen Parteibekanntnisses — und ein Polizeiwachtmeister lenkt. Magistrat und ein Polizeiwachtmeister außer Diensten sochten daher den verständigen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung an. So was nennt der Berliner städtische Freisinn „Selbstverwaltung“. Und siehe, das Oberverwaltungsgericht entschied ganz im Sinne des Magistrats aus juristischen, verwaltungsrechtlichen Gründen, deren Tiefe unsagbar für ein gewöhnliches Berliner Mutterkind ist. Seitdem werden in die Stadtverordnetenlisten diejenigen, welche selbst oder deren alimentationsberechtigten Familienmitglieder erkrankt waren, infolge dessen in Krankenhäusern aufgenommen sind, und die Kosten noch nicht bezahlt haben, nicht in die Wählerlisten aufgenommen, wenn die Krankheit innerhalb des letzten Jahres stattgefunden hat. Ist aber jemand z. B. im Jahre 1898 erkrankt und hat die Krankenhauskosten nicht bezahlt, so ist er dennoch, auch nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wahlberechtigt. Eine Streitfrage besteht nun darüber: wie ist das „seit einem Jahre“ zu berechnen? Heißt das: seit einem Jahre vor Auslegung der Listen oder vor dem Wählertage? Die richtige Auslegung beantwortet die Frage dahin: seit dem Wählertage. Aber Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat — man nennt beide Selbstverwaltungskörper — entschieden: seit der Auslegung der Liste. Folgt man auch dieser falschen Ansicht, so ist auch der mit Zahlung der Kosten noch nicht zu Rande gekommene Berliner wahlberechtigt, wenn er spätestens am 30. Juli 1898 die gaslichten Räume eines Berliner Armenhauses oder Krankenhauses verlassen hat. Ist er nicht aufgenommen, so beantrage er spätestens am 30. Juli seine nachträgliche Eintragung.

Ein Scherz. In einem Geschäftsladen beobachteten wir ihn heute, er befand sich neben der Eingangstür und verhielt sich ganz ruhig; man hätte ihn für tot halten können, wenn man nicht von Zeit zu Zeit fast unbemerkliche Bewegungen wahrgenommen hätte. Er war klein wie ein Kind, schlank, ja bager, und sah so harmlos aus, daß man einen Eid hätte darauf ablegen mögen, er könne niemandem etwas zu leide thun. Aber der Schein täuscht. Er hatte offenbar etwas an sich, was auch den Sanftesten reizte. Denn da war niemand unter den Vorübergehenden — und an dem lebhaften Platz hasteten Tausende vorbei — der nicht stehen geblieben wäre und dem Reglosen Zeichen der Verachtung, des Jorns, der Wut, der Verzweiflung geäußert hätte. Mann und Weib, Alt und Jung, Schön und Häßlich — alles blieb stehen und demonstrierte. Bisweilen häuften sich die Demonstrationen und es gab einen kleinen Aufbruch. Die blonden Jüngferchen in den leichten Kleidern begünstigten sich mit leisen seufzenden Verwünschungen. Andere waren weniger glimpflich. Der Mund höhnlich breit gerissen schrien sie zu fluchen: „Haben wir das dem Kerl nicht gleich zugerut! Es ist richtig, wie wir ahnten.“ Der dicke große Mann hob drohend die Faust, die ein feuchtes rotes Taschentuch ballte, als ob er seinen Feind zertrümmern wollte, und wurde vor Ingrimm so purpurrot, daß wir einen Schlaganfall für unermesslich hielten. Der elegant gekleidete Jüngling mit den wässrig verwunderten Augen und dem himmelhohen Stehkleben, der in der Erweichung begriffen war, wollte so Unerhörtes gar nicht glauben und murrte düster: „Ist's möglich, ist's möglich!“ So flutete die Menge vorüber, erstaunte, fragte, schimpfte, drohte. Der Angegriffene aber blieb stumm, mit feiner Miene verteidigte er sich, er hielt den Rücken und Verwünschungen stand, offenbar tief sich bewußt seiner unermeßlichen Schuld. Er verharrete regungslos, nur jene, eine unmerkliche Bewegung zeigte, das Leben in seinen Adern floß. Er hatte sich allmählich an den Haß der Menschen gewöhnt, der Fluch rißte auf ihm tief seiner Geburt, er gehörte einem schuldbeladenen Geschlecht an, dessen Verfall es seit jeher war, durch seine stumme Wehrlosigkeit die Menschheit zu ärgern und in Inferno zu versetzen. Ueberrig wor dem unseligen Geschöpf sein Name an der Stirn geschrieben — Theromoter.

Der heißeste Tag dieses Jahres war der Freitag, der eine Temperatur aufwies, wie sie in heißer Gegend seit 5 Jahren nicht mehr beobachtet worden ist. Die Quecksilbersäule zeigte morgens gegen 6 Uhr 18 Grad Celsius. Dann stieg die Temperatur mächtig empor und erreichte um 8 Uhr morgens 23 Grad. Die Registrierstala der schreibenden Thermometer der Uraniafäulen reichten nicht aus, um die Hitzegrade anzuzeigen. Die Temperatur erreichte gegen 10 Uhr ihren Höhepunkt mit 30,4 Grad Celsius. Auch die Nacht brachte nur eine verhältnismäßig geringere Abkühlung, denn gestern morgen um 6 Uhr stand das Quecksilber in der für diese Tageszeit ungewöhnlichen Höhe von 22,6 Grad. Am 8. d. M. zeigte die Thermometer wieder 25 Grad Celsius an und hatte um 2 Uhr mit 37 Grad den Höchststand erreicht, um dann am Abend gegen 8 Uhr auf 29 Grad zu sinken. Unter dieser enormen Hitze hatten Menschen und Tiere schwer zu leiden. Sechs am Sonnentag gefallene Pferde mußten am Freitag der Abbederei überwiegen werden, 23 Viehhunde erhielten Hilfe durch Beamte des deutschen Tierärztesvereins. Ein am Sonnentag erkannter unbekannter Mann wurde gegen 5 Uhr nachmittags in die Charité eingeliefert. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße brach der auf einen Zug wartende Kaufmann R. ohnmächtig zusammen. Er erhielt Hilfe durch Bahnbeamte und erholte sich ziemlich schnell. Eine ältere Dame, die in der Kurfürstentrasse von Hirschschlag getroffen wurde, erhielt Unterstützung auf der Unfallstation in der Steglitzerstraße. Schließlich wurde der Hausdiener Leder, als er die Straße Alt-Moabit passierte, von der Hitze überwältigt; er fand Aufnahme im Krankenhaus Moabit.

Die Kutsher, besonders die Führer der langsam fahrenden Postwagen können der hohen Temperatur nur schwer Widerstand entgegenzusetzen und schlafen vielfach auf dem Bod ein, wodurch der Straßenverkehr natürlich oft gefährdet wird. Die Sanjuleute sind durch Reviervorstände angewiesen worden, in solchen Fällen die Kutsher stets zu wecken.

Jüdischer Religionsunterricht. Der Kultusminister giebt in einem Erlaß bekannt, daß er bereit sei, in Fällen nachgewiesener Leistungsfähigkeit der Synagogengemeinden solchen Schulverbänden, welche freiwillig für die ihnen überwiesenen jüdischen

Kinder besonderen jüdischen Religionsunterricht einrichten, bei eigenem Unermögen eine Beihilfe aus den zu Beihilfen für unermögende Schulverbände durch den Staatshaushaltungs-Etat bereit gestellten Mitteln zu gewähren.

Die Sterblichkeit an akuten Darmkrankheiten hat mit Beginn der wärmeren Jahreszeit wieder beträchtlich zugenommen. Veröffentlichungen darüber liegen erst bis Anfang Juli vor. Nach den vorläufigen Wochenberichten des Berliner Statistischen Amtes waren in Berlin besonders an Diarrhoe, Brechdurchfall und Magen-Darmkatarrh in den beiden je vierwöchigen Zeiträumen 12. März bis 8. April er. und 9. April bis 6. Mai er. zusammen 110 und 107 Personen gestorben. Dagegen starben an diesen drei Krankheiten in den beiden folgenden je vierwöchigen Zeiträumen 7. Mai bis 3. Juni er. und 4. Juni bis 1. Juli er. zusammen 202 und 200 Personen (an Diarrhoe 77 und 69, an Brechdurchfall 66 und 66, an Magen-Darmkatarrh 59 und 65), fast ausnahmslos Kinder unter zwei Jahren. Die Verteilung der Sterbefälle auf die einzelnen Standesamtsbezirke ergibt, daß aus den vorwiegend von der Arbeiterbevölkerung bewohnten Stadtteilen die meisten Sterbefälle dieser Art gemeldet wurden. — Die allermeisten aus der Rosenthaler Vorstadt (vom 7. Mai bis 3. Juni und vom 4. Juni bis 1. Juli 80 und 84 Fälle), nächst den die meisten vom Wedding und aus der Dramenburger Vorstadt, sehr viele auch aus dem östlichen Teil des Stralauer Viertels, aus dem östlichen und westlichen Teil der jenseitigen Luisenstadt, aus dem Königswinkel und aus dem westlichen Teil von Moabit. Dagegen wurden sehr wenig gemeldet aus der Schöneberger Vorstadt und kein Fall aus der Altstadt.

Zur Teilnahme am Kartoffelbau sind im Jahre 1898 von 2898 hiesigen Familien Gesuche bei der Armenverwaltung eingegangen. 323 Familien konnten bei der Verteilung nicht berücksichtigt werden, weil nur 2575 Parzellen verfügbar waren. Die am Kartoffelbau beteiligten 2575 Familien umfassen 15 686 Personen, darunter 9058 Kinder unter 14 Jahren. Es waren 103 Dektar gleich 2575 Parzellen zu je 400 Quadratmeter (gegen 100 Hektar im Vorjahre) gewachtet. Die Parzellen wurden den betreffenden Familien nebst 75 Kilogramm Saatkartoffeln, gegen einen Beitrag von 7,50 Mark, in gedüngtem und gepflügtem Zustand überwiesen. Die Parzellen brachten 1 592 660 Kilogramm Kartoffeln. 61 Parzellen wurden von den Inhabern nicht abgeerntet. — Die Gesamtergebnisse des Unternehmens stellten sich auf 85 725 M.; die Einnahme betrug 17 954 M. Mithin war ein städtischer Zuschuß von 17 771 M. erforderlich. — Ueber den Gewinn, welchen die mit Anwesenheit bedachten Familien aus ihren Parzellen gezogen haben sollen, enthält das statistische Jahrbuch der Stadt Berlin folgende Angaben: „Die von den Teilnehmern geernteten Kartoffeln hatten bei einem Preis von 5 M. für 100 Kilogramm einen Wert von 70 633 M., gezahlt hatten die Betreffenden 17 465 M., somit betrug der Reingewinn 62 168 M. oder durchschnittlich pro Parzelle 24,74 M. gegen 26,96 M. im Vorjahre.“ — Dieser „Reingewinn“ dürfte übrigens durch die beim Kartoffelbau entstandenen sonstigen Unkosten, Transportkosten für die geernteten Kartoffeln zc. aufgezehrt worden sein.

Salteplähe für Droschken. Um die durch die Polizeiverordnung vom 14. April d. J., betreffend das Verbot des Befahrens verschiedener Straßen mit unbeflegten Droschken, von seiten der Droschkenbesitzer hervorgerufenen Beschwerden zu beseitigen, hat das Polizeipräsidium auf Anregung des Magistrats den Kommissar für öffentliche Fuhrwesen ermächtigt, auf dem Lastwege der Straße „Unter den Linden“ verschiedene Droschken-Salteplähe anzuordnen.

Mit dem Bau der neuen Gleisanlage für den Vorort-Verkehr der Suburbanbahn, der besamtlich nach dem Potsdamer Ringbahnhof verlegt werden soll, ist nun auch jenseits des Landwehrkanals auf dem Terrain des Potsdamer Güterbahnhofes begonnen worden. Hier werden zunächst für die Fundierung des Pfeilers der neuen Eisenbahnbrücke, die neben der bereits bestehenden Ringbahnüberführung für die Anhalter Vorortgleise über dem Schöneberger Ufer errichtet werden muß, die Vorarbeiten angefaßt, während zu beiden Seiten des Kanals mit der Fundierung der Brückenpfeiler vor kurzem begonnen worden ist. In der dem Eisenbahnstapel gehörenden engen Straße, die sich zwischen dem Potsdamer Ringbahnhof und den Hinterhäusern der Köthenerstraße entlang zieht, werden ferner bereits die steinernen Bögen für die neue Vorortstrecke aufgemauert.

Die bei der Blitzkatastrophe am Nordufer am vergangenen Sonntag verletzten Personen haben sich sämtlich wieder erholt und ist nun jede Gefahr einer Nachwirkung ausgeschlossen. Bei den am schwersten verletzten Gladwig, Vater und Sohn, und Wlan, machten sich noch mehrere Tage hindurch Lähmungserscheinungen bemerkbar. Diese haben sich jedoch seit vorgestern völlig gelegt. Bei Gladwig sen. war auch eine Lähmung der Zungenmuskul beobachtet worden, diese hat sich aber nach wenigen Tagen verloren.

Eine sehr schlechte Meinung von den Frauen hat offenbar ein Gendarm in Nordorf, der in dieser Woche vor dem Schöffengericht als Leumundzeuge erschien. Er sollte ansagen, ob ein jüdisches Mädchen, welches von einem Manne geschlagen worden war, einen zänkischen Charakter habe. Mit großer Bestimmtheit erklärte darauf der Gendarm: „Die Frauen sind alle zänkisch.“ Dies Urteil rief große Heiterkeit hervor.

Der lustige Krieg im Schuhmachergewerbe, d. h. der Kampf für und gegen die Zwangsinnung geht weiter. Die Abstinenz der Selbständigen des Schuhmachergewerbes wird in allerhöchster Zeit stattfinden. Ebenso eifrig, wie die Freunde der Innung, sind aber auch die in der Opposition stehenden Meister. Für nächsten Mittwoch ist eine allgemeine Meisterversammlung nach „Cohns Festsälen“ einberufen, in der es voraussichtlich zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen wird.

Zwei größere Verkehrshindernisse für den gesamten Straßenbahnbetrieb durch die Lindenstraße fanden Freitagmittag statt. Gegen 10 Uhr brach die Achse eines mit einem Leitergestell beladenen Arbeitswagens, als dieser in der Nähe des Halleischen Thores die Geleise kreuzte. Sämtliche Straßenbahnwagen mußten infolgedessen auf dem linken Geleise nach dem Dönhofsplatz resp. Halleischen Thor zurückfahren und durch die Friedrich-, Charlotten- und Leipzigerstraße geleitet werden. Raum war das Hindernis von den Geleisen entfernt, als ein Straßenbahnwagen der Siemens und Halske'schen Linie Werderstraße-Treptow an dem Kreuzungspunkte der Linden- und Markgrafstraße stecken blieb; dieäder hatten sich in den Geleisen derartig festgeklemmt, daß der nachfolgende Motorwagen, der den verunglückten Waggon vorwärts schieben sollte, ihn nur mit großer Mühe von der Kreuzungsstelle zu entfernen vermochte.

Einen mißglückten Fluchtversuch machte gestern im Kriminalgerichtsgebäude ein Gefangener, der von Wächtern vorgeführt worden war, um vom Untersuchungsrichter vernommen zu werden. Es war ihm gelungen, das Drahtgitter, welches die obere Hälfte der Thür der kleinen Einzelzelle, in welcher die Vorgeführten bis zu ihrer Vernehmung aufbewahrt werden, zu zerreißen und sich durch die entstandene Öffnung zu zwängen. Er wurde von den Beamten eingeholt, bevor er die Abgangstür des Gebäudes erreicht hatte.

Auf entsetzliche Weise hat sich die 51 Jahre alte Schneiderin Luise Soets in religiösen Wahnsinn um das Leben gebracht. Am Donnerstagnachmittag lernte sie in der Herberge zur Heimat in der Müllerstraße ein und teilte mit, daß sie ihre bisherige Wohnung in der Potsdamerstraße aufgeben möchte, weil dort irreligiöse Personen wohnen, die ihr nachstellten. Als bald schloß sie sich in ihrem Zimmer ein. Als die seltsame Frau am Nachmittag des nächsten Tages noch nicht zum Vorschein gekommen war, stieg man durch ein Fenster in ihr Zimmer und fand sie an einem Thürpfosten hängend leblos auf; bevor sie sich mit dem Handtuch erhängte, hatte sie sich an beiden Handgelenken die Pulsadern geschnitten, je einen Schnitt an den Schläfen und mehrere Schnitte in

den Hals beigebracht. Zum Auffangen des Blutes hatte sie ein Wachstuch unter sich auf den Fußboden gestellt. Man fand bei ihr verschiedene Papiere, zwei Taschenuhrer und 18 Mark an barem Gelde.

Von der Eisenbahnbrücke an der Piesenstraße hat sich am Freitagmorgen gegen 4 Uhr der 42 Jahre alte Tischler Adolf Stebermann auf die Schiene geleitet. Mit mehreren Knochenbrüchen und inneren Verletzungen brachte ihn ein Koffervertrag nach einem Krankenhaus. Von seiner Frau getrennt, wohnte er bei einer Bekannten in der Müllerstraße. Auch diese zweite Ehe war nicht glücklich. Das war der Grund, weshalb er vor einigen Tagen eine andere Wohnung bezog und sich das Leben zu nehmen versuchte.

In einem Tobjuchtsanfälle vergiftet hat sich am Freitagabend um 7 1/2 Uhr der 31 Jahre alte Arbeiter Max Siebert, der mit seiner Frau und drei Kindern bei der Mutter in der Kuhnstraße 18 wohnte. Seine Frau hatte sich im Herbst v. J. von ihm getrennt. Vor zwei Jahren wurde er von einem von einem Kraken herabfallenden eisernen Träger am Hinterkopf verletzt. Seitdem wurde er öfter von leichter Tobjucht befallen. Freitagabend nach der Heimkehr von der Arbeit trat wahrscheinlich infolge der großen Hitze ein schwerer Anfall ein und S. leerte eine Flasche mit Sulfidwasser bis auf den letzten Tropfen. Vor Schmerzen wollte er sich aus einem Fenster stürzen, wurde aber von Nachbarn zurückgehalten. Obgleich zwei Ärzte geholt wurden, erlag S. dem Gift nach zwei Stunden.

Strohmannfall. In der Anhaltsstraße wurde gestern vormittag 9 Uhr ein dreijähriger Schuttmann samt seinem Pferde zu Fall gebracht. Das etwas unruhige Tier geriet mit einem Hinterfuß in die Spur eines vorüberfahrenden Postwagens; es wurde zu Boden gerissen und mit seinem Reiter ein Stück gefället. Der Schuttmann kam ohne erhebliche Verletzungen davon, während das Pferd einen Bruch erlitten hatte. Das Tier wurde erst 1 1/2 Stunden später mit einem Wagen von der Straße weggeholt.

Abgestürzt ist am Samstagmorgen gegen 3 Uhr von einem Gerüst der Mauer Kahl, der Werftstraße 6 wohnt und Meubelfabrikant ist. Der Besatz des Gerüsts gab nach und S. fiel einen Stock tief auf die Straße. Inerlich schwer verletzt und bewußtlos wurde er dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt.

Mit einer Phosphorlösung versuchte sich die 45 Jahre alte Ehefrau Anna des Buchbinders J. aus der Brunnstraße 88 zu vergiften. Die Eheleute, die sechs Jahre mit einander verheiratet sind, lebten öfter in Unfrieden. Nach einem Aufruhr in der Nacht zum 1. d. M. wurde die Frau durch die Anwendung von Gegenmitteln nicht gerettet. Am Samstagmorgen in einem Lüschigen Rettungswagen nach dem Lützow-Krankenhaus befördert werden. Ihr Zustand ist dort bisher unverändert.

Ein großer Fabrikbrand wütete Freitagabend in der Weichenstraße 88 auf dem Gesundbrunnen. Das drei Höfe umfassende, noch fast neue Grundstück ist durchweg mit Fabrikbetrieben besetzt. Sämtliche Etagen des Ouergebäudes vom dritten Hofe sind von der „Allgemeinen Baugesellschaft“ zu einer Sautischlerei eingerichtet, in der gegen 50 Tischler beschäftigt werden. Raum hatten die Arbeiter zu Feierabend die Fabrik verlassen, als aus den Fenstern des dritten Stockes Flammen emporstiegen, die an den dort lagernden aufgetrockneten Holzvorräten so reichliche Nahrung fanden, daß binnen weniger Minuten die ganze Etage in Flammen stand, noch bevor die Feuerwehre zur Stelle war. Diese hatte keine leichte Aufgabe, da die intensive Hitze ein nahes Herankommen an den Feuerherd erschwerte. Zudem lag die Gefahr nahe, daß das rasende Element auf die benachbarten Gebäude übergriffe. Es mußte daher unter Zuhilfenahme von zwei mechanischen Leitern vorgegangen werden, von denen die eine auf dem Nebengebäude Nr. 84 Aufstellung fand. Bald war die Dede zum Dachstuhl von dem Feuer durchschlagen und nun war auch der Dachstuhl nicht mehr zu halten. Nach zweistündiger harter Arbeit war man Herr des Brandes. Der verursachte Schaden beläuft sich auf viele Tausende von Mark. Neben der Beschädigung sind große Mengen roher und bearbeiteter Holz- und Einrichtungsgegenstände eingestürzt. Glücklicherweise hielt die starke massive Dede des zweiten Stockes der Hitze stand, so daß das Feuer wenigstens die unteren Stockwerke verschonte.

Auscheinend schwer verletzt durch einen elektrischen Bogen der Linie Pantow-Eisenerstraße (Stemens u. Heide) wurde gestern nachmittag um 3 Uhr ein etwa fünfjähriges Mädchen vor dem Hause Döhrst. 85. Nach den Angaben des Wagenführers ist das Mädchen trotz rechtzeitigen Warnens gegen den in der Fahrt befindlichen Bogen gelaufen, und wurde zur Seite geschleudert, wo es bewußtlos liegen blieb. Nachbarn brachten das Kind, nachdem es die Bewußtlosigkeit wieder erlangt hatte, in Begleitung eines Schutzmannes mittels einer Dreiwelle zur Unfallstation. Die Mutter des verunglückten Mädchens war vom Hause abwesend. Nachdem das Unglück geschehen, wurde, wie immer, nach dem Urheber desselben gesucht. Wenn auch dem Wagenführer geglaubt werden muß, daß er „rechtzeitig“ das Kind durch Jurek gewarnt hat, so muß doch immer wieder gegen die geradezu tolle Fahrweise, die im elektrischen Betrieb üblich ist, protestiert werden. Ohne das unbegreifliche Jagen der elektrischen Bogen wäre schon manches Unheil verhütet worden, aber es hat fast den Anschein, als ob man für diese Lehre taub ist.

Auf Brandstiftung wird ein Schadenfeuer zurückgeführt, das Freitagabend 8 Uhr Voßgrabenstraße 16 zum Ausbruch kam. Im ersten Stock befindet sich hier ein großes Strampfwagenlager der Firma Oberstein, das in Brand geraten war. Bei Anbruch der Webe waren die Lagerräume total verqualmt, und den mit Rauchschuttbekleidungen versehenen Völkern machte sich bei ihren Vordringen ein beiderseitiges Schwefelgeruch bemerkbar. Täglich wurde dem auch eine große Wäsche mit brennenden Schwefel vorgetrieben, die allerdings weit ab von den Warenbeständen aufgestellt war. Es wurde nun ermittelt, daß das Lager vor Ausbruch des Feuers tüchtig abgeschwefelt war, doch blieb es rätselhaft, wie sich die Schwefelkammern den eisernen Waren mitteilen konnten. Es ist daher eine Untersuchung über die Entstehung des in kurzer Zeit ausgelösten Brandes eingeleitet.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Nachdem seit nahezu fünf Jahren in Deutschland ein Fall von asiatischer Cholera nicht mehr vorgekommen ist, wird die Befehlsverordnung vom 9. August 1892, wonach die nach §§ 9 und 23 des Reginalins vom 8. August 1885 für die Cholera bestehende Anzeigepflicht auf alle der Cholera verdächtigen Fälle ausgedehnt wird, bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.

Auf der Treptower Sternwarte werden in dieser Woche außer dem Mond noch die beiden Planeten Jupiter und Saturn beobachtet, die nur noch kurze Zeit sichtbar bleiben, da sie immer früher untergehen und von der Sonne zuletzt überstrahlt werden. Heute, Samstagmorgen 5 Uhr, spricht Direktor J. S. Krüger über: „Die Erscheinungen in unserer Atmosphäre“, unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder, die die Entstehung der Wolken, der Blitze und der seltsamen Gebilde in den höheren Atmosphären erklären. Das Thema für den 7. Uhr Vortrag lautet: „Die Bewohnbarkeit der Welten“. Auch Montagabend findet 7 Uhr, um welche Zeit der Bürgerverein Friedrichshain die Sternwarte besucht, ein Vortrag statt. Zu allen Vorträgen haben die ermäßigten Preise und Ferien-Schülerkarten Gültigkeit.

Die im Berliner Aquarium während der letzten Tage eingelaufenen Sendungen bereicherten diesmal die Abteilungen der Meerestiere. Besonders Interesse erregen gerade jetzt die merkwürdig gefalteten und organisierten Seequallen oder Seevallen (Holotheurion) insofern, als sie jene Tiergattung vertreten, welche auf den vom Deutschen Reich besetzten erwerbenden Inseln der Karolinen und Marianen zur Bereitung des Trepang verwendet wer-

den. Dieser Trepang bildet einen beachtenswerten und der Steigerung noch fähigen Ausfuhrartikel der genannten Inseln nach China hin, für dessen besser gestellte Bewohner er als eine hohe Delikatesse gilt, die dort etwa die Rolle spielt wie bei uns die Austern oder der Kaviar. Die Seevallen sind in dem großen Becken der Seezisterne untergebracht. Eine der gegenüberliegenden kleineren Seevallenbecken hat dagegen eine Gesellschaft der gartelsten und düstigen aller Meerestiere aufgenommen, nämlich kleine, blaue, in Gestalt, Farbe und Bewegung reizvolle Quallen, die aber wegen ihrer Kleinheit doppelt anmutig erscheinen.

118 wehrpflichtige junge Leute waren zu gestern vormittag vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I nach dem Moabitler Justizpalast geladen, um sich gegen die wider sie erhobene Anklage, der gesetzlichen Wehrpflicht durch Verzug nach dem Auslande entzogen zu haben, zu verantworten. Die Leute, unter ihnen nicht weniger als 71 geborene Berliner, waren zuletzt in Berlin wohnhaft und wurden unter Verlegung mit einer Geldstrafe von je 150 M. resp. 80 Tagen Gefängnis (auf Grund des § 140 R.-St.-G.-V.) als unsichere Ausländer erklärt.

Straßensperrung. Eine Reihe von Straßen werden vom Montag an wegen Pflasterungen für Fußwege und Reiter gesperrt. Es sind: das Alexander-Ufer vom Friedrichs-Kanal bis zur Stadtbahnkreuzung, die Dammvorstraße von der Dammvorstraße bis zur Treppstraße, und die Rheinsbergerstraße von der Treppstraße bis zur Brunnstraße. Vom Montag an tritt die gleiche Sperrung wegen Asphaltierung für die Charlottenstraße von der Straße unter den Linden bis zur Behrenstraße sowie für die Rosmarinstraße ein. Die Rheinsbergerstraße von der Treppstraße bis zur Brunnstraße ist bereits wegen Asphaltierung gesperrt worden.

Aus den Nachbarorten.

Den Parteigenossen in Charlottenburg und Schöneberg zur Kenntnis, daß die August-Victoria-Säle der Arbeiterchaft nicht zur Verfügung stehen.

Welfensee. Am Dienstag, den 25. d. M., findet hier im „Palast“, Königshagen- und Ledeburstraße, eine Versammlung statt, in der Genosse Hein über die Berufsvereinigungen und ihre Vertrauensleute sprechen wird.

Arbeiter und Parteigenossen Schönebergs! Mit Rücksicht auf die im Herbst bevorstehenden Stadtverordneten-Ergebnisse wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Liste der wahlberechtigten Bürger in der Zeit vom 15. bis 30. Juli, werktäglich von 9-3 Uhr, im Feuerwehr-Gebäude, Feuerstr. 63-64, Portal II, 3. Treppen, Zimmer 29, zur Einsicht ausliegt. Möge kein Arbeiter Schönebergs verabsäumen, sich durch Einsichtnahme davon zu überzeugen, ob sein Name eingetragen ist. Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste werden nur innerhalb der bezeichneten 14 Tage vom Magistrat berücksichtigt. Um den Wählern, die keine genügende Zeit zur Einsicht in diese Listen übrig haben, die Sache zu erleichtern, haben sich nachstehende Personen bereit erklärt, dies zu thun:

W. Bäumer, Apostel Paulstr. 13. J. Hauser, Sedanstraße 31. D. Goype, Merseburgerstr. 7. Moll, Spornhofstraße 34. Obit, Genuwaldstr. 110. F. Hühner, Gunglstr. 9. Schilling, Aufhäuserstr. 10. Schulz, Bahnstr. 35. Schürde, Bahnstr. 10. Weingart, Gustav-Prechtstr. 7. R. Kugel, Feuerstr. 4. Auch nehmen die bekannteren Parteigenossen Adressen entgegen.

Achtung, Parteigenossen! Hierdurch teilen wir mit, daß in den beiden Ortsämtern Mühlendamm und Buchhorst sämtliche Lokale zu Versammlungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Gleichzeitig weisen wir auf die Lokalliste hin, in der irrtümlich in beiden Orten freie Lokale angegeben sind.

Die Lokalkommission.

Der gegen die Pichelsdorfer Branerei durch die Spandauer Arbeiterchaft verhängte Bierboikott zeigt bereits seine Wirkung, indem der Abzug der Branerei, namentlich nach Berlin und Spandau, um etwa die Hälfte heruntergegangen ist. Die Branereidirektion hat am Freitag wieder sechs Frauen (darunter dem Braumeister) gelündigt und diese Kündigung mit „Arbeitsmangel“ begründet.

Die Arbeiterchaft, namentlich Berlins, wird ermahnt, bei ihren Ausflügen den Verkauf der Spandauer Volksvereinsmilk streng zu beobachten zu wollen, da zur Zeit noch in zahlreichen Sommerlokalen, welche auf der Lokalliste stehen, Pichelsdorfer Bier verkauft wird! — Es dies noch der Fall ist, thun die Ausflügler gut, statt des bairischen Bieres andere Getränke zu konsumieren.

Zum Bau und Betrieb einer normalspurigen Kleinbahn von Rixdorf nach Mittenwalde für die Beförderung von Personen und Gütern ist soeben vom Regierungspräsidenten zu Potsdam im Einvernehmen mit der Eisenbahndirektion Berlin der Rixdorf-Mittenwalder Eisenbahngesellschaft zu Berlin auf eine Zeitdauer von 90 Jahren die landespolizeiliche Genehmigung erteilt worden, welche sofort in Kraft tritt. Die Vollendung und Inbetriebnahme der Bahn muß laut dieser Genehmigung in längstens zwei Jahren nach der Feststellung des Bauplans erfolgen, wobei es vorbehalten bleibt, der Unternehmerin jederzeit anzufordern, die Einführung von Privatanschlußbahnen zu gestatten. Die Geschwindigkeit der Fahrten darf nicht 30 Kilometer in der Stunde an keiner Stelle der Bahn übersteigen. Auch bleibt es vorbehalten, an Übergangspunkten besondere Vorkehrungen zur Verhütung von Unfällen zu treffen. Die Einrichtung des Bauplans und die Festsetzung der Beförderungspreise wird für die ersten 3 bzw. 5 Jahre der Bahngesellschaft überlassen. Dann jedoch soll beides der besonderen Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterliegen.

Der Streckenarbeiter Schmidt, der von den Russen einer Lokomotive bei Groß-Lichterfelde schwer verletzt wurde, ist am Freitagabend im Krankenhaus gestorben.

Die Ausperrung der Lederarbeiter in Wilsfel.

Seit unmehr acht Wochen wütet der Kampf der Lederarbeiter in Wilsfel, welcher den Arbeitern vom Unternehmertum aufgezwungen ist, durch welchen nicht weniger als 2000 Personen betroffen sind. Das Unternehmertum entließ 65 Proz. ihrer Arbeiter, soweit sie organisiert, zum Zwecke der Niederwerfung der Organisation, von der man wußte, daß sie sich die Maßnahmen des Unternehmertums — Verlängerung des Lohnes um 15 Proz. und eine Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden — nicht gefallen läßt. Um Grund zu diesem Vorgehen zu haben, wurde ein Streit mit dem neuangelegten Fabrikanten angezettelt. Alle anderen Pratalitäten gegen die Arbeiter, die diese wohl als Heranzuförderung erkannten, praktisierte an der Verunstaltung und Verunsicherung der Arbeiter ab. Die Entlassungen erfolgten angeblich wegen Arbeitsmangel. Die Arbeiter, die langst wählten, was kommen sollte, durchsahen dieses Manöver und richteten daher selbst diejenigen Arbeiter freiwillig ihre Kündigung ein, welche sich das Unternehmertum zur Verhütung der notwendigen Arbeiten behalten wollte. Eine solche Einigkeit der Arbeiter, selbst soweit diese noch nicht der Organisation angehören, hatte das Unternehmertum freilich nicht erwartet. Alles wurde daran gesetzt, wenigstens die notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten; es gelang indessen nur, eine ganz kleine Anzahl Leute zu gewinnen, die bei solchen Großbetrieben absolut nicht ins Gewicht fallen. Die Pratalität des Unternehm-

tums, die soweit ging, zu Krüppeln gewordenen und auf dem Krankenbett liegenden Arbeitern ihren Entlassungsbefehl zugewenden, hatte selbst den größten Teil der wenigen Unorganisierten am Orte der Organisation zugeführt. Einige Wochen hat sich das Unternehmertum in dem Bewußtsein, die Arbeiter müssen mangels an Mitteln zur Arbeit zurückkehren, die Dinge ruhig angesehen. Jetzt, nachdem es sich in dieser seiner Auffassung getäuscht sieht, weder Arbeitswillige aus den Reihen der Ausständigen noch solche von außerhalb sich finden und außerdem die Konjunktur eine von Tag zu Tag bessere und wird im Monat August ihren Höhepunkt erreicht, arbeitet das Unternehmertum in Anerkennung dessen, daß das ganze Geschäft zum Teufel gehen muß, mit Hochdruck daran, Welsche in die Einigkeit der Ausständigen zu legen. Es werden nun auch die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, Arbeitswillige von außerhalb zu bekommen. Nach allen Ecken Deutschlands sind Agenten zur Werbung von Arbeitswilligen für die Lederfabriken in Wilsfel ausgesandt. Was da alles für Versprechungen seitens dieser bezahlten Agenten gemacht werden, — während die Arbeiter in rigorosster Weise behandelt wurden und man sie lediglich in den Ausstand drängte, weil ein noch größerer Profit aus ihnen herausgehunden werden soll — können sich jedermann lebhaft vorstellen.

Wo es gilt, die Arbeiter zu unterdrücken, die Organisation derselben zu zerstören, da kann es bekanntlich auch dem Unternehmertum nicht genug kosten; da werden keine Mittel gespart, um seinen Willen durchzusetzen; ist sich doch auch vor allem das Unternehmertum dessen bewußt, daß nach einer eventuellen Niederdrückung der Organisation ihm der Vorteil vielfältig in den Schoß fällt. Von einem Vermittlungsbureau in Breslau erfuhren wir, daß demselben für jeden Arbeiter, welchen er für Wilsfel anwirbt, eine Entschädigung von 4 M. gewährt werden. Daß den übrigen Agenten nicht weniger geboten ist, liegt auf der Hand. Aber auch in Wilsfel selbst werden alle Vorkehrungen getroffen und keine Mittel gespart, um die etwa eintreffenden Arbeitswilligen unter Dach und Fach zu bringen. Die Fabrik von Fall und Schütt ist vor nicht langer Zeit durch Neubau derartig erweitert worden, daß die doppelte Anzahl Leute demnächst beschäftigt werden könnte. Da nun die Möglichkeit ausgeschlossen, daß in Wilsfel ankommende Arbeitswillige Logis oder Kost bekommen — die Sympathie der Einwohnerchaft ist bis auf vielleicht einige Personen auf der Seite der Ausständigen — so läßt der Fabrikant Schütt, wie verlautet, einen Neubau durch Zimmerleute zu Wohn- resp. Schlafzimmern herstellen. Es sollen daher die etwaigen Arbeitswilligen an das Tageslicht nicht kommen, sondern ähnlich wie in einer Strafanstalt arbeiten, essen, schlafen brauchen, um am anderen Morgen wie überhaupt zu jeder Zeit dem Unternehmertum zur Verfügung zu stehen. Das wäre ja, gelänge es den Wilsfeler Lederfabrikanten, das durchzuführen, das was sich mit ihnen wohl die meisten Kapitalisten herbeisehen. Die Niederdrückung der Lebenslage der Arbeiter auf das Existenzminimum, die Unterjochung der arbeitenden Klasse, das ist das Ideal eines jeden Kapitalisten. Glücklicherweise werden ja die Räume der Wilsfeler Lederfabrikanten nicht in den Himmel wachsen. Die eingerichteten Schlafzimmer mit allerhand Tischgeräten, welche vom Unternehmertum angeschafft und wahrscheinlich den eventuellen Arbeitswilligen dann vom Lohne abgezogen werden sollen, stehen bis jetzt noch samt und sonders leer. Wohl ist das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß ein Schiff mit westpreussischen und ein Eisenbahnwagen mit böhmischen Arbeitern eintreffen sollen. Doch bis jetzt hat sich das nicht bestätigt. Die Arbeiter sehen diesen Dingen in Ruhe und Besonnenheit entgegen, wissen sie doch, daß es zum größten Teil Schreckschiffe des Unternehmertums sind, zu dem finstlichen Vergnügen den Versuch zu machen, die Einigkeit der Arbeiter zu erschüttern, so sind selbstverständlich auch alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, jeden diebezüglichen Zugang zu verhindern, um dadurch vielleicht den Kampf in die Länge zu ziehen. Von einer Verlängerung des Kampfes könnte schlimmstenfalls die Rede sein, wenn es gelingt, Arbeitswillige auf diese Art zu beschaffen. Gelegente Gerber können die Herren absolut als Arbeitswillige nicht bekommen, das wissen sie genau, daher versuchen sie es, Landarbeiter zu werben. Aber auch diese werden sich hüten, sich in eine Fabrik stellen zu lassen, wo sie, wie oben angeführt, nicht die gewohnte Freiheit haben. Und zudem sind jetzt in der Erntezeit Landarbeiter überhaupt nicht zu haben. Es verbleibt also nur übrig die Möglichkeit, daß ein Häuflein teils in Dummheit teils in Not befindlicher Leute für Wilsfel angeworben werden könnte. Daß damit zwei Betriebe, die mit 700 erwachsenen Arbeitern, und dazu fast alles qualifizierten Arbeitern, hantierten, nicht annähernd in Gang gebracht werden können, das glaubt kein Mensch und vor allen Dingen auch die Fabrikanten nicht, die in der unglücklichen Lage sich befinden, die erwünschten Arbeitswilligen nicht zu bekommen.

Das eifrige Bestreben der Unternehmer ist es, daß die Unterjochung der Arbeitern angehen möge und diesfalls wollen sie den Kampf bis zum August hinstellen. Achren die Arbeiter dann nicht gezwungen zurück, so liegt der Sieg, und zwar ein glänzender Sieg, der der Aufrechterhaltung der Organisation, auf Seiten der Arbeiter. Im August beginnt die Blüte der Kohlfederfabrikation, und da werden und können solch enorme Betriebe nicht stillstehen, wozu sie nicht ihren völligen Anin herbeiführen.

In der letzten Woche hat auch das Unternehmertum öffentlich bekannt, weshalb es die Ausperrung vornahm. Es wurden nämlich die paar getrennten Arbeiter, die ihm verbleiben sind, zusammenberufen und ihnen verkündet, daß von nun an eine 15 prozentige Lohnreduktion eintrete, anstehen die Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden verlängert werde, und die Frühstück- und Vesperpausen nur je 1/4 Stunde dauern dürften. Darum sind selbst die letzten paar getrennten Arbeiter nicht eingegangen und sind dieselben ebenfalls gewillt, die Arbeit niederzulegen.

Auch eine Andienz haben die Fabrikanten bei dem Landrat zu Juchow, und der Unternehmer Schütt eine solche bei dem Regierungspräsidenten Köster zu Schleswig gehabt. Was dort besprochen, vernehmen wir noch nicht zu ermitteln. Doch etwas machte sich bereits fühlbar. Den Ausständigen werden in letzter Zeit, ohne daß diese glauben, einen Anlauf dazu gegeben zu haben, der Zutritt zum Bahnhof strengstens verboten. Möglich, daß das auf eine der Andienzen zurückzuführen ist. Ob weitere Maßnahmen gegen die sich ruhig verhaltenden Ausständigen getroffen werden können, ist abzuwarten. Doch komme, was da wolle, die Wilsfeler Lederarbeiter sind gekauft und lassen sich durch nichts provozieren.

Wie weit die Bürgerchaft in Wilsfel den Ausständigen sympathisch gegenübersteht, geht zum Teil aus folgendem hervor: Nachdem das Gerücht in Umlauf kam, daß westpreussische oder böhmische Arbeiter in größerer Anzahl nach Wilsfel kommen sollten, wurden seitens der Stadtverwaltung sofort die nötigen Vorkehrungen getroffen, daß diese Leute nicht der Stadt zur Last fallen, sondern daß das Unternehmertum der Lederindustrie alsdann auf zwei Jahre für alle Vorläufigkeit haftbar sei. Auch wurde den Fabrikanten aufgegeben, daß, wenn sie Leute dieser Art von außerhalb nach Wilsfel schleppten und diesfalls sich etwa ein höheres Postgebot oder Militär nötig machte, dies alles auf Kosten der Lederfabrikanten geschehe.

Daß dieser den Arbeitern aufgezwungene Kampf, bei dem seitens der Arbeiter nichts gespart wurde, ihn auf gutlichem Wege aus der Welt zu schaffen, für den Verband der Lederarbeiter, der in diesem Jahre bereits mehrere harte Kämpfe aus eigenen Mitteln geführt

Vom Weltmarkt.

Jahresbericht des Vereins Hamburger Rieder. — Hamburg, Bremen und der Mittelland-Kanal. — Japans Eisenbahnen. — Goldproduktion im Randdistrikt. — Getreide-Ernten der letzten Jahre.

Jahresbericht des Vereins Hamburger Rieder. Der Vorstand des Vereins Hamburger Rieder hat seinen diesjährigen Bericht über die Lage des Riederbetriebes erstattet. Bei der allgemeinen Bedeutung dieser wirtschaftlichen Riederbericht über die Entwicklung der deutschen Handelschiffahrt rechtfertigt sich ein kurzes Resümee. Hamburgs Schiffahrtbetrieb, seine Stellung als Vermittlerin des deutschen Handels mit dem Ausland, ist in stetigem Wachsen begriffen. Trotz der Zunahme des Hamburger Hafenverkehrs im vorigen Jahre gegenüber 1897 nicht weniger als 1350 Schiffe mit 647 000 Tonnage und eine ähnliche weitere Steigerung ist auch für das laufende Jahr abzusehen, denn schon in den ersten fünf Monaten betrug der Vorrang gegen das Vorjahr wiederum 217 000 Tonnage.

Wie der Bericht konstatiert, kann das Jahr 1898/99 als ein für die Rieder „hervorragend günstiges“ bezeichnet werden. Die Ausdehnung des deutschen Außenhandels ist natürlich für den Schiffahrtverkehr von wesentlichem Vorteil gewesen. Die Aktien-Riedererente war, wie es in der Denkschrift heißt, in der Lage, „bei reichlichen Abschreibungen betrübende Dividenden zu verteilen“. Wer die recht hohen Ansprüche der Hamburger Rieder kennt, wird dieses Zustand zu wünschenswert wissen, — nur konstatiert es bedenklich mit den trägen Darstellungen, die vor ungefähr 2 Jahren, zur Zeit des Hafenarbeiterstreiks in der bürgerlichen Presse abgelagert wurden. Damals konnten die Herren die Ausdehnung des Hamburger Riederbetriebes nicht dichter genug ausmalen. Besonders hat der Frachtverkehr mit Ostasien, Südamerika, Australien und dem Orient zugenommen. Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktiengesellschaft, bekanntlich die größte Rieder der Welt, hat denn auch, wie wir schon bei Gelegenheit der Besprechung ihres Jahresberichts erwähnten, ihr Aktienkapital um weitere 15 Millionen Mark vermehrt, hauptsächlich für den ostasiatischen Dienst. Ebenso haben auch die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft und die Deutsche Levante-Linie ihr Kapital vergrößert. Die letztgenannte Linie, die jahrelang mit widrigen Verhältnissen zu kämpfen hatte, hat jetzt ihren Betrieb über alle Teile des Schwarzen Meeres ausgedehnt. Doch auch außerhalb, in fremden Gewässern, hat die Hamburgische Rieder an Terrain gewonnen. Schon durch Zeitungsmeldungen ist bekannt geworden, daß die bisher unter englischer Flagge fahrenden 11 Schiffe der früheren Goldschmied Rieder, die bisher von Singapur aus im Küstenverkehr Hinterindiens und der Sunda-Inseln beschäftigt waren, in deutschen Besitz übergegangen sind.

Eine eigentümliche Erscheinung, die manchem Beobachter unserer Schiffahrt-Entwicklung schon in den letzten Jahren aufgefallen ist, und die auch im vorliegenden Hamburger Bericht erwähnt wird, ist die erneute Zunahme der Segelschiffahrt. Seit Jahren sah man es, als sollten die Seegelschiffe mehr und mehr verschwinden; nun hat sich, wie der Bericht sagt, „bei dem verhältnismäßig hohen Stande der Frachten und den hohen Kohlenpreisen für sie die Lage wieder günstiger gestaltet“. Allerdings sind es jetzt zumeist große Segler, die eingesetzt werden, vielfach Vier- und gar Fünfmastler in der Art des bekannten Wissenschafts-Potoff. Das spricht sich schon darin aus, daß die Hamburgische Seglerflotte, obgleich sie im Laufe des Jahres nur um 3 Schiffe zugenommen hat, doch ihrem Tonnagegehalt nach um 20 573 Register-Tonnage gestiegen ist. Es wurde nämlich von den 293 Schiffen, die zu Anfang des Jahres 1898 vorhanden waren, 46 kleinere Fahrzeuge abgebrochen und dafür 49 neue Segler, zum Teil bedeutend größer, angeschafft. Diese sich in der Schiffahrt geltend machende Richtung, den größeren Frachtdienst wieder mit Segelschiffen aufzunehmen, würde noch stärker hervortreten, wenn nicht zugleich von den Hamburger Riedererente mehrfach Seelichter, die auch als Segelschiffe klassifiziert werden, in den Frachtdienst eingestellt worden wären. Der Frachtverkehr mit solchen Leichter hat sich von Hamburg aus allmählich einerseits bis zur Ems, andererseits durch den Nord-Ostsee-Kanal über die ganze Ostsee ausgedehnt. Uebrigens werden neuerdings auch in England, obgleich nicht in gleichem Maße, wieder mehr Segelschiffe zum Frachttransport herangezogen. Ueber die Ursachen dieser Erscheinung läßt sich der Hamburger Riederbericht nicht aus. Tatsächlich aber liegt die Wiederaufnahme des Fern-Frachtverkehrs mit Segelschiffen, so sonderbar das auch klingen mag, gerade in der starken Zunahme der großen Ocean-Schnelldampfer. Diese prächtig ausgestatteten, mit allen Bequemlichkeiten versehenen Fahrzeuge, von denen manches 8 bis 12 Millionen Mark kostet und mehrere hundert Mann Besatzung an Bord hat, sind, wenn sie sich rentieren sollen, vornehmlich auf die Passagierbeförderung angewiesen. Die Güterbeförderung ist Nebenabgabe und stellt sich wegen der bedeutenden Kosten der Reise ziemlich hoch. Dadurch ist für Passagier, die nicht auf einer längeren Seereise leiden und deren Abfertigung nicht eilt, wieder der Segelschiffs-Betrieb rentabel geworden.

Etwas sonderbar berührt, wenn man der Vorliebe gedenkt, welche einst die Wislamarische Protektionspolitik in einem großen Teil der Hamburger Kaufmannschaft gefunden hat, jener Fall des Berichtes, der sich neuerdings gegen das von Brasilien, Russland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika besetzte Westindien wendet, die Küstenfahrt der heimischen Flagge vorzuziehen. Vornehmlich scheint die Hamburger Rieder verschmüpft zu haben, daß die Vereinigten Staaten die früheren spanischen Schiffverlehrsbeschränkungen zwischen Kuba und Portorico zu ihrem einseitigen Vorteil noch weiter ausgedehnt haben, und daß ferner Russland die in ihrer Art halbkontinente Verfügung erlassen hat, vom 1. Januar nächsten Jahres ab würden die Häfen zwischen den europäischen und asiatischen Häfen Russlands als der russischen Flagge vorbehaltenen Küstenfahrern angesehen werden. Nun mit einem Male finden auch die Hamburger Rieder, daß solche „auf die Beschränkung des fremden Wettbewerbes gerichtete Tendenzen wenig angemessen“ sind. Offensichtlich hätte diese an sich durchaus richtige Erkenntnis auch dann an, wenn es sich um die Begünstigung der deutschen Schiffahrt gegenüber fremder Konkurrenz handelte. Der Grund der Klage liegt darin, daß die Hamburger Riedererente sich jetzt fast genug fühlen, selbst in fremden Ländern mit der dortigen einheimischen Küstenfahrt in Konkurrenz zu treten. „Bedenklich ist“, fügt der Bericht hinzu, „daß Deutschland diesen Tendenzen Vorzug geleistet hat, indem es im Jahre 1880 hinsichtlich des Küstenverkehrs denselben Grundgesetz aufgestellt hat, und zwar ohne jede praktische Wirkung, da es allen in Betracht kommenden Staaten das Recht der Vertheilung der deutschen Küstenfahrt eingeräumt hat bezw. auf Grund von Verträgen einräumen mußte. Wenn seit einigen Jahren eine von außen in die Kreise der deutschen Küstenfahrt hineingetragene Agitation immer wieder auf den Ausschluß der Ausländer von der deutschen Küstenfahrt hinarbeitet, so konnten wir in gegebener

Veranlassung auch in diesem Jahre nur wieder darauf hinweisen, wie diese Tendenzen die Interessen des weit überwiegenden Teiles der deutschen Riedererente schädigen, wie geringfügig die Beteiligung fremder Flaggen an der deutschen Küstenfahrt ist und wie die deutschen Küstenfahrer viel mehr als unter der Konkurrenz dieser wenigen Ausländer unter derjenigen der moderneren deutschen Betriebe, insbesondere der Leichterfahrt, leiden. Rühlicher als diese ausschließliche Agitation ist für die Küstenfahrer eine zweckmäßige geschäftliche Organisation, wie sie die Küstenschiffer der Unterelbe und Umgegend ins Leben gerufen haben und die bereits gute Früchte getragen hat.

Auch auf die Ergebnisse des Verkehrs im Nord-Ostsee-Kanal seit Einführung des neuen Tarifs kommt der Bericht zu sprechen. Mit Recht wird der von einigen Ostsee-Hafenplätzen erhobene Anspruch zurückgewiesen, eine Differenzierung der Abgaben nach den Verkehrs- und Bestimmungsplätzen der den Kanal passierenden Schiffe einzuführen. Es ist nicht einzusehen, warum einzelnen Ostsee-Häfen auf Kosten der Elbhäfen die Benutzung des Kanals verbilligt werden soll.

Hamburg, Bremen und der Mittelland-Kanal. Daß die Hamburger Handelskammer dem Mittelland-Kanal wenig günstig gegenüber ist und unter ihrem Einfluß auch die Altonaer und Harburger Handelskammer gegen das Projekt Stellung genommen haben, ist bekannt. Es war deshalb voranzuziehen, daß der Jahresbericht des Hamburger Riedererente sich ebenfalls gegen die Mittelland-Kanal-Vorlage aussprechen würde. Das ist denn auch geschehen, und zwar in einer ziemlich offenkundigen Weise. Die Redaktion dieses Teils des Berichtes ist recht ungeschicklich. Aufschreiend an die oben erwähnten Ausführungen über den Nordostsee-Kanal heißt es nämlich wörtlich:

Die Aussicht auf eine fernere Verkehrssteigerung und damit auf die finanzielle Rentabilität des Kanals würde weiter erheblich steigen, und der Kanal würde dem Austausch zwischen dem industriellen Westen und dem landwirtschaftlichen Osten Deutschlands noch größere Dienste leisten, wenn der Dortmund-Ems-Kanal um 1 Meter vertieft würde, in welchem Falle Seelichter von 900 Tonnage Tragfähigkeit vollbeladene Kohlen und Eisen von Dortmund bis nach Königsberg und Memel befördern und von dort Getreide und Holz zurückbringen könnten. Der Rhein-Elbe-Kanal, um den im Preussischen Abgeordnetenhaus heftig gekämpft wird, wird diese Verbindung zwischen Osten und Westen auch dann nicht in ähnlicher Weise herstellen können, wenn die flüßlichen Wasserstraßen auf die Dimensionen dieses Kanals gebracht werden würden, worauf in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Er stärkt die Konkurrenz Rotterdam und Antwerpen gegenüber den deutschen Nordhäfen, insbesondere Hamburg. Aus diesen Gründen haben wir dem Projekt des Rhein-Elbe-Kanals nie eine allgemeine nationale, sondern nur eine lokale Bedeutung für die von dieser Wasserstraße berührten Gegenden beimessen können. In der zweiten Lesung ist die Angelegenheit an die Kommission zurückverwiesen worden, um den Verlust zu machen, durch Zulassung von Kompensationen an die durch den Kanal geschädigten Landesteile eine Mehrarbeit für die Vorlage zu gewinnen. Wir dürfen wohl die Überzeugung hegen, daß dann auch die den Elbhäfen vom Kanal drohenden Schädigungen dadurch Verhütung finden werden, daß einerseits die Vertiefung der Elbe von Magdeburg abwärts, die fast regelmäßig in gewissen Jahreszeiten durch Wassermangel dem Verkehr empfindliche Hindernisse bereitet, und der zur Speisung des Kanals noch weiter Wasser entzogen werden soll, zugesichert und eine entsprechende Ermäßigung der Bahnfrachten vom westdeutschen Industriegebiet in Aussicht gestellt wird. Eine vom Standpunkte der Gesamtinteressen Preussens und Deutschlands richtigere Lösung würden wir allerdings darin erblicken, daß die Vorlage abgelehnt und der sonst ziemlich nutzlose Dortmund-Emskanal in der angegebenen Weise zu einer leistungsfähigen und wertvollen Straße ausgebaut wird. Die berechtigten Zwecke der Vorlage, die Entlastung der Eisenbahnen im Industriegebiet und insbesondere die bessere Verbindung zwischen dem Osten und dem Westen würden dadurch in viel besserer Weise mit außerordentlich viel geringeren Mitteln erreicht und die Begünstigung der ausländischen Häfen gegenüber den deutschen vermieden werden.

Was hier über die Gesamtinteressen Preussens und Deutschlands, sowie über die Entlastung der Eisenbahnen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gesagt wird, ist kaum mehr als dekorative Verzierungen. Das eigentliche Motiv der Opposition ist die Befürchtung, daß einerseits der Verkehr Hamburgs mit den Stationen der Oberelbe, speziell mit Magdeburg abnehmen, und andererseits der vorher erwähnte Seelichter-Verkehr zwischen der Ems und den Hafenplätzen der deutschen Ostsee-Küste nach Fertigstellung des Mittelland-Kanals eine Einschränkung erfahren könnte. Hierzu kommt noch die Aussicht, daß die rheinisch-westfälische Industrie für ihre nach Uebersee bestimmten Sendungen in manchen Fällen den billigeren Wassertransportweg nach Rotterdam vorziehen wird oder daß Bremen, wenn es Anschluß an das Kanalnetz und die Elbe erhält, gegenüber Hamburg gewinnt. Erwächst doch schon heute Bremen aus seiner näheren Eisenbahnverbindung mit jenen Industriegegenden ein Vorteil vor Hamburg, und dieser würde natürlich noch zunehmen, sobald Bremen Wasserstraßen-Anschluß an den Mittelland-Kanal erhält. Dies der Grund, warum beide große Hafenplätze sich so verschiednen dem Kanalprojekt gegenüber stellen. Daß Hamburgs Befürchtungen in dieser Beziehung ganz unbegründet sind, läßt sich nicht behaupten. Sicherlich würde Bremen etwas auf Kosten Hamburgs gewinnen; aber Hamburgs Handel schreitet so mächtig vorwärts, es hat durch den Nordostsee-Kanal so manchen Vorteil erlangt, daß der Ausfall sich ihm kaum sehr fühlbar machen würde. Vielleicht mehr noch als Hamburg verliert Rotterdam durch den Anschluß Bremens an den Kanal; denn Bremen erhält dadurch die Möglichkeit, einen Teil der Sendungen des Rheinlandes, die bisher den Rhein hinunter nach Rotterdam gingen, um von dort aus per Schiff weiter befördert zu werden, an sich zu ziehen. Dann aber kommt außer den Sonderinteressen Hamburgs und Bremens doch wohl auch noch der immense Nutzen in Betracht, den der Kanal den mittleren Gegenden Preussens bringt. Eine Frage, wie die nach dem wirtschaftlichen Nutzen des Mittelland-Kanals, kann nicht vom Standpunkte heimischer Lokalinteressen entschieden werden. Wenn Hamburg als Kompensation die Vertiefung der Elbe aufwärts bis nach Magdeburg fordert, läßt sich diese Forderung nicht ohne weiteres ablehnen. Da die Elbe, ganz abgesehen von der Wassermasse, die ihr voraussichtlich durch den Mittelland-Kanal entzogen wird, schon jetzt im Sommer auf dieser Strecke stellenweise nur eine Tiefe von 3—4 Fuß hat, ist ohnehin die Ausbaggerung ein dringendes Gebot der Notwendigkeit, — nur müßte selbstverständlich Hamburg, da es von der Vertiefung den größeren Vorteil hätte, auch den größeren Teil der Kosten übernehmen. Die vom Hamburger Riedererente als Ersatz empfohlene Vertiefung des Dortmund-Ems-

Kanals würde nur dem Handelsverkehr Hamburgs und einiger Ostsee-Häfen zu gute kommen; sie kann aber nie das zu Stande bringen, was der Mittelland-Kanal leisten soll: eine billige Verbindung der mittleren westlichen mit den mittleren östlichen Gegenden Preussens.

Japans Eisenbahnen. Die neuen Eisenbahnbauten in China haben allgemeines Aufsehen erregt und allerlei Betrachtungen über ihre Bedeutung für die Erschließung des inneren japanischen Reiches hervorgerufen, während die Entwicklung des japanischen Eisenbahnwesens höchstens in der Fachpresse mit Aufmerksamkeit verfolgt wird. Vielleicht hat zu diesem besonderen Interesse für die chinesischen Eisenbahn-Projekte nicht wenig der Konkurrenzkampf beigetragen, der sich seit einiger Zeit zwischen den europäischen Kulturmächten um die Erlangung chinesischer Eisenbahn-Konzessionen entsponnen hat, vielleicht auch bleiben die japanischen Eisenbahn-Bauten deshalb so unbeachtet, weil bei ihnen das europäische Kapital nur in äußerst geringem Maße beteiligt ist. Erst neuerdings suchen die japanischen Eisenbahn-Gesellschaften auch ausländisches Kapital heranzuziehen. An der neuen Formosa-Bahn sind 2. V. englische Kapitalisten mit 15 Millionen Yen (ungefähr 32 Millionen Mark) interessiert.

Die frühesten japanischen Bahnen sind Staatsbahnen. Als erste wurde 1872 die 18 englische Meilen (1 engl. Meile = 1609 Meter) lange Bahn von Tokio nach Yokohama eröffnet, dann folgte 1874 die Eröffnung der Linie Kōbe—Osaka und 1878 der Linie Osaka—Kioto. In 1877 tritt im Staatsbahnbau infolge der inneren politischen Wirren ein Stillstand ein. Von 1883 aber schreitet der weitere Ausbau des Staatsbahnsystems schnell vorwärts, so daß die Länge 1891 bereits 551 englische Meilen beträgt. In den Jahren 1892/94 wird wieder weniger gebaut; mit 1895 legt jedoch die Bauhätigkeit von neuem wieder ein. Im Juli vorigen Jahres hatte das Staatsbahnsystem bereits eine Länge von 853 englischen Meilen, von denen 821 Meilen in Betrieb waren.

Noch schneller haben die Privatbahnen sich entwickelt. Die ersten kleinen Privatbahnen dienten ausschließlich zur Beförderung von Eisenerzen und sonstigen Bergwerksprodukten. Die erste Privatbahn, der die Konzession zum vollen Bahnbetrieb erteilt wurde und für die zugleich der Staat eine Garantie übernahm, war die sogenannte Nippon-Bahn zwischen Maebashi und Komori. Ihr folgten in den nächsten zehn Jahren bald andere, so daß 1891 bereits 1161 englische Meilen Privatbahnen in Betrieb waren. Im März 1893 stieg die Länge des Privatbahnsystems auf 1319 Meilen und im Juli vorigen Jahres erreichte sie ungefähr 1510 englische Meilen. Außerdem waren über 1000 Meilen Geleise teils schon fertig, aber noch nicht dem Betrieb übergeben, teils in Arbeit oder zur demnächstigen Inangriffnahme vorgemerkt.

Nur die erste dieser Bahnen ist teilweise mit fremdem Kapital erbaut, für die übrigen ist das Kapital in Japan selbst beschafft worden. Das hat den Ausbau sehr verzögert, denn nie wurde das Aktienkapital voll eingezahlt, sondern langsam nach und nach in kleinen Raten. Wie hoch sich der Gesamtwert der japanischen Bahnen zur Zeit beläuft, ist unbekannt; in 1895 — es waren damals 522 Lokomotiven und 934 Wagen vorhanden — schätzte man das im Eisenbahnbetrieb stehende Kapital auf ungefähr 200 Millionen Mark, doch kann diese Angabe nur als annähernd richtig gelten. Fast sämtliche japanischen Bahnen sind eingeleisig. Zweigleisig sind nur kurze Strecken weniger Hauptlinien. Die bedeutendste Bahn ist die Staatsbahn von Tokio nach Kōbe, mit den zu ihr gehörenden Zweiglinien beinahe 441 engl. Meilen lang. Sie überschreitet nicht weniger als 1020 größere und kleinere Ueberbrückungen in einer Gesamtlänge von 11,65 engl. Meilen. Die japanischen Züge führen meist drei Wagenklassen. Die älteren Personenwagen sind durchweg nach amerikanischem System erbaut, hinten und vorn mit einer Plattform, in der Mitte mit einem längs durch den Wagen laufenden Gang. Später wurden vielfach kleinere Wagen eingeleistigt. Die Lokomotiven bezogen die Bahnverwaltungen anfangs aus England, dann wurden häufiger nur die wichtigeren Materialien aus England eingeführt, die Konstruktion der Maschinen aber in eigenen japanischen Werkstätten vorgenommen. Neuerdings hat man jedoch meist wieder den Bedarf im Auslande gedeckt, besonders in Amerika.

Die Goldausbeute im Randdistrikt. Der Kampf der englischen Interessenten der Goldminen im südafrikanischen Randdistrikt gegen die Transvaal-Republik wird erst dann verständlich, wenn man in Betracht zieht, welche enorme Ausdehnung die Goldförderung in jenen Gegenden angenommen hat. Zum Vergleich seien deshalb nach dem Londoner „Economist“ hier folgende Zahlen genannt. Es betrug die Goldproduktion in den ersten sechs Monaten (Januar/Juni) der folgenden Jahre:

1896	= 1 054 503 Unzen,
1897	= 1 388 431 „
1898	= 1 961 663 „
1899	= 2 585 865 „

In dem eben abgelaufenen halben Jahre belief sich also das Mehr gegenüber der Förderung in der ersten Hälfte des Vorjahres auf 624 002 Unzen, eine Steigerung von 32 Proz. Gegen 1897 stellt sich die Zunahme gar auf 1 197 434 Unzen oder 86 Proz.

Die Getreide-Ernten der Welt in den letzten Jahren. Der Statistiker des Washingtoner Ackerbau-Departements, John Hyde, hat kürzlich einen Bericht über die Welt-Getreide-Ernte des Jahres 1898 veröffentlicht. Danach erreichte die im vergangenen Jahre diese Ernte fast drei Milliarden Bushels (1 Bushel = 35,24 Liter). Die Welt-Getreide-Ernten seit 1891 gestalteten sich nach folgender Berechnung folgendermaßen:

1891	= 2 432 322 000 Bush.	1895	= 2 562 518 000 Bush.
1892	= 2 451 805 000 „	1896	= 2 488 349 000 „
1893	= 2 559 174 000 „	1897	= 2 226 745 000 „
1894	= 2 600 507 000 „	1898	= 2 879 924 000 „

Verteilt auf die einzelnen Weltteile ergeben sich für das letzte Jahr (1898) folgende Ernteziffern:

	Anzahl der Bushels	Anteil an der Gesamt-Ernte
Europa	1 548 303 000	53,8 Proz.
Nordamerika	768 303 000	26,3 „
Südamerika	72 000 000	14,6 „
Asien	421 321 000	2,5 „
Afrika	44 439 000	1,5 „
Australien	34 950 000	1,2 „

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 23. Juli.
Neues Opern-Theater. Die Hedermand. Anfang 7 1/2 Uhr. Montag: Geschlossen.
Westens. Der Schachwanen. Con- traheur. Vorher: Zum Eintritte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Westen. Das Nachfolger von Gra- nada. Die schöne Waltheer. An- fang 7 Uhr.
Montag: Die Hedermand.
Neues. Die Wahrfagerin. Vorher: Die Frage an das Schloß. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wittnag 12 Uhr: Wohlthätigkeits- Vorstellung: Die Trunke.
Schiller. Der Troubadour. An- fang 7 1/2 Uhr.
Montag: Witnag. Die Regiment- tochter.
Central. Lumpenpack. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Charles Tante. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Alexanderplatz. Rana. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Chend. Die Abnfrau. Anf. 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Witropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Velle-Münche. Specialitäten-Vor- stellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Specialitäten- Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Vollage-Vanoyiffum. Speciali- täten-Vorstellung.
Urania. Zuvallidensir. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wollner-Theater).
Norwitz-Oper.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Bütel: **Der Troubadour.**
Montag, abends 7 1/2 Uhr: Zum erstenmal: **Vinaph.** Oper von W. Ron.
Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel Heinrich Bütel: **Der Postillon von Lonjumeau.**
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: zu halben Preisen: **Der Freischütz.**

Central-Theater

Gastspiel der Hamburger. Anfang 8 Uhr.
Lumpenpack.
Gr. Hamburger Volkstheater mit Gesang in sechs Bildern.
Morgen und folgende Tage: **Lumpenpack.**
Ab 1. August: Gastspiel des Berliner Lustspiel-Gesellschaft: „Der Geizhalsmarkt“. Schwan in 3 Akten.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 132.
Kleine Feste. Parkett 1.10.
Cyklus volkstümlicher Schauspiele.
Die Ahnfrau.
Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Donnerstag, den 27. Juli: Gastspiel der Kaiserl. russischen Hofschau- spielerin Elisabeth Gorowa, Maria Stuart. Vorstellungen auf Billets werden an der Kasse entgegengenommen.
Heute im Garten: Specialitäten- und Theater-Vorstellung. Kerner- Stange. Théâtre en miniature. Lebende Photographien, 27 Nummern. Anfang 4 Uhr.
Dienstag, 25. Juli: 2. Sommerfest des 1. Berliner Witwen-Vereins.

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett „Grigolatis“.
Ferner:
Otto Reutter
und 9 neue Specialitäten.
Garten-Konzert 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunsthandl.“ Unter den Linden 69.

Prater-Theater

Schönhauser-Allee 79.
Täglich: **Dorras Hessl.** Ballettstück mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz. Musik von N. Kerstin. Rollen: Gaudette, Frau Lucio Sarow. Gebr. Mierdo, Frau. Duett. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrunn, humoristisches Bilderbuch. The 4 Flashes, Excursions. Vondaro-Trio, Excursions am Hand-Truppe. Daniel-Truppe, Pantomime. Ballettgesellschaft: Döring-Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntags 30 Pf., nun. Platz 50 Pf. Kardo.

Passage-Panopticum
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Son 6 1/2 Uhr ab:
Specialitäten.
Letzte Woche!
Die Niesenbrüder.
Herold und Leons in ihrer Burlesk-Scene: Die Rosenbraut.

CASTANS PANOPTICUM
Die sensationellen lebenden Photographien!
mit Figuren in Lebensgröße.
Die russische Damenkapelle „Mignon“ in moskowitzischen Kostümen.
Dreifuss mit 3 Beinen gebor. leb. Kosakpferd.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a, Eingang Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis 50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden See- tieren, Reptilien etc.

Metropol-Theater.
Böhrenstr. 53/54.
Direktion: Richard Schultz.
Größter Saison-Erfolg!!!
9 1/2 Uhr: 9 1/2 Uhr:
Berlin lacht!
Frank-Bonhair-Truppe. Werner Amoros Pantomime. 8 Champions, sowie die übrigen Konstraktionen. Anfang 8 Uhr.

Sommer-Theater „Alter Dessauer“
Wittenerstr. 32.
Anfänger: A. Ladewig.
Schattiger Garten Berlin.
Täglich: Theater und Specialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater,
Sternenstraße 10.
Täglich: Theater u. Specialitäten- Vorstellung.
Neu! Neu!
Der Frauen-Kongress.
Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Grogger. Großer Erfolg!

Die Schmetterlinge.
Aufstimmung-Burleske mit Gesang und Tanz von W. Gerde. Musik von Wopaus.
Im Saale: **Sommernachts-Ball.**
Reichshallen.
Garten resp. Saal täglich:
Stettiner Sänger
Wesiel, Pietro, Britton, Siebdi, Krone, Kirschmayer, Schmelzer und Schrader).
Zum Schluß:
Ein vergnügter Wahltag.
Burleske von Reffel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Vorher: Konzert des Reichshallen-Orchesters. Entree 50 Pf. (Borverkauf für die Woche 40 Pf.)
Probe 1. u. 2. ec. re.
Jeden Freitag: Neues Programm.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Räderdorfer Straße 71, am Sühriner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrig Radzahl. 20 Pf. Anfang: Wochentags 5 Uhr. Entree 10 Pf. Rinder 10 Pf. Sperrig Radzahl. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Prachtfälle
Badstr. 16. Gesandnerrn. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstags:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Sätze zu allen Festlichkeiten.
R. Ballschmieder.

Victoria-Brauerei
Löhnowstraße 11/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Führmann, Horst, Waide).
Auf Sonntags präc. 7 wochen- tags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Borverf. 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 Pf.
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Puhlmanns Vaudeville-Theater
Anfänger F. Schumann, Schadow-Allee 148, Köpenick-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.
Achtung! Vereine!
Englischer Garten
Alexanderstr. 27c.
Neu renoviert!
2 grosse Parkettsäle sind noch einige Sommerabende und Sonntage der Herbst- Saison zu vergeben.
22299 C. Hoffmann.

Kösliner Hof
Köpenickerstr. 8.
Empfehle meinen Saal Vereinen und Gewerkschaften zu Festlichkeiten und Versamm- lungen. Bestellungen werden entgegengenommen täglich von 6-8 Uhr abends. (21499)
Fritz Hoffmann (fr. Hof des Engl. Gartens).

Urania
Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag: (1716)
Grosser Ball.
Auf. 4 Uhr. Jede Anstaltsarten. Empfehle mein Lokal zu Fest- lichkeiten und Versammlungen.

Johannisthal!
Park-Restaurant!
Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Tanzlehrers Herrn Otto Widauer. Tanz-Abonnement 75 Pf. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Zwei Regalbahnen, Vereine erhalten Extra-Preise.
Wwe. Elise Rau, früher Skalitzerstr. 126.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 14-15. Artistische Leitung: Paul Widby.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten- Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Hedersänger), Julius Werner (Charakter-Komiker), Erna Banola (Soubrette), The Charley Troupe (4 Personen), Ling-Fuing (Chinesische Akrobaten), The Cowas (Original-Excentrics).
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Nummerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr.
In den Festtagen: **Großer Ball.**
Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Max Klem.

Schweizer-Garten
Am Rindgithor (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Jeden Mittwoch:
Großes Familien- und Kinderfest.
Auftreten des neuen Künstler-Ensembles.
Jeden Abend von 10-11 Uhr:
Robität. Der **Ober-Bonse von Kiantschou.**
Aufstimmung-Burleske mit Gesang in 3 Bildern von J. Wuer. - Musik von Max Schmidt.
Volksbelustigungen aller Art. Im Saale: **Ball.**

Jägerhaus
Schönhauser Allee No. 103.
Neu renov. Garten (1000 Personen fassend) mit neuem Saal für Vereine. Großer Tanzsaal.
Größte Volksbelustigungen in ganz Berlin.
Kaffeeküche von 2 Uhr an geöffnet.

Bereinsbrauerei-Ausschank
Biedorf, Hermannstraße 214-219.
Größter u. schönster Garten Biedorfs u. Berlin, 10 000 Per- sonen fassend. Vom Rortplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.
Jeden Sonntag **Großes Frei-Konzert.**
von 4 Uhr ab:
Mittwoch, den 26. Juli } **Große Erntefeste**
Mittwoch, den 2. August }
Anfang mit 30 defor. Erntewagen, Kuffig eines Lustbalkens, Bombonregen, Feuerwerk, Godelzug, Weiräusen, Schächeln und Umgang des Prinzen Karnaval. Außerdem **Gratis-** Verlosung von mehreren hundert nützlicher Geschenke. Um zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt, Deponom.**

Schnegelsbergs Festsäle
Hasenheide No. 21 - Jahnstrasse No. 8.
Anf. Max Schindler. Telefon: Amt IV 1132.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Sätze, 300 u. 1200 Personen fassend (mit Bühne), zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Mittwoch u. Sonntag: **Grosser Ball** mit Schlangen- und Bombonregen und diversen Ueberraschungen.
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Schloß Zeißensee.
Sonntag, den 23. Juli 1899:
Grosses Volks-Fest

arrangiert von den **Socialdemokraten des 6. Wahlkreises.**
Massen-Gesänge
von circa 500 Mitgliedern des Arbeiter-Sänger-Bundes unter Leitung des Bundes- Dirigenten Herrn Blobel.
Grossartige turnerische Aufführungen
von Mitgliedern des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“.

Grosser Radfahrer-Korso
und **Regelfahrten**
auf festlich geschmückten Fahrrädern, ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Berlin.
Im herrlich gelegenen See:
Grosse Schwimm-Pantomime,
bestehend aus:
1. Großes Ulmer Fischerstechen, 2. Es zogen drei Burjaken wohl über den Rhein, 3. Loreley, 4. Deutschlands Zukunft auf dem Wasser,
ausgeführt vom Schwimmklub „Nord“ (Mitglied des Arbeiter-Schwimmerbundes).

Kinder-Belustigungen aller Art
mit großartigen Ueberraschungen.
Eselreiten, Wettrennen u.s.w.
Kasperle-Theater.
Gr. Brillant-Wasser-Feuerwerk.
Ausgeführt von dem berühmten Pyrotechniker Herrn C. Albers.
Von 4 Uhr nachmittags an:

In beiden Hälen Tanz.
Herrn, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang des Konzerts früh 8 Uhr. **Billet 20 Pf.**
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2-6 Uhr zur Verfügung.
Für hinreichende Fahrverbindung wird Sorge getragen.
Da wir weder Mühe noch Kosten scheuen, um das Fest großartig zu gestalten und die Besucher in jeder Weise zufrieden zu stellen, so erlauben wir uns recht zahlreichen Besuch.

Gassenheide. Neue Welt. Gassenheide.
Täglich: **Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.**
Jeden Sonntag und Donnerstag: Im Bal champêtre: **Grosser Festball.** Anfang 4 Uhr. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfest mit Gratisverlosung.
Jeden Donnerstag: **Grosses Feuerwerk.**
Die mit erster Priorität gemalten Indischen Hallen, sowie Kaffeehülle, Harmonika, Marionettenspieler etc. täglich geöffnet. Alles Nähere durch die Tagesanschläge an den Säulen. (22048)
A. Fröhlich.

Ernst Köflichs „Schwarzer Adler“.
Konzert-Garten und Specialitäten-Theater.
Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120.
Im herrlichen Lindenpark, täglich neu renoviert:
Sonntag, den 23. Juli 1899:
Großes Konzert
(Dirigent: W. Paul.)
Specialitäten-Vorstellung. Dichtung: Tiede u. Wöhe.
Im Rindgithor: **Gr. Sommernachtsball.** Entree 20 Pf. Anf. 4 Uhr. Jeden Mittwoch: **Frei-Konzert und Kränzchen.**
Achtungsvoll Ernst Köflich.

Victoria-Brauerei-Ausschank Stralau.
Jeden Sonntag:
Großes Gartenkonzert, Theater u. Specialitätenvorstellung.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Um recht regen Zuspruch bittet (19478*)
Achtungsvoll **Karl Mittag, Deponom.**

Vonienstädt. Konzerthaus,
Alte Jakobstr. 37. Anf.: E. Lange.
Habe noch Sommerabende und Sonntage im September, Oktober und November zu vergeben. Gleichzeitig empfinde den geehrten Gewerkschaften meinen Saal zur Abhaltung von Versammlungen. - **Bier aus der Bergschloss-Brauerei.** 14375

Neu! Achtung! Neu!
Hiermit meinen Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich von jetzt ab
goldklares Weißbier vom Faß
ausfahre. Um freundlichen Zuspruch bittet
Emil Koepnick, Schillingstr. 30a
Ede Magazinstrasse.

Neu! Achtung! Achtung! Neu!
Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnisnahme, daß ich von jetzt ab
goldklares Berliner Weißbier vom Faß
ausfahre. Um freundlichen Zuspruch bittet
Oskar Schultze, Große Frankfurter Straße 5,
Ede Fruchtstrasse. 21599

Wahlverein 1. Wahlkreis.

Montag, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Wiegel,
Stralauerstraße 57:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Curt Freudenberg über: „Die Bedeutung der Stadtverordneten-Wahlen.“ 2. Diskussion. 3. Die Neueinstellung der Bezirke und die Wahlen der Bezirksleiter. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. General-Versammlung

am Dienstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon,
Kolbergerstr. 23. 247/11*

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, Kassendbericht und Bericht der Revisoren. 2. Der Kompromiß der Bayern. Referent W. Liebknecht. 3. Diskussion. 4. Ergänzungswahl der Verwaltung. 5. Der Streik bei Trebbin. NB. Am 12. August findet der Wedding und Oranienburger Vorstadt die Beschäftigung der Sternwarte statt. Billets sind in den Händen der Bezirksführer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. General-Versammlung

Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 1/4 Uhr:

bei Herrn Keller, Köpenstraße 29:

Tages-Ordnung:

1. Kassendbericht. 2. Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, des Arbeitsvermittlers und der Kontrollkommission. 3. Bericht des Gausvorstandes. 4. Ergänzungswahl der Verwaltung. 5. Der Streik bei Trebbin, Fruchtstraße 37. 107/17*

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branche der Korbmacher.

Am Montag, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Wilske, Andreadstr. 26:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Netzer über: „Die Buchhausbearbeitung und die Gewerkschaften.“ 2. Branchenanliegenheit. 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 107/10

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
(Ordnungsverwaltung Berlin).

Dienstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Stechert,
Andreadstr. 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1899. 2. Bericht und Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Wahl des Bevollmächtigten zur Eingetragung bei Unfällen und zweier Ersatzmänner. 4. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung. 5. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. 259/7*

Der Vorstand. A. Gruss, Barnimstr. 41a.

Achtung! Lackierer Achtung!

und die im Beruf beschäftigten Personen.

Gr. öffentliche Versammlung

am Montag, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr. 101/3

bei Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Wehl. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Legitationskommission. 4. Bericht und Neuwahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 5. Verschiedenes.

Achtung! Tischler u. Kofferarbeiter!

Dienstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

im Saale des Herrn Spiegelberg, Teufelsdrückerstraße 39:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Tischler- und Kofferbranche beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Die Handindustrie, insbesondere in der Tischler- und Kofferbranche.“ Referent: Bruno Wörig. 2. Diskussion. 3. Der Reumündentag. 4. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen! Es ist Ehrenpflicht eines jeden, dafür zu sorgen, daß kein Berufsgenosse in dieser Versammlung fehlt. Besonders machen wir den Handarbeitern zur Pflicht, amüsant zu sein, sowie ein jeder Kollege sich zur Aufgabe machen wird, dieselben mitzuführen. NB. Der Gefellenausschuss ist zu dieser Versammlung eingeladen. 14736

Die Lokalkommission der Tischler und Kofferarbeiter Berlin.

Vertrauensmänner - Centralisation der Zimmerer.

Montag, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Plag-Deputierten
bei Lange, Dragonerstraße 15.

Wichtige, die diesjährige Lohnbewegung betreffende Angelegenheiten erfordern die Anwesenheit sämtlicher Delegierten.

Auf denselben Plätzen, wo keine Delegierten vorhanden sind, ist unverzüglich eine Wahl vorzunehmen, damit jede Arbeitsstelle in dieser wichtigen Versammlung vertreten ist.

Die Vertrauensleute.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 30. Juli, präcise 12 Uhr mittags im Saale der Brauerei Friedel & Sohn:

Übungsstunde.

Programm zum Sängerefest: 1. Sängeregruß. 2. Väterererbungslied. 3. Freiheit. 4. Hornorid. 5. Der Menschheit Erwachen. 6. Zukunftsbilder. 7. Sängermarsch. — Die Lieder von 4 bis 7 werden gesungen. Die Vereine werden ersucht, sämtliche Lieder, insbesondere „Zukunftsbilder“, in den Vereinstübungsstunden durchzuführen, sowie in der Bundesübungsstunde pünktlich und vollständig zu erscheinen. — Bundes-Mitgliedskarte legitimiert.

Außerordentliche Ausschusssitzung.

Tagesordnung: Mitteilungen des Vorstandes und Besprechung zum Sängerefest. 16/14

Achtung, Bauarbeiter!

Montag, den 24. Juli, abends 8 Uhr:

Öffentliche

Versammlung der Bauarbeiter Berlins u. Umg.

in Kellers Festsaal, Köpenstraße Nr. 29.

Tagesordnung: 1. Weitere Beschlußfassung über die Befreiung des Arbeiterbundes. 2. Inwieweit gebeten die Bauarbeiter den neu hinzutretenden Kollegen entgegen zu kommen in bezug des Sammelwesens zum Streikloos. 3. Verschiedenes. 30/20

Achtung Töpfer!

Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß sich der Arbeitsnachweis der Töpfer Berlins und Umgegend nach wie vor Rosenfahlerstraße 57 bei Schiller befindet, und zwar vom 24. Juli ab täglich abends von 7-8 Uhr. 195/15

Nur in dieser Zeit wollen die Kollegen sich einfinden, um nach Arbeit für Berlin resp. nach außerhalb anzufragen. Der Vorstand.

Wohin? Zum gemüthlichen Wohin?

Rudolf Langes Restaurant,

Weberstraße 40a, Ecke Elisabethstraße.
Großer Mittagstisch mit Bier 50 Pf.

Für Damen separat. 10-50 Personen.
Echtes franz. Billard. Vereinszimmer zu 10-50 Personen.
Bühnen- und Musikantenlokal. Abends: Musikalische Unterhaltung.
Natur-Garten, 100 Personen fassend. Abends: Musikalische Unterhaltung.
Concours-Bedienung. [223896] Angenehmer Aufenthalt!

J. Baer,

Berlin N., 1702L*
nur Gesundbrunnen
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,

empfehle, wie bekannt, in reichster Ausführung und allerbilligsten Preisen
Herren- u. Knaben-
Garderobe,
- Arbeitssachen. -
Anfertigung nach Mass.

Elegante Paletots.
Elegante Hute und Anfertigungen.

Herren- u. Knaben-
Garderobe,
- Arbeitssachen. -
Anfertigung nach Mass.

Metzner's Korbwaren - Fabrik.

Berlin, Andreadstr. 23, vis-a-vis dem Andreadplatz.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-a-vis Damboldy.
III. Geschäft: Brunnenstr. 67 (Wendeb.).
IV. Geschäft: Leipzigerstraße (Spittelhofgasse).
Kinderwagen, arabisches Lager Berlin.
1000 Mark zahlte ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Kinderwagen-Lager als das meinige nachweist. 1496L*

E.N.C. Wermutwein

für Diabetiker, gesetlich gesch
Brombeerwein
à Fl. M. 1.-

Ungarwein

med. 1/2 Ausbruch à L. M. 2,
5 Liter-Korbflasche M. 8,75.

Johannisbeerwein

weiss u. rot, herb u. süß,
10 Liter M. 8.-, 100 Liter M. 75.-,
à Fl. 75 Pf., 10 Fl. M. 7.-,
60 Fl. M. 30.- excl.

Erdbeer-Bowle

ausgereicht. i Geschmack,
à Fl. 60 Pf., 10 Fl. M. 5,50 excl.

Gesundheits- Apfelwein

zur Kur
laut Analyse versenden in
Gebinden von 30 Litern aufwärts
à 35 Pf. per Liter.
10 Fl. M. 3,50, 50 Fl. M. 15.-, excl.
Apfelwein-Sekt à Fl. M. 1,50.

Eugen Neumann & Co.

Berlin SW. 13, Amt 4, 9676.

Verkaufsläden: Belle-Allianceplatz 6a, Amt IV, 3679.
Wilmsackerstrasse 25, Amt II, 2632.
Neue Friedrichstr. 81 - Oranienstr. 190 - Genthinerstr. 29.
Königsplatz 67 - Gröner Weg 53 - Elsassstr. 19.
Schöneberg, Hauptstr. 129, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48

Gegen Wanzen

hilft nur Chemiter Sänderhaus
Wanzen - Vernichtung - Mittel
„Zurecht“ (geheilt. geseh.) Erfolge
garant. Fl. 0,50, 1, 1,50, 3, 5, 10.
Jahresab. 0,50. Gibt nur bei
Paul Sänderhaus & Co., Große Frank-
furterstraße 59. Ebenfalls die überaus
Wirksamkeit gegen Motten, Schwaben,
Blöhe, Ameisen à 0,20-1,00 Fl.

Fabrik-Lager Kinderwagen

und Kinderwagen
Sportwagen.
Billigste Preise,
da kein Laden-
geschäft.
A. v. Langholm,
Oranienstr. 64, 0f

Orts-Krankenkasse der Stellmacher.

Sonntag, den 30. Juli 1899,
vormittags 10 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Rüdiger,
Brunnenstraße 188:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Tuberkulose- und Krankentassen-Kongress.
2. Abänderung der Statuten.
3. Ergänzung eines Vorstands-Mitgliedes (Arbeitsgeber).
4. Verschiedenes. 1488b

In dieser Versammlung findet die Ausgabe des Protokolls vom Krankentassen-Kongress statt.

Nege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.
A. H. Fisch, Vorsitzender.

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die rege Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Sohnes Max meinen herzlichsten Dank.
Willh. Schulz nebst Frau und Geschwister. 2239b

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die rege Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Sohnes Max meinen herzlichsten Dank.
Oskar Sesse nebst Kindern. 1487b

Gesellschaftshaus

Zwinnendammstr. 42.
Täglich im Garten.
Theater-Vorstellung.
Saal für 800 Personen auch
Sonntag frei. 1827b*

Deutsches Zelt

Herrn Carl Heerdt,
Weissensee, Berlinerstr. 143.
Jeden Sonntag:
Großes Garten-Frei-Konzert
mit daran anschließendem Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung.
4 verdeckte Kegelbahnen.
Schuster Kamillen-Anstalt.
Um geneigten Zuspruch bitten
1441b Der Besitzer.

Alhambra

Wallner-Theater-Str. 15.
Jeden Sonntag: Or. Ball, Entree
Damen 50, Damen 25 Pf. inkl. Tanz

Korbiter Gesellschaftshaus.

Alt-Honbit 50-51.
Seite:
Grosser Ringkampf und
Vorstellung.
Paul Belling,
Weichenhäger von Afrika.
Max Kapflek, bester Krieger und
Schwertgefechtler der Gegenwart.
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
verbilligt wird. 1440b

Arbeiter - Stadtfahrer - Verein

„Berlin“.
Heute Sonntag:
nach Weichensee zum
Festfest.
Dienstag: Haupt-
Versammlung Andreadstr. 26. 12/5

Fahrräder,

hochlegant, stabil, Garantie 1 Jahr,
125 Mark, in der Fabrik Oranien-
straße 33. II. 2135b*

Nachruf.

Die deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur betrauert den Tod ihres allverehrten Mitgliedes, der
Frau Jeannette Schwerin geb. Abarbanell.

Mit einer von Jugend auf allen Idealen zugewandten Gesinnung verband die Entschlafene in seltenem Masse Klarheit des Denkens, Meisterschaft der Darstellung in Wort und Schrift, unmittelbare Anschauung des Lebens und darauf gestützte praktische Gewandtheit in der Förderung sozialer Hilfswerke, vor allem aber eine schlichte echt weibliche, jeden gewinnende Wärme des Herzens. Von dieser reichen Begabung, die sie vor vielen anderen zur Teilnahme an allen Wohlfahrts-Bestrebungen befähigte, hat sie stets den treuesten Gebrauch gemacht, nicht zum wenigsten im Kreise unserer Gesellschaft, die es sich zum Verdienste anrechnen darf, ihr erstes Hinaustrreten vor eine breitere Öffentlichkeit vermittelt zu haben.

Mitglied der Gesellschaft von Anbeginn, Begründerin und langjährige Leiterin ihrer Auskunftsstelle und ihrer Lesehalle, erwarb sie sich bald jenes allgemeine Vertrauen, welches in ihrer Wahl zur zweiten Vorsitzenden des Hauptvorstandes seinen wohlverdienten Ausdruck fand. — Das Bild ihres Wesens und Wirkens lebt in unserer Mitte unauslöschlich fort, ihr Andenken wird uns ein Segen sein!

Hauptvorstand, Vorstand der Abteilung Berlin, Auskunftsstelle und Lesehalle der
Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur.

Höchster Preis. Goldene Medaille

Carl Zobel, Berlin SO., Köpnickerstr. 121,

Ecke Michaelkirch-Strasse.

Herren- und Knaben-Garderoben

in reichster Auswahl und in allen Größen.

Die Preise sind streng fest und an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt. Ich verpflichte mich, jeden Artikel in besserer Ausführung und bedeutend billiger zu liefern, als die sogenannten Anverkäufe und Restlagergeschäfte.

Anerkannt nur gute Arbeit, eigene Fabrikation, elegante Façon, tadelloser Sitz. — Für Bestellungen nach Maß reichhaltigste Auswahl der neuesten und besten Stoffe aus dem In- und Ausland. — Jeder Auftrag wird in kürzester Zeit erledigt. — Werthhaft im Hause.

Der langjährige gute Ruf meiner Firma bürgt für billige und gewissenhafte Bedienung. Jede ergebene zur Besichtigung meiner Geschäftsräume ein.

PARIS. BRÜSSEL.

Sociale Rechtspflege.

Kein dauerndes Arbeitsverhältnis. Der Kontrolleur N. hatte an zwei Feiertagen bei dem Restaurateur Mitter gearbeitet...

Engagementkarte und Vertragsabschluss. Der Schlächtergesellschaft N. war zu dem Schlächtermeister Dargelow mit der bestimmten Engagementkarte gekommen...

Die Inhaber einer Schneiderei, Fernbach und Schapig, hatten von einer Kundin eine seidene Bluse zurückbekommen...

Unbedingte Gastpflicht eines Arbeiters. Der Antscher L. verlangte im Klagewege von dem Konditionsfabrikanten Schmiedberg rückständige Lohn in Höhe von 10,50 M.

Stillschweigender Kündigungsausschluss. Der Gastwirt Schumann hatte bei der Übernahme seines Restaurants den bei dem Leihvorgänger beschäftigten Kellner B. gefragt...

Verfammlungen.

Ueber die Konsumgenossenschaften und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft sprach am Donnerstag der Reichstags-Abgeordnete v. Elm in einer Volkversammlung...

58 289 gestiegene, bewiese auf, dass, wie sehr sich diejenigen irren, die da behaupteten, größere Städte böten einen sehr schlechten Boden für die Entwicklung von Konsumvereinen...

Verband der Müßelpolierer Berlins. In der letzten Versammlung der „Fittale-Dr.“ referierte Schulz über das Thema: „Organisation formen“.

Die Graveure und Eislerer tagten am 18. d. M. im Dreudeuer Garten in einer Generalversammlung der Fittale Berlins. In der Zeit vom April bis Juni fanden statt: 5 Fittalerversammlungen...

Die Zementierer und Verfertiger (Bastille Berlin IV) hielten am Mittwoch, den 19. Juli, bei Rüste, Grenadierstr. 33, ihre Mitgliederversammlung ab.

schäftigte Leute organisiert sein müssen, so wäre es für die Zementierer angebracht, schon jetzt einen Mann für einen Mann die Organisation anzuschließen.

Die Steinarbeiter Berlins und der Vororte hielten am Donnerstag bei Jubel in der Lindenstraße eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab...

Der Verein „Vorwärts“ zu Nizdorf hielt am Dienstag im Apollotheater seine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer Müller die Einnahmen und Ausgaben des letzten Quartals.

Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und der Umgegend. In der Generalversammlung vom 18. d. M. erstattete der Vorstand Bericht über den Stand des Vereins.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Lichtenberg-Friedrichsdorf hielt am 18. Juli seine Generalversammlung ab, in der Theodor Meyner über das Thema: „Was will die Sozialdemokratie“ referierte.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen Montag, abends 8 Uhr, in der Centrale „Arminiusallee“ Kommandantenstraße 20: Lehrgangshunde.

Central-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer (Stg: Gorka, Berlin Bezirk I). Mitgliederversammlung am Montag, den 24. d. M., abends 8 Uhr, in Thiel's Hof, Friedrichstr. 36a.

Allgemeine Familien-Tierkassette. Heute, Sonntag, 23. d. M., abends 8 Uhr, in der Futuro von 3-8 Uhr.

Landmannschaft der Schöneberg-Golfreiter. Heute, Sonntag, 23. d. M., Sommerfest in G. Heurichs Hof und Garten (Ruhder M. Herder), Alte Jakobstr. 75.

Für die ausgeperrten Arbeiter Dänemarks gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: Von den Arbeitern der Firma H. Meyn u. Co. durch Hoffmeister 9,00.

Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau Rudolf Willars, Lauenstr. 10, entgegen. Geöffnet wochentags 9-11 Uhr vormittags und 6-8 Uhr abends.

